

INTERVIEW MIT  
KLAUS FARIN UND  
RAINER FROMM:  
„Wir haben mittlerweile  
eine sehr moderne  
rechte Szene“

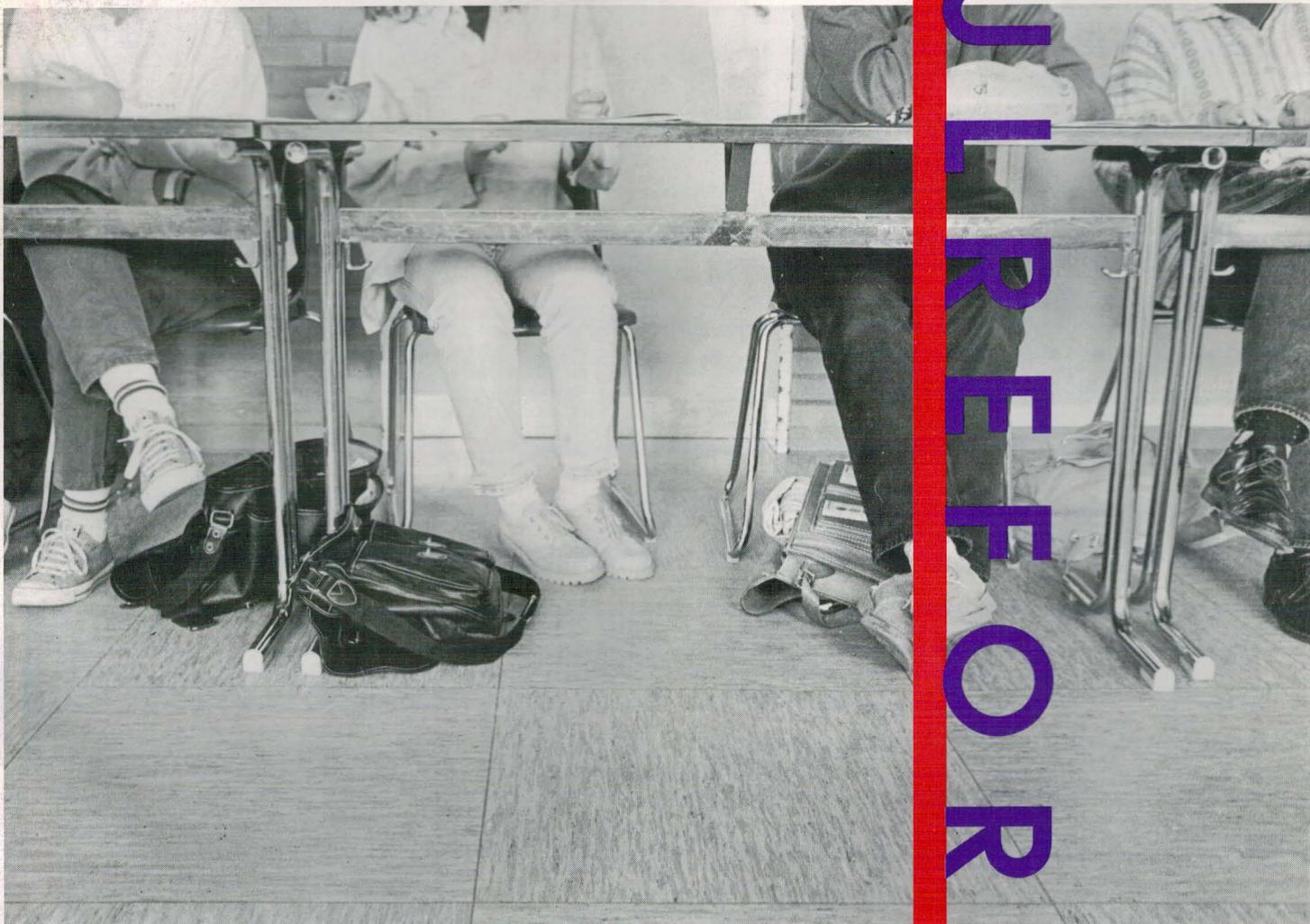
BRIGITTE SPETH:  
Bildungspolitik  
in schwieriger Zeit

CHRISTIANE EHSSES/  
RAINER ZECH:  
Von charismatischen  
Führern und  
fürsorglichen Müttern

# SPOW

Zeitschrift  
für  
Sozialistische  
Politik  
und  
Wirtschaft

S  
C  
H  
U  
L  
R  
E  
F  
O  
R  
M



# spw intern

Liebe Leserinnen und Leser,

ab Mai 1995 haben Verlag und Redaktion der Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft eine **neue Adresse: Fresienstr. 26 in 44289 Dortmund**. Es gibt jetzt zwei getrennte Telefonnummern: Der **Verlag** hat die Nummer **02 31-40 24 10**, unsere Verlagsmitarbeiterin Katja Mazur ist in der Regel Montags und Mittwochs im Büro zu erreichen (für Bestellungen, bei Problemen mit Rechnungen usw. - es kann sein, daß diese Verlagsnummer zunächst noch nicht verfügbar ist, es kann dann solange die Redaktionsnummer gewählt werden). Die **Redaktion** bzw. unser Redaktionssekretär Ralf Krämer ist unter der Nummer **02 31- 40 14 11** zu erreichen. Die **Fax-Nummer** ist für **Verlag und Redaktion 02 31- 40 24 16**. Die Bankverbindung der spw bleibt unverändert. Die Gesellschaftsversammlung der spw-Verlag/Redaktion GmbH hat beschlossen, mit dem Büro auch den Sitz der Gesellschaft nach Dortmund zu verlegen.

Die Zeitschrift der zukunftsorientierten Nachdenklichkeit ist in ihrem fünften Erscheinungsjahr. Ihre Ost-Gebundenheit ist Profil, aber nicht Beschränkung. Ihre Visionen wurzeln im kritischen Rückblick und in der Sorge um das Jetzt. UTOPIE kreativ will mehr wissen über das, was in unserer Zeit Utopie sein kann.

**UTOPIE kreativ** erscheint seit November 1994 wieder monatlich Einzelheft 6 DM Jahresabonnement Inland: 60 DM (incl. Porto) Ausland: 78 DM (incl. Porto) Förderabonnement: 120 DM Information und Bestellungen: Redaktion **UTOPIE kreativ** Weydingerstr. 14-16 10178 Berlin Tel. 030-28409561

Bestellcoupon

- Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr ab dem nächstmöglichen Liefertermin  
 Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement

Name, Vorname: \_\_\_\_\_ Ich bezahle  
 bargeldlos durch Bankeinzug  
 Geldinstitut \_\_\_\_\_  
 Straße: \_\_\_\_\_ Kto-Nr. \_\_\_\_\_  
 BLZ: \_\_\_\_\_  
 Plz, Ort: \_\_\_\_\_  auf Rechnung

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 8 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird.

Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen, es gilt das Datum des Poststempels.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

## PapyRossa

### Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik **MEMORANDUM 95**

Stärkung des Sozialstaates -  
Wirtschaftspolitik für Arbeit  
und ökologischen Umbau

### MEMORANDUM 95

Stärkung des Sozialstaates - Wirtschaftspolitik für Arbeit und ökologischen Umbau  
Br., 248 S., DM 29,80, 3-89438-087-X

Eberhard Czichon

### Die Bank und die Macht

Hermann Josef Abs, die Deutsche Bank und die Politik  
HC, 519 S., DM 49,80, 3-89438-082-9

Michael Brie/Martin Herzig/Thomas Koch (Hg.)

### Die PDS

Empirische Befunde und kontroverse Analysen  
Br., 207 S., DM 24,80, 3-89438-081-0

Florence Hervé (Hg.)

### Geschichte der deutschen Frauenbewegung

Br., 279 S., DM 29,80, 3-89438-084-5

Michael Höhn

### Immer Ärger mit den Kids

Ratgeber Jugendkulturen  
Br., 159 S., DM 19,80, 3-89438-085-3

Petersbergstr. 4, 50939 Köln, Tel. 0221/448545, FAX 444305

Herausgeber/Herausgeberinnen:  
 Heinz Albrecht (Berlin)  
 Eberhard Czichon (Hannover)  
 Karin Beck-Ovenkamp (Frankfurt/M.)  
 Dietmar Dohm (Frankfurt/M.)  
 Katrin Fuchs (Verl.)  
 Christel Hanowinkel (Halle/S.)  
 Daltry von Lärcher (Weyhe)  
 Susi Möbebeck (Bremen)  
 Kurt Neumann (Berlin)  
 Peter von Oerzen (Hannover)  
 Horst Peter (Kassel)  
 Sigrid Skarpeis-Sperk (Kaufbeuren)  
 Thomas Westphal (Isernhagen)

#### Redaktion:

Gisela Becker  
 Ulrike Hensel  
 Heiner Kockerbeck  
 Uwe Kremer  
 Christoph Meyer  
 Silvia Rosendahl  
 Reinhold Runken  
 Fiete Saß  
 Ralf Schmitz  
 Stefan Schostok  
 Joachim Schuster  
 Norbert Sprafke  
 Claudia Walther

Redaktionssekretär  
 Ralf Krämer

Redaktions- und Verlagsanschrift:  
 spw-Verlag/Redaktion GmbH  
 Fresienstraße 26, 44289 Dortmund  
 Telefon 02 31/40 24 10 (Verlag)  
 Telefon 02 31/40 14 11 (Redaktion)  
 Telefax 02 31/40 24 16  
 E-mail: spw-verlag@link-do.donut.ruhr.com

Geschäftsführung:  
 Andreas Bach  
 Ulla Saß  
 Hans-Peter Schulz

Konto des Verlages:  
 Postgroat Dortmund  
 Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr mit ca. 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 58,-  
 ermäßigtes Jahresabonnement  
 (für SchülerInnen, StudentInnen,  
 Erwerbslose) DM 49,-  
 Auslandsabonnement DM 61,-

Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und Zuschriften. Manuskripte sollen in Maschinenschrift und mit einem ausreichenden Rand versehen sein. Wenn möglich, sollen Manuskripte auf Diskette mit einem Ausdruck geliefert werden (MS-DOS-Textverarbeitungssystem, 5 1/4 oder 3 1/2 Zoll).

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 1995  
 Alle Rechte, auch das der Übersetzung, vorbehalten.

Fotos:  
 Martin Zitzlaff, Köln

Satz und Gestaltung:  
 Judith Nußbaum, Köln

Druck:  
 Nolte-Druck, Iserlohn  
 1-3 Tausend, Mai 1995

spw-intern .....	2
<b>MAGAZIN</b>	
Volker Offermann	
Seehofer und die Sozialhilfe .....	4
Interview mit Klaus Farin und Rainer Fromm	
„Wir haben mittlerweile eine sehr moderne rechte Szene“ .....	6
Walter Romberg	
5 Jahre nach den letzten DDR-Volkstammerwahlen .....	9
24 SPD-Abgeordnete im Bundestag 1990 (Dokumentation)	
„Wir wollen die Einheit; aber wir wollen die Einheit nicht als Anschluß“ .....	10
<b>ROT-GRÜN KOMMUNAL</b>	
Hans-Günter Bell	
Rot-Grün in Köln .....	12
Peter Bartelheimer	
Rot-Grün in Frankfurt: Versuch einer Lagebestimmung .....	14
<b>SCHULREFORM</b>	
Heiner Kockerbeck	
Schulreform - Einleitung zum Heftschwerpunkt .....	18
Peter Balnis	
Veränderte Sozialisationsbedingungen und Schulentwicklung ..	19
Horst Hensel	
Die autonome öffentliche Schule .....	26
Fiete Saß	
Initiative Bildung - GEW auf neuen Wegen .....	29
Brigitte Speth	
Bildungspolitik in schwieriger Zeit .....	30
Brigitte Schumann	
Innere und äußere Reform der Schulen miteinander verzahnen	36
Sebastian Jobelius, Janis Vougioukas	
Wohin die Reise geht und wohin sie gehen sollte	
Bildungspolitik aus SchülerInnenansicht .....	38
<b>POLITISCHE KULTUR UND ORGANISATION</b>	
Thomas Rausch	
Zum Wandel der politischen Kultur in Westdeutschland .....	42
Christiane Ehse, Rainer Zech	
Von charismatischen Führern und fürsorglichen Müttern .....	47
<b>PERSPEKTIVEN DER LINKEN</b>	
Frank Wilhelmy	
What's left? .....	52
<b>SPANIENS LINKE</b>	
Rainer Zugehör	
Spaniens Linke: im Aufbruch oder Untergang? .....	56

# Seehofer und die Sozialhilfe

von Volker Offermann\*

Seit längerem wird wiederholt von verschiedenen Seiten ein angeblich flächendeckender Mißbrauch der Sozialhilfe beklagt und behauptet, angesichts der großzügigen Unterstützung durch die Solidargemeinschaft, die regelmäßig die Arbeitseinkommen übersteige, lohne es kaum mehr, noch zu arbeiten. Empirische Belege für diese Thesen konnten bis heute nicht beigebracht werden. Daß die Situation der Sozialhilfe jedoch nicht unproblematisch ist, verdeutlicht bereits ein kurzer Blick auf die Entwicklungen in diesem Bereich.

Die offizielle Zahl der Sozialhilfeempfänger überschritt 1992 in den alten Ländern zum ersten Mal die Viermilliengrenze. Im Vergleich zum Vorjahr handelt es sich hier um einen Zuwachs von 8%. Im Osten gar stieg die Zahl der Hilfeempfänger im gleichen Zeitraum um 40% auf mittlerweile 685.000. Auch für 1993 ist ein weiterer Anstieg zu verzeichnen. Besonders nachhaltig nahm jeweils die Zahl derjenigen zu, die Sozialhilfe als laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) bezogen. Zu ihnen gehörten 1992 in Westdeutschland 3,15 Millionen und in Ostdeutschland immerhin 488.100 Menschen. Bei (zumindest im Westen) steigenden Verweildauern nahmen gemäß dieser Entwicklungen im Bereich der Klienten auch die Leistungsausgaben der Sozialhilfe zu: Für die gesamte BRD beliefen sich die Nettoausgaben in den Jahren 1992 und 1993 auf 35 Milliarden DM bzw. 40 Milliarden DM. Betroffen von dieser „Kostenexplosion“ sind vor allem die Kommunen, die die Sozialhilfe ganz überwiegend finanzieren.

Aber hierin allein erschöpft sich das Problem nicht. Vielmehr ist die Sozialhilfe, insbesondere die HLU, die ursprünglich als kurzfristige Überbrückungshilfe in individuellen Notlagen konzipiert war, mit der Bewältigung der Folgen gesellschaftlicher Massenerscheinungen (Arbeitslosigkeit, unzureichende Versicherungs- und Versorgungsansprüche sowie zu geringe Erwerbseinkommen) zunehmend strukturell überfordert.

Volker Offermann, Dr. rer. pol., Wissenschaftlicher Angestellter am Forschungsinstitut für Sozialpolitik an der Universität zu Köln

## Die Seehofer-Vorschläge

Angesichts dieser Ausgangslage hat nun Bundesgesundheitsminister Seehofer, der seit Beginn der neuen Legislaturperiode für die Sozialhilfe zuständig ist, eine große Reform des untersten Netzes der sozialen Sicherung angekündigt. Die Kernpunkte seines Programms sind:

- die Wiedereingliederung arbeitsloser HLU-Bezieher in den Arbeitsmarkt durch befristete Lohnkosten- und Einarbeitungszuschüsse an Arbeitgeber, durch Leiharbeit, durch Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen,
- eine schärfere Sanktionierung der Hilfeempfänger bei Ablehnung einer zumutbaren Arbeit,
- die Erhöhung des Arbeitsanreizes für HLU-Empfänger durch eine befristete und gestaffelte Erhöhung der Anrechnungsfreibeträge für Arbeitseinkommen,
- die Nettolohnanpassung der Regelsätze in den kommenden drei Jahren sowie
- eine Neuregelung des Lohnabstandsgebotes.

## Neue Beschäftigungschancen oder Arbeitszwang?

Absolut zutreffend erkennt Seehofer die anhaltende Arbeitslosigkeit als eines der wesentlichsten Probleme: Fast ein Drittel der westdeutschen und mehr als die Hälfte der ostdeutschen Sozialhilfe-

empfänger gibt sie als Hauptursache der Hilfestellung an. Die Öffnung der Arbeitsmärkte, gerade für Benachteiligte (Langzeitarbeitslose, Behinderte, Personen mit qualifikatorischen Defiziten), ist insofern richtig und wünschenswert. Angesichts der aktuellen Arbeitsmarktsituation ist es jedoch mehr als zweifelhaft, ob dieses Ziel durch Zuschüsse an die Arbeitgeber erreicht werden kann. Problematisch erscheinen die Vorschläge aber auch dann, wenn die örtlichen Sozialhilfeträger für die Reintegration von Sozialhilfeempfängern in das Arbeitsgeschehen zuständig sein sollen. Es droht die Gefahr einer Doppelstruktur von Arbeits- und Sozialämtern. Daneben ist aber auch zu bedenken, daß bereits heute eine Vielzahl von Beschäftigungsprojekten besteht, die gemeinsam von Arbeitsämtern, Kommunen und Wohlfahrtsverbänden getragen werden, und die regelmäßig mit hohen finanziellen Belastungen für die Gemeinden verbunden sind. Mehrbeschäftigung ist für die Kommunen daher oftmals gleichbedeutend mit Mehrkosten, weswegen auch eine geringe Teilnahmebereitschaft an Seehofers Programm zu erwarten ist. Dies legen auch die jüngsten Äußerungen des Deutschen Städtetages nahe.

Einen Sinn ergeben die Seehofer-Vorschläge allerdings vor dem Hintergrund, daß im Falle, daß keine regulären Beschäftigungsverhältnisse bereitgestellt werden können, die Sozialhilfeempfänger vermehrt zu Gemeinschaftsarbeiten (sogenannte GZ-Arbeiten) herangezogen werden können. Bei diesen Arbeitsgelegenheiten wird den Beschäftigten neben der HLU eine Mehraufwandsentschädigung von 1,50 DM bis 2,50 DM je Stunde gezahlt, sie begründen kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts, und sind nicht mit Sozialversicherung verbunden. Bei der praktischen

Umsetzung der GZ-Arbeiten war es bisher so, daß der von Seehofer als besonders förderungswürdig eingestufte Personenkreis kaum berücksichtigt wurde, weil seine Betreuung die gleichzeitige Einstellung sozialpädagogischen Fachpersonals erfordert hätte. Dies ist aus Kostengründen jedoch unterblieben. Seehofer wird seine erklärten sozialpolitischen Absichten also auch auf diesem Wege kaum erfolgreich umsetzen können.

Was der Gesundheitsminister allerdings erreicht, ist eine Verstärkung der Arbeitspflicht für Sozialhilfeempfänger. Dabei ist es bereits seit der 94er Novellierung des BSHG so, daß diejenigen, die die Annahme einer zumutbaren Arbeitsgelegenheit verweigern, ihren Anspruch auf HLU verlieren (§25 Abs. 1 BSHG). Allerdings gilt einschränkend bislang, daß das Existenzminimum auch weiterhin gesichert sein muß, so daß der Regelsatz „nur“ um etwa 20% gekürzt werden kann. Die Sozialhilfeträger haben von dieser Regelung bisher kaum Gebrauch gemacht. Durch die Umsetzung der Seehofer-Vorschläge würden sie nun aber zu 25%igen Kürzungen verpflichtet, und der Zwang für die Hilfebezieher, nahezu jede Arbeit anzunehmen, würde massiv erhöht.

## Anrechnungsfreibeträge und Lohnabstandsgebot

Gleichzeitig soll die Arbeitsaufnahme positiv durch die Erhöhung der Anrechnungsfreibeträge auf Arbeitseinkommen, die zur Zeit maximal 260 DM im Monat betragen, stimuliert werden. Stände diese Regelung allein und wären die Freibeträge für das Lohnabstandsgebot bedeutungslos, so wäre sie überhaupt nicht zu beanstanden, sondern entspräche gar alten Forderungen zu einer effektiven Reform der Sozialhilfe. Im Kontext verschärfter Sanktionsandrohung wird jedoch insbesondere der Zwang zur Annahme niedrig entlohnter Tätigkeiten verschärft. Hier nun zeigen sich auffällige Parallelen zur neuen AB-Anordnung der Bundesanstalt für Arbeit, die die Höchsthöhe für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nur noch dann vorsieht, wenn die Beschäftigung untertariflich entlohnt ist. Die Verallgemeinerung solcher Beschäftigungsverhältnisse kann langfristig nicht ohne Folgen auf das gesamte Tarifgefüge bleiben. Ist aber so erst einmal der Niedriglohnbereich nach unten geöffnet, dann verstärkt sich der Druck in Rich-

tung Senkung der Sozialhilfesätze, um das Lohnabstandsgebot zu wahren.

Das Lohnabstandsgebot wurde schon in den Jahren 1993/94 novelliert. Galt früher, daß - von größeren Bedarfsgemeinschaften abgesehen - Regelsatz und Unterkunftskosten die durchschnittlichen Nettoentgelte unterer Einkommensgruppen nicht überschreiten durften, so sollen diese Einkommen heute einschließlich des Anrechnungsfreibetrages nicht erreicht werden. Das neue Lohnabstandsgebot zielt also in der Konsequenz auf eine Senkung der Regelsätze. Wird nun aber - bei unverändertem Abstandsgebot - der Anrechnungsfreibetrag erhöht, dann wird die Einhaltung des Abstands zu zudem sinkenden Vergleichslöhnen zunehmend unwahrscheinlicher, eine Reduzierung des Regelsatzniveaus hingegen immer wahrscheinlicher. Sinken aber die Regelsätze, dann wird zwar nicht der Kreis der Bedürftigen kleiner, wohl aber der der Leistungsberechtigten; die Armen werden marginalisiert. In letzter Konsequenz erweist sich die vordergründig positiv erscheinende Erhöhung der Anrechnungsfreibeträge als ihr genaues Gegenteil. Sie führt zu einer Senkung der Unterstützung für alle nichtarbeitsfähigen Sozialhilfebezieher.

## Abkehr vom Prinzip der Bedarfsdeckung

Schließlich sollen nach den Vorstellungen Seehofers die Regelsätze - wie bereits zwischen 1993 und 1996 - auch zukünftig nur im Rahmen der Nettolohnentwicklung steigen. Geht man davon aus, daß die Nettolöhne und -gehälter in den kommenden Jahren kaum steigen dürften, bedeutet dies eine faktische Einfrierung der Sozialhilfe auf dem Niveau von 1992. Bei steigenden Empfängerzahlen und Verweildauern werden die Ausgaben in der Sozialhilfe, sieht man zunächst von den möglichen Folgen des Lohnabstandsgebotes ab, dann aber trotz dieser Maßnahmen steigen. Allerdings fällt die Kostenbelastung erheblich geringer aus, als wenn nun wieder an das Statistikmodell (Warenkorb), nach dem die Regelsätze bislang errechnet wurden, angeschlossen würde. Danach nämlich müßten die Regelsätze in 1996 um rund 10% oder etwa 50 DM erhöht werden. Genau das will der Minister jedoch verhindern.

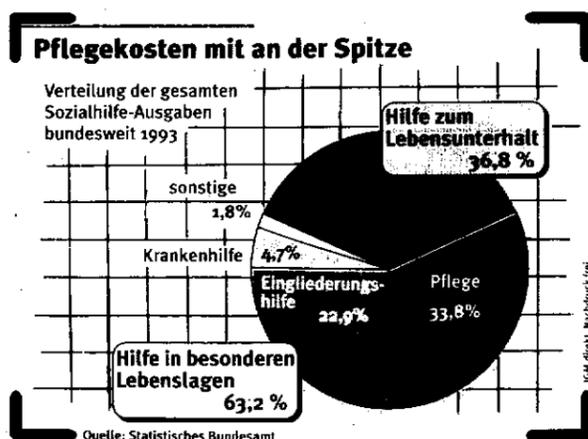
Der Preis für diese Politik besteht darin, daß die gesetztes- und verfas-

sungsmäßig gebotene Realisation des Bedarfsdeckungsprinzips weiterhin und zunehmend verletzt wird. Die Hilfeempfänger verlieren damit zugleich den ihnen in §1 Abs. 2 BSHG verbürgten Rechtsanspruch auf die Führung eines menschenwürdigen Lebens; die Sozialhilfe selbst wird zurückentwickelt zur Armenpflege des 19. Jahrhunderts. Als Reform im positiven Sinne kann Seehofers Programm somit nicht verstanden werden. Er setzt vielmehr auch weiterhin auf Leistungskürzung und Disziplinierung, womit er keine Politik gegen die Armut, sondern eine gegen die Armen verfolgt.

## Für eine soziale Reform der Sozialhilfe

Eine wohlverstandene Reform der Sozialhilfe hätte demgegenüber andere Akzente zu setzen. Von höchster Priorität wäre dabei eine armutspräventive Arbeitsmarktpolitik mit den Instrumenten der Arbeitszeitverkürzung sowie einer aktiven Beschäftigungspolitik. Darüber hinaus könnte dem Problem unzureichender Versicherungs- und Versorgungsansprüche unbürokratisch und effektiv durch die Einführung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung in Arbeitslosen- und Rentenversicherung begegnet werden. Schließlich ist auch ein wesentlich verbesserter Familienlastenausgleich sowie ein Ausbau persönlicher sozialer Dienste zu fordern.

Durch diese Maßnahmen würde die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen in einer sozialpolitisch verantwortlichen Weise, das heißt ohne Marginalisierung der Bedürftigen, um gut die Hälfte reduziert, und die strukturelle Überforderung der Sozialhilfe abgebaut. Die frei werdenden Mittel würden es den Kommunen dann auch wieder erlauben, weitreichendere Aufgaben, z.B. solche einer tarifgebundenen kommunalen Arbeitsmarktpolitik, wahrzunehmen. Die Finanzierung der vorgeschlagenen armutsbekämpfenden Maßnahmen hätte aus Steuermitteln des Bundes zu erfolgen. Ihre Aufbringung ist aber nur durch Umverteilung von oben nach unten möglich. Dies würde aber eine Umkehrung der bisherigen Politik dieser Regierungskoalition bedeuten, zu der sie offenbar nicht bereit ist.



# „Wir haben mittlerweile eine sehr moderne rechte Szene“

Interview mit Klaus Farin und Rainer Fromm\*

*spw:* Das rechtsextreme Netzwerk zeichnet sich durch eine breite Angebotsstruktur aus: von der jugendlichen Subkultur über Wahlparteien bis hin zu intellektuellen Zirkeln. Während die extreme Rechte noch mit der Demontage des Asylrechts einen entscheidenden politischen Erfolg erzielen konnte, scheint sie heute am Boden zu liegen. Gegen die militanten neonazistischen Gruppierungen wird mittels des staatlichen Verbotsinstrumentariums vorgegangen. Greifen die Verbote oder handelt es sich hier eher um eine symbolische Politik, die gegenüber dem Ausland Aktivität signalisiert, aber gleichzeitig die Normalisierung des Rassismus, seine Institutionalisierung in der Mitte der Gesellschaft verdeckt?

**Fromm:** Die Gruppen, die verboten wurden, sind in der Regel Mini-Gruppen, die mit der gesellschaftlichen Relevanz des Rechtsextremismus sehr wenig zu tun haben. Die größten der verbotenen Organisationen sind die FAP und die Wiking-Jugend mit einer Mitgliederzahl von ca. 500. Es handelt sich um aggressive Gruppen mit erheblicher Gewaltbereitschaft gegen politische Gegner. Der rechtsextreme „Stino“ kann sich nun zurückerholen, weil die Öffentlichkeit ihren Blick auf die Ränder richtet.

**Farin:** Verbote bedeuten Abschreckung des Mitläufertums, erschweren den Zugang zur Öffentlichkeit über eigene Medien und Versammlungen, aber sie bedeuten gleichzeitig eine Verhärtung, Radikalisierung des inneren Kreises bis hin zum Abgleiten ins terroristische Umfeld. Die Wirkungen sind also ausgesprochen zwiespältig. Hinzu kommt, daß merkwürdigerweise immer die Orga-

nisationen verboten werden, die gesellschaftlich unbedeutend sind oder schon darniederliegen. Fast alle Organisationen wurden erst verboten, als sie in einer verschärften inneren Krise waren. Die wirklich großen Organisationen im rechten Spektrum - DVU, Reps, NPD - sind weiterhin legal, was nicht heißt, daß ich für deren Verbot wäre. Die Wiking-Jugend, die immer auch ein terroristisches Potential hatte und mit Kindern arbeitete, was ihre Brisanz ausmachte, hat immerhin seit 1952 wirken können, so daß ich den Zeitpunkt des Verbots merkwürdig finde. Offenbar ging es weniger um effektive Maßnahmen gegen Rechtsradikale, sondern um eine kosmetische Verbesserung des bundesdeutschen Image im Ausland.

**Fromm:** Gerade bei der Wiking-Jugend zeigt sich, daß über 40 Jahre weggeschaut wurde. Die FAP existierte seit 1978 und hat ihre Politik, nachdem sie 1983 zur neonazistischen Kaderorganisation wurde, kaum verändert, so daß es jederzeit die Möglichkeit eines Verbots gegeben hätte. Meines Erachtens haben die Verbote sogar heute einen Lernprozeß in der rechtsextremen Szene ausgelöst. Man kann Parteien verbieten, aber nicht Menschen, die so denken. Wir haben mittlerweile eine sehr moderne, autonom arbeitende rechte Szene. Die Verbote haben die Szene weitergebracht und so dem Staat die Möglichkeit der Überwachung genommen.

## Zunehmende Immunisierung der rechten Szene

*spw:* Unabhängig von der demokratietheoretischen Frage, ob die Manifestation widerlicher Gesinnung verboten werden kann und soll, stellt sich angesichts der Autonomisierung der neonazistischen Politikstrukturen das Problem, ob dadurch das klassische staatliche Repressions-Instrumentarium nicht ins Leere laufen muß?

**Fromm:** Die neuen Entwicklungen zeigen, daß sich die rechtsextreme Szene zunehmend gegen staatliche Verfol-

gungsmaßnahmen immunisiert. Ein Beleg sind die Nationalen Info-Telefone, Anrufbeantworter der Neo-Nazis, die Szene-Nachrichten verbreiten und ein wesentlich größeres Umfeld erreichen als die diversen Zeitschriften mit Mini-Auflage. Nachdem man 1992 mit einem Apparat begonnen hat, gibt es inzwischen 7 bis 8 dieser Info-Telefone, die die Neuigkeiten transportieren. Heute ist bei einer rechtsextremen Demo jedes Auto mit Funk-Telefonen ausgerüstet, die zum Teil noch abhörsicher sind. Nächstes Stichwort sind Computer-Mailboxen, die die Kommunikation und Diskussion jenseits von überwachbaren Parteitag und Kameradschaftsabenden ermöglichen. Vor den Verboten war die Szene sehr zerstritten, hat gegeneinander gearbeitet. Viele rechtsextreme Aktivitäten sind ja nicht wegen der guten staatlichen Arbeit aufgefliegen, sondern aufgrund der Denunziationen aus der eigenen Szene. Das hat sich jetzt verändert. Früher verfeindete Gruppen arbeiten heute gruppenübergreifend in der Anti-Antifa zusammen, spähen gemeinsam Adressen politischer Gegner aus. Das letzte Stichwort ist die Bewaffnung der Szene. Gruppenübergreifend kursieren Anleitungen zum Bombenbasteln, gehen Neonazis als Söldner nach Kroatien und lernen dort das Handwerk für den Bürgerkrieg. In der Szene sind heute die Tabus gefallen, sie könnte terroristisch zuschlagen. Die neue Entwicklung geht insofern am Verfassungsschutz vorbei.

**Farin:** Ein immer wieder auftauchendes Verfolgungshandicap ist ja inzwischen der Staatsschutz selbst, der einen nicht allzu kleinen Teil der rechtsextremen Szene selber stellt: durch eingeschleuste Spitzel, durch angeworbene Mitglieder aus diesen Organisationen. Unter dem Vorwand weiterer Informationsgewinnung wird dann häufig auf Strafverfolgung verzichtet. Nicht nur der BND betreibt eine intensive Arbeitsplatzförderung in eigener Sache und sollte so schnell wie möglich aufgelöst werden.

*spw:* Ein Teil der Neonazis hat versucht, sich mit jugendlichen Subkulturen

zu verbinden - ich denke hier an die Rekrutierungsversuche der FAP in der Nazi-Skin-Szene. Haben hier die Verbote eine Wirkung gehabt?

**Farin:** Terrorismus und Gewalt sind ohnehin verboten. Da brauchen wir keine Sonderverbote für kriminelle Handlungen mit politischem Vorwand. Daß sich Organisationen und jugendliche Subkulturen mischen, läßt sich strafrechtlich nicht unterbinden. Keine rechtsextreme Kaderorganisation hat es bisher geschafft, breitflächig Jugendliche für sich zu gewinnen. Etwa 5% der Skinhead-Szene waren vor der Verbotswelle in Deutschland rechtsextrem organisiert.

**Fromm:** 1993 waren von den Verdächtigen fremdenfeindlicher Straftaten 7,1% in rechtsextremen Gruppen organisiert, weitere 8,6% waren der Skinheads-Szene zuzurechnen. Der weitaus größte Teil der Tatverdächtigen - 84,3% - wird nach BKA-Angaben von normalen Jugendlichen gestellt. Soll jedes Jugendzentrum vom Verfassungsschutz überwacht werden? Demokratie ist zu wichtig, um sie an Verfassungsschutzbehörden zu delegieren. Wenn Pädagogen nach Verboten und mehr Polizei schreien, ist dies das Eingeständnis eigener Unfähigkeit.

## Rechtsextreme und die „Mitte“

*spw:* Wie sieht es zur Zeit mit den Wahlparteien - NPD, DVU und Reps - aus? Zeigt sich auch hier der Zerfallsprozeß oder stehen wir vor einer neuen Einigung?

**Fromm:** Die Reps als wichtigste rechtsextreme Wahlpartei leiden unter dem Abgang von Schönhuber, der zentrale Positionen auf sich vereinte und keine zweite charismatische Führungsfigur hochkommen ließ. Die Reps ziehen nicht mehr, denn rechtspopulistische Parteien brauchen charismatische Führungsfiguren, wie die Beispiele Haider und Le Pen zeigen. Darüberhinaus versagen die Rep-Parlamentarier: Zerfallsprozesse fanden wir in der früheren Europaparlamentsfraktion und in zahlreichen Kommunalvertretungen. Von den 1990 gewählten Mandatsträgern im Rep-Stammland Bayern verließ fast die Hälfte ihre Partei. Bei der DVU ist der Propagandaapparat in Form von Zeitungen und Geld vorhanden - knapp 450 Millionen DM in den Händen von Gerhard Frey. Die DVU ist zwar ein funk-

tionierendes rechtsextremes Kapitalunternehmen, aber eine politische Dynamik geht von ihr aktuell nicht aus. Die Kreisverbände dürfen ohne Genehmigung von Frey noch nicht einmal ein Flugblatt herausbringen. Die NPD ist zwischen der Popularität Schönhubers und den Massenplakatierungen Freys zerrieben worden. Momentan versucht die NPD, sich rechts von Reps und DVU zu profilieren, was sie ganz ins politische Ausmanövrieren könnte. Die Deutsche Liga für Volk und Heimat, als Sammlungsbewegung gegründet, ist nicht relevant. Derzeit haben die rechtsextremen Wahlparteien in Deutschland zwei Probleme: Erstens ihre Zerstrittenheit und zweitens keine Führungspersönlichkeit, die wie Le Pen das rechtsextreme Lager einigen könnte.

**Farin:** Ich würde grundsätzlich den besorgten Blick auch umdrehen - weg

Die Rechte betreibt heute eine Form von Bündnispolitik, die ein breites Spektrum von Nationalliberalen, Rechtskonservativen und Rechtsradikalen zu politischen Initiativen zusammenführt.

von den rechtsextremen Parteien und hin zur Mitte. Alle diese Parteien haben momentan ein Wählerpotential von bis zu einer Million Menschen, mehr Stimmen bekommen sie nicht. Das halte ich nicht für sehr dramatisch. Wir wissen aber, daß in Deutschland bis zu 10 Millionen Menschen rechtsextrem denken, von denen viele aus verschiedenen Gründen eben jetzt SPD, CDU, FDP wählen. Da wird es spannend. Warum wählen Menschen, die geschlossen rechtsextrem denken, die etablierten Parteien und zu welchem Preis? Das ist die Frage, die mir mehr Angst macht. Welchen Preis zahlen die großen Parteien in ihren politischen Haltungen und in ihrer Praxis, um diese Wählerstimmen weiterhin für sich zu behalten? Wieviel Rassismus ist mit der SPD machbar, wieviel Ausgrenzung von sozialen Minderheiten akzeptiert die CDU oder die FDP, wie weit nach rechts rücken die großen Parteien? Woran orientiert sich die Mehrheitspolitik - darin liegt die Brisanz -, läßt sie Minderheiten aus Oppor-

tunismus über die Klinge springen oder steht sie dem entgegen? Das Asylgrundrecht haben weder die Reps noch die DVU abgeschafft, sondern diesen erfolgreichen Angriff auf das Grundgesetz haben CDU und SPD durchgeführt.

**Fromm:** Man kann dies auf die Formel bringen, daß mit der Neuregelung der Asylgesetzgebung die rechtsextreme Szene zur erfolgreichsten sozialen Bewegung der 90er Jahre wurde.

**Farin:** Ich war selbst bei meinen Recherchen vor Ort überrascht, wie wenig die jungen Täter die rechtsextremen Parteien kannten. Die Sprüche, die gekommen sind, die haben sie sich nicht erst in der National-Zeitung anlesen können. Die haben sie in Reden von Kanther, Klose, Lafontaine und anderen gehört, und die haben sie auch zitiert. Die geistigen Molotowcocktail-Werfer sind weniger in den Nazi-Zentralen, sondern in großen Verlagshäusern und in den Parlamenten zu finden.

## Neue oder alte Rechte?

*spw:* Ihr werft damit das Problem der Anschlußfähigkeit an die politische Klasse auf. Damit verbunden ist ein Nebenstraße und Wahlpartei - drines Strategieelement der rechten Szene, der Kampf um „kulturelle Hegemonie“, der sogenannte „Gramscismus von rechts“.

**Fromm:** Der Kulturkampf von rechts - ich denke, daß es hier unterschiedliche Strömungen gibt. Wie definiert man überhaupt die Neue Rechte? Die Neue Rechte als Erbin der französischen Nouvelle Droite, die sich an Alain de Benoist und GRECE orientiert, hat in Deutschland versagt. Das Thule-Seminar von Pierre Krebs als geplantes geistiges Zentrum hat in Deutschland nicht die Bedeutung erreicht, die erhofft wurde. Ihre Publikationen erscheinen nur unregelmäßig und erreichen ein ganz kleines Umfeld. Diese Neue Rechte im engeren Sinn ist in Deutschland gescheitert.

Die Nationalrevolutionäre, Anfang der 70er Jahre angetreten, den Geist der „alten Rechten“ zu überwinden, sind auch kein bedeutender Faktor mehr. Die Reps pauschal als „Neue Rechte“ einzustufen, halte ich für falsch. Die Reps sind programmatisch stärker von der alten Rechten geprägt.

Es gibt allerdings einen neuen rechten Geist, einen sehr anti-liberalen und anti-demokratischen Geist, der in Blättern wie der „Jungen Freiheit“, „Criticoh“ und der Buchreihe „Handbuch der

Klaus Farin, lebt und arbeitet als Literaturkritiker und freier Autor in Berlin. Veröffentlichungen (gemeinsam mit Eberhard Seidel-Pielen): Krieg in den Städten. Jugendgangs in Deutschland, Berlin 1991; Rechtsruck. Rassismus im neuen Deutschland, Berlin 1992; Skinheads, München 1993.  
Rainer Fromm, lebt als freier Journalist im Rhein-Main-Gebiet, Veröffentlichungen: Am rechten Rand. Lexikon des Rechtsradikalismus, Marburg 1993; ...und morgen die ganze Welt? Rechtsextreme Publizistik in Westeuropa, Marburg 1994; Europas braune Saat, München 1994 (gemeinsam mit Barbara Kernbach). Das Interview für spw führte Peter Reif-Spreek.

Deutschen Nation“ zum Ausdruck kommt. Hier wird „Neue Rechte“ als Bewegung für eine neue „konservative Revolution“ definiert, d.h. der Kampf richtet sich gegen moderne Werte. Mitglieder demokratischer Parteien haben mittlerweile die Hemmschwellen zur rechten Szene abgelegt, publizieren in deren Blättern und arbeiten gemeinsam an einem neurechten Gedankenkonstrukt. Das sind Personen wie Lummer aus der CDU, Zitelmann vom rechten FDP-Flügel, der Hofgeismar-Kreis der Jusos, Templin vom Bündnis 90, die einen neuen rechten Geist in Deutschland vorantreiben. Das sind Grauzone-Organisationen wie die Deutsche Gildenschaft, aus deren Reihen Redakteure der „Jungen Freiheit“ stammen, aber auch der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung Reichert und andere CDU-Politiker.

Die Rechte betreibt heute eine Form von Bündnispolitik, die ein breites Spektrum von Nationalliberalen, Rechtskonservativen und Rechtsradikalen zu politischen Initiativen zusammenführt. Ein Beispiel ist der Versuch der geschichtspolitischen Umdeutung des 8. Mai oder letztes Jahr der sog. „Berliner Appell“.

**Farin:** Der Begriff der Neuen Rechten ist natürlich ein Propagandabegriff der Szene selbst, so wie sich auch Neonazi-Bands heute gern nonkonforme Bands nennen. Man muß sehr genau fragen, was da eigentlich neu ist. Wenn Lummer in der „Jungen Freiheit“ veröffentlicht, so ist zwar die Zeitung neu, aber die Inhalte von Lummer sind die alten. Viele andere auch, die heute zur Neuen Rechten gezählt werden, sind eigentlich Alt-Rechte. Wenn man sich genauer umschaut, wo wirklich etwas Neues passiert, dann sieht man sicherlich an den Universitäten, daß hier ein neuer rechter Geist kommt. Es geht aber auch hier nicht um eine neue rechte Gedankenschläue, sondern vor allem um die offensive Demonstration, daß man die linke Hegemonie brechen will. Die intellektuelle Diskussion scheint mir eher auf Oberschülerniveau zu sein. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern, wo man ab und zu schlaue rechtsintellektuelle Ideen lesen muß, könnte ich in Deutschland keinen rechten Intellektuellen nennen, der die Diskussion um Nationalismus und andere Fragen weitergebracht hat. Wenn man europäische Anthologien sieht, spielen die Deutschen keine Rolle. Die „Junge

Freiheit“ ist kein Intellektuellen-Organ, sondern lediglich stilistisch differenzierter als andere Zeitungen der Rechten oder gegnerische Blätter wie die ehemalige „Junge Welt“. Neben einigen wirklich intellektuellen Beiträgen überwiegt doch ein gedanklich eher simpel gestrickter propagandistischer Journalismus. Ein gehobenes Niveau kann ich da nicht entdecken. Ich glaube nicht, daß sie jemals als Wochenblatt in einer hohen Auflage erscheinen wird. Das gefährlichste Blatt der Rechten ist nach wie vor die FAZ.

Problematisch ist nicht die Entwicklung der Neuen Rechten, sondern der Niveauverlust der Linken, die immer mehr Moral statt Intellekt anbietet und sich gleichzeitig Diskussionen und Autoren öffnet, die in linken Publikationen nichts zu suchen haben, also beispiels-

Die „Junge Freiheit“ ist kein Intellektuellen-Organ. [...] Ich glaube nicht, daß sie jemals als Wochenblatt in einer hohen Auflage erscheinen wird. Das gefährlichste Blatt der Rechten ist nach wie vor die FAZ.

weise auf die sogenannte „nationale Frage“ aufspringt. Es ist ein Unding, daß Linke dort mitdiskutieren und sich mit rechten Leuten an einen Tisch setzen. Es wäre vor einigen wenigen Jahren noch undenkbar gewesen, daß der Rotbuch-Verlag, ein traditionsreicher linker Verlag, mit der FAZ und anderen „Links“nationalen wie Kowalsky Bücher macht.

### Fehler der linken Gegenbewegung

*spw:* Die antirassistische Bewegung war in den vergangenen Jahren stark anlaßgebunden, orientiert an der gewalttätigen Peripherie der Szene. Was sind Eures Erachtens die entscheidenden Schwächen der Gegenbewegung angesichts der Normalisierung des Rassismus? Wo liegen Alternativen?

**Fromm:** Ein Teil der Antifa-Bewegung produziert in den eigenen Zeitschriften Horrortexte, d.h. es wird ein

Kult darum gemacht, welcher Neonazi in der Straße X neu zugezogen ist. Es werden Sachen sofort und ungeprüft übernommen, nur um den brauen Geist groß zu reden, der schon real groß genug ist. Der Antifaschismus in Deutschland ist sehr weit davon entfernt, wirkungsvoll zu sein, weil teilweise der Ton von Leuten angegeben wird, die in den Verschwörungstheorien leben, die sie selbst den Rechtsextremen vorwerfen.

**Farin:** Was sollte die Linke tun? Denken statt jammern, ihre eigenen Utopien oder das, was die Linke in progressivem Sinne unter Demokratie und Freiheit versteht, auch konstruktiv anwenden und nicht mit autoritären Mitteln eine Meinungshegemonie inszenieren, die in der Praxis einfach nicht besteht. Obwohl ich auch sehr viele überzeugende Ausnahmen kenne, die hervorragende Arbeit machen, wollen große Teile der Linken nicht akzeptieren, daß es in dieser Gesellschaft ein großes Potential für rechtes Denken gibt, und verweigern die Auseinandersetzung mit diesem rechten Potential. Während die eigenen Analysen gerade der Antifa ja auch zeigen, daß es z.B. eine klare Trennung zwischen Extremismus und der Mitte der Gesellschaft nicht gibt, sieht die Praxis völlig anders aus. Die ganze Aufmerksamkeit wird auf marginale Gruppen konzentriert, die eigene Analyse - der Hauptgegner ist die politikfähige, etablierte Mitte der Gesellschaft - wird vernachlässigt. Man stürmt gerne mal irgendwelche Naziplattenläden und ignoriert dabei, daß es dieselben Platten bei Karstadt gibt. Man marschiert gerne bei der „Jungen Freiheit“ ein - oder bei der TAZ - , übersieht aber, daß das Springer-Haus gegenüber steht. Man stürzt sich mit voller Wut und Vehemenz auf irgendwelche jugendlichen Szenarien oder auf irgendwelche Altnazis und übersieht dabei, daß in den großen Parteien Leute sitzen, die ähnliche Sprüche nicht nur machen, sondern auch in Gesetze oder Unternehmenspolitik umsetzen. Man macht aufwendige Kampagnen gegen letztendlich kommerziell erfolglose Zeitungen wie die „Junge Freiheit“, während gleichzeitig die Anti-„Bild“-Kampagne am Boden liegt. Das zeigt, daß vielen Linken die gesellschaftlichen Relationen verloren gegangen sind, daß man sich lieber im Sandkasten amüsiert, als wirklich gesellschaftlich etwas zu verändern.

# 5 Jahre nach den letzten DDR-Volkskammerwahlen

Rückblick und Ausblick

von Walter Romberg\*

Die heutige Veranstaltung, so steht es in der Einladung, soll der Diskussion über „eine politische Wertung unserer Volkskammerfraktion und die zukünftige SPD-Politik in den neuen Bundesländern“ dienen. Mein Beitrag besteht deshalb aus zwei Teilen:

1. Gefühle und Gedanken im Rückblick

2. Die Situation heute und die zukünftige Aufgabe.

Die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit zwingt dazu, sich auf kurze Bemerkungen zu beschränken.

## 1. Gefühle und Gedanken im Rückblick

Drei Grundgefühle sind es, die sich beim Rückblick auf die Zeit seit 1990 ebenso wie bei dem Blick auf die gegenwärtige Situation immer neu einstellen: Dankbarkeit mit Genugtuung, Trauer, Zorn.

(1) Ich bin dankbar dafür, daß die politischen Umwälzungen 1989/90 in Deutschland und fast überall im östlichen Europa auf friedlichem Wege verlaufen sind.

Das ist nicht selbstverständlich, wenn man nicht vergessen hat, daß sich in Deutschland und in der gesamten Mitte Europas die stärksten Militärpotentiale zweier Weltmächte und ihrer Verbündeten gegenüberstanden, in den beiden deutschen Staaten allein rund 1,5 Millionen Soldaten, die mit allen Waffenarten ausgerüstet waren, Waffen, die in ständiger Gefechtsbereitschaft gehalten und in einem mörderischen Rüstungswettlauf immer neu „modernisiert“ wurden. Und wenn man nicht vergißt, daß gleichzeitig von beiden Seiten und speziell in Deutschland ein intensiver kalter Krieg geführt wurde.

\* Walter Romberg, Berlin, war SPD-Finanzminister der letzten - demokratisch gewählten - Regierung der DDR. Der Text ist die überarbeitete und ergänzte Fassung eines Diskussionsbeitrags auf einer Veranstaltung mit den Mitgliedern der SPD-Fraktion der letzten DDR-Volkskammer anläßlich des 5. Jahrestags ihrer Wahl am 18. März 1990.

Ich empfinde Genugtuung, weil die vor allem von sozialdemokratischen Politikern in der Bundesrepublik und in anderen westeuropäischen Ländern hartnäckig verfolgte Entspannungspolitik diesen friedlichen Übergang ermöglicht hat, und weil ich selbst seit Anfang der 80er Jahre intensiv an der Entspannungspolitik mitgearbeitet habe - in kirchlichen Strukturen und seit 1983 zunehmend auch mit SPD-Genossen aus der alten Bundesrepublik und West-Berlin. Meine Arbeit ging bis in detaillierte militärische Vorschläge für Abbau bzw. Umbau von ausgewählten Einheiten der sowjetischen bzw. amerikanischen und britischen Streitkräfte in den beiden deutschen Staaten.

Man muß es heute schon sehr deutlich aussprechen: Ohne die vorangegangene Entspannungspolitik wäre die Entschärfung der militärischen Konfrontation und dann der Durchbruch zur „friedlichen Revolution“ 1989/90 in der DDR und in anderen Teilen des östlichen Europa unmöglich gewesen.

Damit sollen die grundlegenden Verdienste derjenigen, die als Bürgerwehler und im offenen konfrontativen Widerstand gegen das DDR-System gearbeitet haben, nicht geschmälert werden.

(2) Trauer ist da, immer wieder, weil wir Ostdeutsche im allgemeinen für unsere Interessen nicht genügend gekämpft haben - ich schließe mich voll ein - und deshalb vieles unwiederbringlich verloren haben, zumindest für zwei Generationen.

Ich nenne nur einen Punkt: rund 85% des ostdeutschen Industrievermögens befinden sich heute in westdeutschen Händen, nur rund 5% sind ostdeutsch geblieben, der Rest ging in ausländische Hand.

Das ostdeutsche Industrievermögen war weitgehend Volksvermögen, und dies nicht nur formal, nach der Übernahme der Regierungsgewalt durch die aus den demokratischen Wahlen vom 18. März hervorgegangene DDR-Regierung. Dieses Vermögen wurde größtenteils durch die ostdeutsche Bevölkerung geschaffen: angefangen von dem harten

Wiederaufbau der durch Kriegszerstörungen verwüsteten Wirtschaft, die in Ostdeutschland durch besonders umfangreiche Reparationsleistungen zusätzlich geschwächt wurde, bis hin zu den in nicht geringer Zahl und in fast allen Industriesektoren neu errichteten oder modernisierten Industriebetrieben, die auch nach westlichen Gesichtspunkten modernen Standards genügten. Und die ostdeutsche Bevölkerung hatte dieses Vermögen weitgehend ohne fremde Kapitalhilfe aufgebaut.

Das Ausmaß der seit 1990 in Deutschland vollzogenen Vermögensumverteilung ist einmalig in der jüngeren deutschen Geschichte. Stattgefunden hat nicht nur eine riesige Umverteilung von „Ost nach West“, sondern zugleich auch eine entsprechende Umverteilung von „unten nach oben“ in Gesamtdeutschland.

Gewinner war und ist das westdeutsche Finanz- und Industriekapital, das damit eine Basis gewonnen hat, um seine Position in Europa und global in Zukunft beträchtlich auszudehnen. Eine Umverteilung in diesem Ausmaß zu Lasten der Ostdeutschen wäre nicht notwendig gewesen.

Zum Beweis genügt es, hinzuweisen auf die verhängnisvolle Fehlentscheidung der beiden deutschen Regierungen zur „Restitution“ (14. Juni 1990: „Rückgabe“ statt „Entschädigung“ - ich habe dieser Entscheidung im Kabinett ausdrücklich nicht zugestimmt), und auf das viel zu schwache Einfordern einer alternativen Politik zur Treuhand-Politik. Notwendig gewesen wäre eine gezielte Sanierungspolitik für die Treuhand-Unternehmen, im Zusammenwirken auch mit den regionalen Wirtschaftsentwicklungspolitikern. Die zu diesem Zweck von meiner Seite (DDR-Finanzministerium) bei den Verhandlungen zum Einigungsvertrag eingebrachte Forderung, die Treuhand-Anstalt solle einer Kommission bei der späteren Ministerpräsidenten-Konferenz der Neuen Bundesländer unterstellt werden, wurde von der westdeutschen Seite abgewiesen.

(3) Bleiben wird der *Zorn* auf eine Bundesregierung, die ohne angemessene Wirtschaftskonzeption in den Vereinigungsprozeß gegangen ist, die statt dessen weitgehend durch Vorurteile und Illusionen bestimmt und nicht hinreichend lernfähig war. Es gab keine Industrie-Politik, dafür überstürzte Privatisierung, oft um jeden Preis.

Sicher waren auf dem Weg vom realsozialistischen System der DDR in die kapitalistische Marktwirtschaft, in eine neue gesamtdeutsche demokratische Gesellschaft, tiefe Einschnitte, wirtschaftliche und soziale Verluste, unumgänglich. Aber: das *Ausmaß* des Zusammenbruchs, der Grad der Deindustrialisierung, waren nicht zwangsläufig.

Dieses Ausmaß an wirtschaftlichem Zusammenbruch entsand, weil die notwendige übergeordnete Rationalität einer klaren Wirtschafts- und Marktstrategie fehlte. Die Arbeit der Treuhand-Anstalt hat dies ständig auf bedrückendste Weise demonstriert.

Vorschläge vorrangig linker und kritischer Wirtschaftswissenschaftler für

eine klare wirtschaftspolitische Steuerung der Wirtschaftstransformation, insbesondere entsprechende industriepolitische Konzepte, wurden immer wieder abgewiesen.

Tonangebend für die offizielle Politik der Bundesregierung - und bestimmend leider auch in der SPD - blieb dagegen das neoliberale Paradigma, das neoliberale Prinzip, die Forderung nach der Autonomie der Ökonomie gegenüber der Politik. Deregulierung und Privatisierung hieß und heißt das Credo, auch wenn im Einzelfall immer wieder nach dem Instrument der politischen Intervention in den Wirtschaftsprozess gerufen und teilweise auch gegriffen wurde.

Nur ein kleiner Teil der westdeutschen Bevölkerung hat bis heute verstanden, wie weitreichend und grundsätzlich die sozialen Strukturen in Ostdeutschland durch den Transformationsprozeß verändert werden. Und selten wird sichtbar, inwieweit ostdeutsche Politiker sich der Mitverantwortung bewußt sind, die sie für den Verlauf des Einigungsprozesses tragen, darunter für

die Vermögensumverteilung in Deutschland (auch ich habe für das Treuhand-Gesetz gestimmt).

## 2. Die Situation heute und die zukünftige Aufgabe

Von den Konservativen, gleich welcher Farbe, wird die Transformation und Integration der ostdeutschen Wirtschaft im Kern für abgeschlossen erklärt. Es geht jetzt um Konsolidierung. Deshalb wird vornehmlich auf wirtschaftliche Wachstumsraten verwiesen. Die Wirkung der Medien, die Befindlichkeit der westdeutschen Gesellschaft mit ihrer bekannten  $2/3:1/3$ -Spaltung und die zunehmende soziale Differenzierung der ostdeutschen Gesellschaft werden dazu führen, daß sich die Wahrnehmung einer „weitgehend beendeten Transformation“ auch in Ostdeutschland festsetzen wird.

Das Thema „Transformation“, die Debatte um das „Wie“ der Transformation, erscheint deshalb in Deutschland für die politische Auseinandersetzung erle-

digt. Das neoliberale Konzept hat sich damit auch in Ostdeutschland - zunächst durchgesetzt.

Natürlich ist damit nicht die Auseinandersetzung über die Bewältigung der sozialen Folgen der Transformation zu Ende.

Die offizielle Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland beträgt gegenwärtig im Durchschnitt 13%, knapp 30% der potentiell Erwerbstätigen sind ohne regulären Arbeitsplatz. Andererseits wird das ostdeutsche Wirtschaftswachstum weiter kräftig anhalten. Das ostdeutsche verarbeitende Gewerbe (Industrie und Handwerk) hat 1994 rund 50% des Standes vor der Wirtschafts- und Währungsunion (1. Juli 1990) erreicht und wird bei sehr guter Wirtschaftsentwicklung in 8-9 Jahren beim Stand vom ersten Halbjahr 1990 angekommen sein.

Aber: die Erkenntnis setzt sich durch, daß trotz deutlichen Wachstums der Produktion weder jetzt noch in absehbarer Zukunft (in den nächsten 10 Jahren) mit einem erheblichen Rückgang der Arbeitslosigkeit zu rechnen ist. Deshalb sind grundsätzliche Reformen in Deutschland nicht zu umgehen. Wird die SPD stark genug sein, um mit

anderen Partnern solche Reformen in Gesamtdeutschland anzugreifen?

Wirksame Reformen werden nicht möglich sein ohne die stärker regulierende, steuernde Einflußnahme des Staates auf verschiedene Felder der Gesellschaft. Wirksame demokratische und soziale Reformen verlangen den republikanisch-demokratischen Staat. Auch die Konservativen werden zukünftig, angesichts wachsender innerer Probleme der deutschen Gesellschaft und zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele, stärker die „positiven Funktionen“ des Staates bemühen. Aber es wird, wenn man von den gegenwärtigen Kräftekonstellationen ausgeht, der Staat vorrangig der konservativen Werte sein.

Demokratie lebt von der Glaubwürdigkeit der demokratischen Institutionen, von deren Fähigkeit, politische, soziale und wirtschaftliche Probleme schrittweise zu Lösungen zu bringen. Anhaltende Dominanz von Wirtschafts- und Finanzinteressen über politische Zielstellungen führt zur Aushöhlung des demokratischen Systems (Beispiel: Medien). Notwendige Reformen wird es nicht geben ohne Umsteuerung bzw. Regulierung von Kapitalflüssen: Unternehmensgewinne müssen primär reinve-

stiert werden. Spekulative Kapitalbewegung muß rigoros besteuert werden, ebenso wie ohne Leistung erworbene große Vermögenswerte. Beschäftigungsintensive Anlage von Privatkapital muß intensiv gefördert werden. Die Bedrohung der Demokratie geht heute vom unregulierten Markt und Finanzkapital aus. Die Demokratie-Frage wird im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung stehen müssen. Welches Leitbild von Staat und Gesellschaft wird die SPD öffentlich ausstrahlen können?

Ost- und Westdeutschland sind durch 40 Jahre getrennter Geschichte in ihrer Kultur unterschiedlicher geprägt, als es vielen 1990 zu Beginn des Einigungsprozesses erscheinen mochte. Die Konservativen in Deutschland werden versuchen, ein neues integrierendes kulturelles Leitbild für das vereinte Deutschland zu etablieren, ein Leitbild, das aufbauend auf deutsche nationale Traditionsbestände, den Weg zu einer neuen konservativ geprägten Nationalkultur weist.

Die SPD wird, wenn sie - anders als gegenüber der neoliberalen Ökonomie - rechtzeitig auf dem Feld sein will, ihr eigenes kulturelles Leitbild für das vereinte Deutschland klar definieren müssen.

## „Wir wollen die Einheit, aber wir wollen die Einheit nicht als Anschluß“

Aus der Erklärung von 24 SPD-Abgeordneten zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der BRD und der DDR\*:

„Unsere Ablehnung gründet sich auf drei Motivbündel:

Erstens. Dieser Staatsvertrag verordnet der Wirtschaft der DDR eine Schock-Therapie. [...] Die Betriebe in der DDR werden der Konkurrenz des Weltmarktes abrupt ausgesetzt, ohne daß ihnen die Chance zur Anpassung an die neuen Bedingungen gegeben worden wäre; und dies in einer Situation, in der die Infrastruktur der DDR, insbesondere das Schienen-, Straßen- und Kommunikationsnetz, völlig unzurei-

chend ist. [...] Die Bundesregierung hat der Gefahr der Massenarbeitslosigkeit mit all ihren unwägbar politischen und menschlichen Auswirkungen nicht ausreichend entgegen gewirkt. Dies gilt im besonderen für die Frauen in der DDR, die zu einem hohen Prozentsatz im Erwerbsleben stehen und deren Arbeits- und Lebensbedingungen durch diesen Staatsvertrag noch krasser verschlechtert werden als für Männer. [...]

Der Weg, den die Bundesregierung geht, wird zu einer Explosion der konsumtiven Ausgaben im Bundeshaushalt der Bundesrepublik führen. Zukunftsinvestitionen in die Infrastruktur der DDR werden grob vernachlässigt. Das wird zur Folge haben, daß der Teil Deutschlands, den wir heute noch DDR nennen, ein „Wirtschaftsgebiet zweiter Ordnung“ wird: ein bloßer Absatzmarkt, ein Land der abhängigen Filialen. Wir halten es für unverantwortlich, daß traditionsreiche deutsche Industriegebiete so herabgestuft werden. Damit wird eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung aus der „Region DDR“ heraus unverantwortlich erschwert. [...]

Eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten, die in der ersten entscheidenden Phase auf den Knochen der Durchschnittsverdiener in beiden Teilen Deutschlands durchgeführt wird, wollen wir nicht mittragen, weil wir der Überzeugung sind, daß auch eine gerechtere und sozial verträglichere Organisation der deutschen Einheit möglich gewesen wäre.

Zweitens. Der Staatsvertrag bringt in der vorliegenden Form unseres Erachtens ernste Gefahren für die europäische und internationale Einbindung der Bundesrepublik und des größeren Deutschland. [...]

Drittens. Die Bundesregierung hat bei der Vorbereitung dieses Staatsvertrages ein Verfahren gewählt, das die Rechte von Bundestag und Bundesrat mißachtet. Sie hat versucht, das Parlament von der Gestaltung des Staatsvertrages auszuschließen. [...]

Wir wollen die Einheit, aber wir wollen die Einheit nicht als Anschluß. Aus all diesen Gründen haben wir uns nach ernsthafter Selbstprüfung entschieden, zu diesem Staatsvertrag nein zu sagen.“

Dokumentation aus: Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, 217. Sitzung, 21.06.1990, Anlage 14. Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Frau Acker, Antretter, Frau Bünck, Dr. von Bülow, Frau Bultmann, Connell, Erler, Dove, Frau Fuchs (König), Frau Garneforth, Gilges, Dr. Glatz, Häußler, Müller (Dörmann), Frau Dr. Niehoff, Oettinghaus, Peter (Kasson), Reuter, Rilo, Schmidt (Bismarck), Verbeugen, Wetschirchen, Wenzel, Dr. Wietzorek, Frau Wietzorek.

## Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung Chefredakteur: Peter Glotz

### Thema 4/95: Rußland

**Peter W. Schulze**

Die autoritäre Transformation der russischen Demokratie

**Kai Ehlers**

»Konterrevolution«?

**Sonja Margolina**

Der Kaukasus als literarische Kulisse

**Karla Hielscher**

Zur Prosa der Ljudmila Petruschewskaja

Weitere Beiträge:

**Gespräch mit Gajo Sekulić**

»Von Sarajewo aus kann-ich niemanden anrufen«

**Thomas Hofmann**

Buchenwald-Gedenktage in Weimar, 1945-1995



### Thema 5/95: Gespenster der Vergangenheit

**Diether Posser**

Plädoyer für eine begrenzte Amnestie

**Gespräch mit Thomas Krüger**

Tolerierung oder Subversion der PDS?

**Volker Mauersberger**

Spanien als demokratisches Vorbild

**Sibylle Tönnies**

Skelette im Schrank

Weitere Beiträge:

**Karin Priester**

Don Benito Schmitt

**Rolf Wiggershaus**

Max Horkheimer - der Antibürger als erfolgreicher Bürger

# Ein Experiment mit offenem Ausgang

Rot-Grün im Kölner Rat

von Hans Günter Bell\*

*Rot-Grün in Köln? Große Teile der politisch interessierten Öffentlichkeit der Dommetropole staunten, als die Nachricht im Februar 1995 durch die Medien flatterte. Die Kölner SPD hatte trotz erfolgreicher Verhandlungen nicht mit der CDU abgeschlossen und sich mit den Rats-Grünen zusammengetan, um die Stadt weiter zu regieren und zu verwalten. Was sind die Hintergründe für den Wechsel? Wie stabil ist das Bündnis, und welche politischen Perspektiven sind damit verbunden?*

Die Kommunalwahlen im Oktober 1994 führten zu deutlichen Verschiebungen im Kölner Rat. Die SPD konnte nur leicht zulegen, blieb jedoch mit 42,5% stärkste Partei. Während CDU (+ 3,4%) und Grüne (+ 4,5%, Stimmanteil insgesamt 16,2%) deutlich dazugewannen, schafften sowohl die FDP als auch die (zuletzt in mehrere Fraktionen auseinandergefallenen) Republikaner nicht den Wiedereinzug in den Kölner Rat, in dem nur drei Parteien verbleiben. Nachdem wechselnde Mehrheiten die vergangenen Jahre geprägt hatten, haben sich nach dem Ausscheiden der FDP für die SPD-Fraktion die Wahlmöglichkeiten verringert. Die möglichen Partner CDU und Grüne wollten sich nicht mehr gegeneinander ausspielen lassen und bestanden auf längerfristigen Vereinbarungen. Die SPD stand vor der Entscheidung, eine rot-grüne oder eine rot-schwarze Vereinbarung abzuschließen und hat Verhandlungen mit beiden Parteien aufgenommen.

Der rechte Flügel hätte die CDU als Partner bevorzugt, der es (wieder einmal) vornehmlich um die Absicherung ihres personellen Einflusses in der Stadtverwaltung ging. Inhaltlich bestanden Konflikte mit der CDU vor allem in den Bereichen Verkehr und Wohnungsbau. So forderte die CDU z.B. zahlreiche neue Straßenbauprojekte und zusätzliche Parkplätze in der Innenstadt und stellte sich gegen zwei große Wohnungsbauprojekte, die jedoch von der SPD als unverzichtbar angesehen wurden. Nach weitgehenden Zugeständnissen der CDU konnte dann jedoch eine

unterschriftsreife Vereinbarung ausgehandelt werden. Klaus Heugel, der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Kölner Rat, räumte offen ein: „Den mit der CDU ausgehandelten Text einer Vereinbarung hätte ich gerne unterschrieben.“

Aufgeschreckt durch die guten Wahlergebnisse der Grünen in der Kölner Innenstadt und den angrenzenden linksrheinischen Vororten, stellte die Kölner SPD jedoch fest, daß sie massiv WählerInnen nach links verloren hatte, und sie erkannte hierin ein Ergebnis der jahrelangen Zusammenarbeit mit der CDU. Größere Teile der Kölner SPD bevorzugten aus strategischen Gründen eine andere Option: Die Grünen müßten in die Verantwortung eingebunden und „entzaubert“ werden. So hätte es auf einem SPD-Parteitag wahrscheinlich keine Mehrheit für eine Vereinbarung mit der CDU gegeben. „Die Basis hätte den Parteitag genutzt und ihre Bündnisvorschläge durchgedrückt“, so Norbert Rüter, Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Kölner Rat. Bevor Heugel, Vormann der SPD-Rechten, sich womöglich einer Mehrheit hätte ergeben müssen, gestaltete er das rot-grüne Verhandlungspaket lieber selbst.

Nun geriet der rechte Flügel der Kölner SPD in einen tiefen Streit. Eine Krisensitzung jagte die nächste, bis die Wogen wieder soweit geglättet waren, daß auf dem Parteitag der Kölner SPD im März 1995 von einem Zerwürfnis des rechten Flügel zunächst nichts mehr zu sehen war. Aber es bleibt abzuwarten, welche Versuche die Gegner der rot-grünen Vereinbarung unternehmen werden, um sie nach der Landtagswahl wieder zu kippen.

## „Versuch, eine rot-grüne Zusammenarbeit zu starten“

Bei der geschlossenen Vereinbarung handelt es sich nicht um eine Koalition, sondern um einen „Versuch, eine rot-grüne Zusammenarbeit zu starten“, so Volker Bulla, Geschäftsführer der Grünen-Fraktion. Klaus Heugel spricht von

einem „Experiment mit offenem Ausgang“. SPD und Grüne wollen an ausgewählten Punkten zusammenarbeiten. Im folgenden ein Überblick über die Bereiche Personal, Haushalt und inhaltliche Absprachen.

Durch die Zusicherung von zwei Positionen in der Stadtspitze an die Grünen stehen die CDU-Dezernenten für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung und für Jugend und Kinderinteressen zur Diskussion. In diesem Zusammenhang ist jedoch zunächst eine Dezernatsneuordnung wahrscheinlich und wird erheblich Anlaß für Streit zwischen den Parteien geben. Die SPD kann erwarten, daß die Grünen 1998 mit ihr gemeinsam die neue nordrhein-westfälische Gemeindeordnung anwenden und im Kölner Rat einen neuen, sozialdemokratischen Oberbürgermeister wählen, der gleichzeitig Chef der Verwaltung wäre. Ein nicht unerheblicher Startvorteil für die erste Direktwahl im Oktober 1999 durch die BürgerInnen.

Gemeinsam den Haushalt 1995 zu beschließen, ist dann angesichts der verheerenden Finanzlage der Stadt Köln kein einfaches Unterfangen gewesen. So wurde die Zusammenarbeit der beiden Fraktionen gleich zu Beginn auf eine harte Probe gestellt. Mitte Februar schien es bereits, als seien die Verhandlungen über den Haushalt erfolgreich abgeschlossen worden, als sich im Etat eine neue Finanzlücke von 86 Millionen DM auftat. Die Haushaltsberatungen wurden zunächst unterbrochen. Anfang März legte die Stadtverwaltung eine überarbeitete Fassung vor. Daß dieser Entwurf ausgeglichen ist, liegt u.a. an Erlösen aus Grundstücksverkäufen, einer Erhöhung der Grundsteuer, einer Kürzung der Personalausgaben und einer Durchforstung aller Ansätze mit äußerst spitzem Bleistift. Nach wie vor ist jedoch keine Erhöhung der Gewerbesteuer vorgesehen.

Auf dieser Grundlage hat der Kölner Rat mit den Stimmen von SPD und Grünen den Haushalt 1995 dann Ende März beschlossen. Während die Grünen-Fraktionsvorsitzende Anne Lütke eher vorsichtig bleibt und davon spricht, dieser rot-grüne Haushalt könne „nur ein

Auftakt sein, um schrittweise Fehlentwicklungen zu korrigieren und Reformen einzuleiten“, poltert der CDU-Fraktionsvorsitzende Albert Schröder: „Die Richtung wird sich ändern. Die Fahrt geht nach links. Nicht rasant, eher schleichend - aber stetig. Das bedeutet einen Klimawechsel und eine entscheidende Weichenstellung in das nächste Jahrzehnt.“ Die Finanzlage ließ allerdings keine großen Veränderungen zu. Gerade einmal 720.000 DM (bei einem Gesamtumfang des städtischen Haushalts in Höhe von 6,349 Milliarden DM) konnten vor allem zugunsten des Sozial- und Jugendbereiches umgeschichtet werden. Ein Erfolg der rot-grünen Haushaltsvereinbarung besteht darin, daß die Zuweisungen mit Personalkostenanteil an die Träger von Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Gesundheitsbereich und die Ansätze für die Schwerpunktausgaben Kindergarten- und Wohnungsbauprogramm von Kürzungen verschont bleiben.

Inhaltliche Punkte sind u.a.: eine autofreie Siedlung, weitere Busspuren, stärkere Beachtung humanitärer Gesichtspunkte bei der Entscheidung über Abschiebungen von Kindern und Jugendlichen, schnellstmögliche flächendeckende Einführung der Biotonne, Kostentransparenz bei den Abwassergebühren. Ausgeklammert worden sind jedoch strittige Fragen wie z.B. die Müllverbrennungsanlage, der Flughafen Köln/Bonn oder eine Hafenerweiterung im Kölner Süden. Hier liegt enormer Sprengstoff für die rot-grüne Zusammenarbeit. Für die Grünen sind diese Fragen „politische Altlasten“, die ihnen als Hypothek aufgebürdet worden seien, während die SPD hierin die „sozialdemokratische Handschrift“ zu erkennen glaubt. Die beiden Parteien haben sich zugesagt, bis zum Ende der Ratsperiode im Jahr 1999 keine dauerhaften Vereinbarungen mit der CDU abzuschließen. Einzelabsprachen sind jedoch möglich. Dies kann in Einzelfragen auch zu schwarz-grünen Mehrheiten führen. So schätzt Heugel denn ein, „daß die jetzt getroffene Regelung uns im Rat und in den Ausschüssen des öfteren Niederlagen bescheren wird.“ Bereits auf der Ratssitzung im März mußte die SPD mehrere Abstimmungsniederlagen hinnehmen. So faßten CDU und Grüne gemeinsam einen Beschluß zur Begrenzung des nächtlichen Lärms auf dem Flughafen Köln/Bonn.

## „Mittel gegen Wahlmüdigkeit und Politikverdrossenheit“

Für die Stadt Köln bedeutet diese Vereinbarung eine Chance, eine ökologische und soziale Politik zu betreiben, die keine Rücksichten mehr auf die CDU zu nehmen braucht und den Einfluß der CDU in der Stadtverwaltung zurückdrängen kann. Die CDU hat angekündigt, ihre Standpunkte in der Opposition „als deutlich erkennbare Alternativen“ vertreten zu wollen. Sie will „Fehlentscheidungen öffentlich deutlich kritisieren“.

Eine solchermaßen agierende CDU kann für die kommunale Politik auch von Vorteil sein, käme es doch möglicherweise zur inhaltlichen Auseinandersetzung über kommunalpolitische Entscheidungen. Ein Vorgang, der in den Jahren wechselnder Mehrheiten und rot-schwarzer Haushalte leider zu selten zu beobachten gewesen ist, der jedoch für die Politisierung der kommunalen Politik wichtig ist. Insofern ist CDU-Schröder ausnahmsweise einmal Recht zu geben: „Der Bürger (erkennt), daß es nicht gleichgültig ist, ob und wen er wählt und auch, daß es überhaupt für ihn etwas zu wählen gibt und er mit seiner Stimmabgabe die Kommunalpolitik beeinflussen kann. Klare Aussagen und klare Verantwortlichkeiten sind ein Mittel gegen Wahlmüdigkeit und Politikverdrossenheit.“

Bedauerlich wäre, wenn dieses Experiment von der anderen Seite her scheitern würde. Denn ob die grünen VerhandlungsführerInnen die Durchsetzungsfähigkeit haben, die Absprachen in ihrer Ratsfraktion und der grünen Mitgliedschaft gegenüber durchzusetzen, ist nicht sicher. Und auch bei den Linken jenseits von SPD und Grünen

regt sich Protest - von „Anpassung der Grünen an die herrschende Politikpraxis“ ist die Rede.

Lob kommt jedoch von der bundesweit bekannten „AG Arsch huh“ (Wolfgang Niedecken, u.a.): „Uns ist bewußt, daß unter der notwendigen Beibehaltung der grundsätzlichen Positionen Ihrer Parteien eine strapaziöse, aber auch spannende Arbeit vor Ihnen liegt. Wir sind aber ebenso sicher, daß hierin eine große Chance für Köln und seine Bürger liegt“, so die Künstlerinitiative in einem Schreiben an den Vorsitzenden der Kölner SPD, Kurt Uhlenbruch.

„Es wird sehr schwierig.“ - dieser Einschätzung Bullas kann ich mich nur anschließen. Für die Überlebensfähigkeit des rot-grünen „Experiments“



spricht u.a., daß das persönliche Prestige des SPD-Fraktionsvorsitzenden vom Erfolg dieses Experiments abhängt. So ist ihm durchaus zu glauben, wenn er ankündigt: „Die sozialdemokratische Fraktion und ich als ihr Vorsitzender werden dafür arbeiten, daß der Versuch gelingt.“ Auch Fraktionsgeschäftsführer Rüter stellt klar: „Wir machen keine Kinderspiele. Zusagen sind Zusagen.“

\* Hans-Günter Bell, Köln

# Rot-Grün in Frankfurt: Versuch einer Lagebestimmung

von Peter Bartelheimer\*

## 1. Neues Bündnis - alte Sicht der Dinge

„Rettet unsere Städte jetzt!“ Mit einem Manifest unter diesem Titel schlagen die Oberbürgermeister acht deutscher Großstädte sozialen Alarm. Daß zu den Autoren dieses Hilferufs auch der Frankfurter OB Andreas von Schoeler gehört, erscheint aus heutiger Sicht fast selbstverständlich. Aus Sicht des Jahres 1989, als das rot-grüne Römerbündnis geschlossen wurde, ist es eher bemerkenswert. Denn daß es so bald schon ums bloße Überleben gehen würde, ward Frankfurt mit der Koalitionsvereinbarung von 1989 nicht gesungen.

Hochstapeln ist unserer kleinen Mächte-Metropole zur zweiten Natur geworden. Das zeigen nicht nur die „Geschlechtertürme“ des Bankenviertels. Auch „geistig“ wollte Frankfurt in den 80er Jahren hoch hinaus. Kommunalpolitik in den Zeiten der Postmoderne scheint wieder des Erhabenen zu bedürfen. Beschwor Walter Wallmann zu diesem Zweck die „Stadt als weltgeschichtliche Idee“, so deckten SPD und GRÜNE ihren Bedarf vorzugsweise aus dem Fundus der Stadtsoziologie. Moderne, Modernisierung, neue Urbanität waren Schlüsselwörter, die den Auftritt des Bündnisses begleiteten. Um aber gerade aus diesen Begriffen eine versöhnliche Vision für die Stadtgesellschaft zu zimmern, mußte ihnen sanfte Gewalt angetan werden. Die Widersprüche der Realität, auf die sie ursprünglich einmal gemünzt waren, wollte man in ein diffuses Behagen an der Moderne auflösen.

Heute hilft nur noch das Eingeständnis, daß die in den letzten 15 Jahren dominante Strategie Frankfurter Stadtentwicklung gescheitert ist. Schuldnerberater verlangen von ihrer Klientel den Verzicht auf Selbsttäuschung und auf's teure Auto. Auf Frankfurt übertragen, bedeutet das: Schluß mit den soziologisch aufgeputzten Diskursen der Selbstüber-

höhung, hin zum „Ding an sich“, also einer nüchternen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Stadtbeobachtung, zu einer realistischen Eröffnungsbilanz als Voraussetzung einer urbanen Rettungsstrategie.

## 2. Zielabweichungen - en gros und en detail

Das rot-grüne Bündnis in Frankfurt hat fraglos Erfolge vorzuweisen. Man denke nur an das Umweltticket, den Frankfurt-Paß, die zusätzlichen Kindergarten- und Hortplätze, das Hilfeangebot für Fixer einschließlich Methadonprogramm und bundesweit erstem „Druckraum“, oder die konsequente Bekämpfung der Wohnraumzweckentfremdung.

Wenn sich das Gefühl vom Erfolg mit großem „E“ trotzdem nicht einstellen will, so liegt das an zweierlei: Die Probleme, die sich für die 90er Jahre als entscheidend erweisen sollten, kamen im Zielhorizont des Bündnisses 1989 noch gar nicht vor, und die großen selbstgesteckten Ziele wurden erheblich verfehlt.

Das Leitbild rot-grüner Kommunalpolitik hieß „ausgewogene Urbanität“<sup>1</sup>. Doch zu drei Tat-Sachen, an denen sich dies Leitbild „hart im Raume stoßen“ sollte, konsultiert man die programmatischen Texte aus der ersten Wahlperiode des Bündnisses vergebens:

**Soziale Polarisierung:** Frankfurt ist Armutsmetropole einer ganzen Region und produziert zudem - vor allem durch den Schwund gewerblicher Arbeitsplätze - wachsende Armut im Reichtum. In den vier Jahren von 1989 bis 1993 wuchs die Frankfurter Wohnbevölkerung um 7%, die Zahl der Hilfeempfänger bei der Stadt als Sozialhilfeträger dagegen um 26%; jedes sechste Frankfurter Kind lebt von Sozialhilfe.

**Umland:** Von den 120.000 Arbeitsplätzen, die der Umlandverband Frankfurt von 1977 bis 1987 hinzugewann, entstanden 70.000 im Umland und nur 50.000 in den Städten Frankfurt und Offenbach. Mehr als die Hälfte derer, die in Frankfurt arbeiten, pendeln täglich aus dem Umland ein. Die Veränderungen in

der Arbeitsteilung zwischen Stadt und Umland sind eine zentrale Größe Frankfurter Stadtentwicklung. Statt aber mit Konzepten für die politische Neuordnung der Region voranzugehen, hätten die Frankfurter den Umlandverband am liebsten sang- und klanglos aufgelöst; das Umland erschien nur als Hindernis für die eigene Politik.

**Haushalt:** Ahnungen, daß die „Wirtschaftskraft“ der Stadt nicht einfach in „offene Kulturpolitik“ und „soziale Stadtentwicklung“ umzumünzen sein würde, beschlichen den Römer gelegentlich. Niemand zweifelte aber daran, daß es gelingen würde, überhaupt genug Geld der Wirtschaft in die städtischen Kassen zu lenken.

Sozial und ökologisch verantwortliche Urbanität sollte also mit einer kommunalen Reformpolitik verfolgt werden, die weder an das vorgefundene ökonomische Entwicklungsmuster noch an die bestehenden Verwaltungs- und Finanzierungsmuster von Stadt und Region rührten. Die formulierten Reformziele mußten in zentralen Politikbereichen an diese selbst gesteckten Grenzen stoßen. Zu den Zielabweichungen en gros - wegen zu geringer Reichweite der so entworfenen Stadtpolitik - gesellten sich aber auch solche en detail, die Zweifel am Reformwillen oder der Reformfähigkeit städtischer Politik weckten.

**Zum Beispiel Stadtentwicklung:** Erklärtes Ziel war 1989 „Urbanität“ durch „soziale und funktionale Nutzungsmischung“. „Die soziale, kulturelle und ethnische Milieuviefalt in den innenstadtnahen Stadtteilen wollen wir besonders schützen.“<sup>2</sup> Die ausgerufenen neue Urbanität hat die rücksichtslose Durchsetzung der Nutzungsansprüche von Banken und Büro-Investoren an den citynahen städtischen Raum nicht aufzuhalten. Büro-Hochhäuser pflastern weiter den Weg Frankfurter Kommunalpolitik. Trotz erheblicher Leerstände von Büroraum halten die städtischen Planer weiter daran fest, auf längere Frist 4 Mio m<sup>2</sup> Büros hinzubauen zu lassen. Dies alles ohne „projektübergreifende Umweltverträglichkeitsprüfung“, von Sozialverträglichkeitsprüfung ganz zu schweigen.<sup>3</sup>

Carola Scholz bilanziert die drei vom rot-grünen Magistrat seit 1989 eingeschlagene Strategien der Funktionsmischung, die entweder fehlschlügen oder nicht durchgehalten wurden<sup>4</sup>:

- Durchmischung im Wege des „Deals“: Privaten Investoren, die größere Büroprojekte planten, sollten im Genehmigungsverfahren Zusagen über Wohnungsbau abgerungen werden. Dies ist entweder gescheitert (z.B. „City West“, Hemmerichsweg), oder die entstandenen Sozialwohnungen (z.B. Galluspark, Anspacher Str.) wiegen den Verdrängungsdruck nicht auf, der von den Büroprojekten auf die benachbarten Wohnquartiere ausgeht.

- Bebauungspläne und Erhaltungssatzungen für innenstadtnahe Mischgebiete: Die Bebauungspläne kommen zu spät, um die von der Stadt bereits genehmigte „Gentrifizierung“ aufzuhalten. Die kurz vor der Kommunalwahl 1993 auf den Weg gebrachten Erhaltungssatzungen für insgesamt 32 Ortskerne stellen allein auf das städtebauliche Erscheinungsbild ab und können die Sozialstrukturen (etwa Nischen für Arme und Kleingewerbe) kaum schützen.

- Citynahe Erweiterungsgebiete („Wohnen am Fluß“): Die großen Lieblingsprojekte Frankfurter Stadtplanung, den kompletten Neubau innerstädtischer Quartiere wie Deutschherrnufer, Westhafen, Osthafen, Kaiserlei, Battelle-Gelände, liefert die Stadt schon aus finanziellen Gründen zur Realisierung kapitalkräftigen privaten Investoren aus, die auf möglichst homogene, von Armut oder „Problemgruppen“ freie Nutzungsstrukturen aus sind.

**Zum Beispiel Wirtschaft:** Schon 1989 hielt man „Sicherung und Erweiterung der industriellen und gewerblichen Arbeitsplätze und Unternehmen“ für dringend erforderlich<sup>5</sup>. Doch die privaten Bürovorhaben und die städtischen Projekte des „Wohnens am Strom“, für die innenstadtnahe Industrieblöcke umgewidmet werden müssen, trugen - vermittelt über die Wertsteigerungen der Grundstücke - das ihre zu einer neuen Schwindsucht Frankfurter Industrie-standorte bei (VDO, Triumph Adler, Messer Griesheim, Union Druckerei, Hartmann und Braun). Erst im Februar 1994 wurde auf Druck der Gewerkschaften ein „Industriepolitiches Leitbild“ verabschiedet, das viele Artigkeiten für die Unternehmerverbände enthält (Schließung des Autobahnringes, Ausbau des Flughafens, „industriefreundliches

Klima“). Umsetzungsstrategien im Sinne einer städtischen Industriepolitik, die in den Strukturwandel zur Dienstleistungsstadt eingreift, fehlen.

**Zum Beispiel Wohnen:** Entgegen der Ankündigung, die Wohnungspolitik wolle sich „in Zukunft gleichermaßen der Sicherung des Altbaubestandes wie dem Neubau widmen“, drehte sich in der ersten rot-grünen Wahlperiode alles um den Neubau - bis dann Frankfurt am Tag nach der Kommunalwahl 1993 das Land (per zur Fristwahrung rückdatiertem Fax) wissen ließ, für Sozialwohnungsbau fehle hinfort das Geld. Der 1992 vorgelegte Leitplan Wohnen<sup>6</sup> spiegelt diese Orientierung auf Neubau, Modernisierung wider; angekündigte „Modelle für die Sicherung von preis-

Schluß mit den soziologisch aufgeputzten Diskursen der Selbstüberhöhung, hin zum „Ding an sich“, also einer nüchternen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Stadtbeobachtung.

wertem Wohnungsbestand“ oder für „neue Wohnformen“ sucht man in ihm vergebens.

Statt einer „kommunal verfaßten Wohnungsgemeinnützigkeit“<sup>7</sup>, die Bestände der städtischen Wohnungsbau-gesellschaften wirksamer zur Versorgung der städtischen Wohnungsnotstands-fälle heranzieht, wurde mit der ehemals gemeinnützigen Wohnungswirtschaft 1994 ein „Frankfurter Vertrag“ neu ausgehandelt, der das städtische Belegungsrecht weiter lockert.

**Zum Beispiel Verkehr:** „Neue menschen- und umweltgerechte Maßstäbe“ in der Verkehrspolitik wollte Frankfurt vor allem mit dem „Projekt urbane Innenstadt“ setzen. Der automobile Berufs- und Durchgangsverkehr sollte von den Wohngebieten ferngehalten und auf öffentliche Verkehrsmittel umgelenkt, die Innenstadt gar „autofrei“ werden.<sup>8</sup> In der Umsetzung sind nach Anlaufschwierigkeiten die Tempo-30-Zonen und (Autos verlangsamende) „unechte Einbahnstraßen“ in den Wohngebieten sowie ein

Radwegenetz. Die „autofreie Innenstadt“ gilt längst nur noch als unverbindlicher „Arbeitstitel“<sup>9</sup>, der wenig mehr meint als die Einbeziehung der Hauptwache in die Fußgängerzone Zeil. Klagen die GRÜNEN die Umsetzung von längst Vereinbartem wie der Sperrung der Mainuferstraßen ein, so weist die SPD dies als „Unverschämtheit“ zurück. Die größten Erfolge rot-grüner Verkehrspolitik sind Unterlassungen beim Straßenbau.

## 3. Inszenierte Politik, oder: Der Solitär als Politik-Typus

Frankfurter Stadtpolitik hilft sich typischerweise mit Inszenierungen, nicht jedoch, um ihre materiellen Gehalte „lesbarer“ zu machen, sondern um sich über den Mangel an real Bewegtem zu trösten. Die starken Einzelpersönlichkeiten im Frankfurter Magistrat haben sich deshalb früh auf symbolträchtige Einzelprojekte verlegt, die in ihrer Ressortkompetenz liegen und die zugleich in hohem Maß symbolische Definitionsgewalt über den Gang der Stadtentwicklung beanspruchen. Wie die Hochhäuser als architektonische Solitäre die Skyline so prägen das „Wohnen am Strom“, der Grüngürtel oder das Amt für multikulturelle Angelegenheiten das politische Bild der Stadt, und zwar unabhängig davon, was sie zur Bearbeitung ihrer materiellen Probleme beitragen.

Die praktische Bilanz dieser politischen Solitäre ist oft ernüchternd. Der Vision des Planungsdezernenten vom „Leben am Main“ und der des Umweltsdezernenten vom Grüngürtel ist gemeinsam, daß sie dem Politik-Vorbild des „Neuen Frankfurt“ der 20er Jahre mit seinen großräumigen städtebaulichen Entwürfen nacheifern. Beide Ansätze reduzieren Stadtplanung auf Architektur. Beide teilen aber auch das Schicksal einer vorwiegend literarischen Existenz. Mit wachsender Finanznot wurde das gefürchtete „Spatenstichsyndrom“ ehrgeiziger Kommunalpolitiker bei diesen Projekten früh zur Fachliteratur des Planungsamts bzw. der GrünGürtel GmbH sublimiert.

## 4. Die gesellschaftliche Mehrheit entfernt sich

1989 wurde die Frankfurter CDU Wolfram Brücks nicht nur von links,

\* Peter Bartelheimer arbeitet als Sozialwissenschaftler in Frankfurt. Der Artikel ist ein von der spw-Redaktion gekürzter Nachdruck aus der links-grünen Zeitschrift „Andere Zeiten“, Ausgabe 1/95.

sondern gleichermaßen von rechts abgewählt. Die über 20.000 Stimmen für Rechtsaußen (NPD und andere) fehlten der CDU, und erst das knappe Scheitern der FDP an der 5%-Hürde sicherte Rot-Grün eine arbeitsfähige Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung. Das gemeinsame Regieren im Römer hat seither SPD und GRÜNE einer gesellschaftlichen Mehrheit in der Stadt nicht näher gebracht. Es hat nicht einmal verhindern können, daß das politisch-parlamentarische System der Stadt rapide an Repräsentativität verliert.

Bei der Kommunalwahl 1985 repräsentierten die drei demokratischen Römer-Parteien CDU, SPD und GRÜNE noch 55,2% der volljährigen Wohnbevölkerung, 1993 nur noch 38,6%.

Erstens sind diese „amerikanischen Verhältnisse“ eine von Frankfurt nicht zu vertretene Folge des deutschen Wahlrechts. Aufgrund des wachsenden Anteils der Einwohner ohne deutschen Paß und ohne Wahlrecht ist der Anteil der Wahlberechtigten an der Wohnbevölkerung über 18 Jahren von ca. 80% im Jahre 1985 auf ca. 70% 1994 zurückgegangen.

Zweitens aber wurden bei der Landtagswahl 1991 und der Kommunalwahl 1993 die Nichtwähler, was sie bisher nur bei Europawahlen waren: stärkste politische Kraft. In einigen innenstadtnahen Wohnquartieren sank die Wahlbeteiligung deutlich unter die 60%-Marke.

Drittens (und nicht zuletzt) bildet sich ein erhebliches rechtsextremes Wählerpotential heraus, das in der ersten rot-grünen Wahlperiode die NPD, in der zweiten die REPs in den Römer schickte und bei der Kommunalwahl 1993 mit einem Anteil von 13,5% der gültigen Stimmen in etwa der Stärke der GRÜNEN entsprach.

Die SPD trägt die Hauptlast der strukturellen Veränderungen in der Stadt. In Wohngebieten mit hohem Arbeiteranteil erreicht sie noch einen Stimmenanteil von 22% der Wahlberechtigten, wobei sie vor allem an Nichtwähler (37%) und Rechtsextreme (11,5%) verliert. In Wohngebieten mit vorwiegend hohem Bildungsniveau erreicht sie nur noch 19%, was eher den GRÜNEN (11,5%) zugute kommt.<sup>10</sup>

Da sich die Erosion der SPD-Wählerbasis mit dem vorherrschenden Politikmuster offenbar weder stoppen noch von den GRÜNEN auffangen läßt, gelingt es dem rot-grünen Bündnis nicht, seine gesellschaftliche Basis zu behaupten, geschweige denn zu verbreitern.

Waren SPD und GRÜNE bei den Kommunalwahlen 1989 noch für 158.000 Stimmen (29,4% der volljährigen Bevölkerung) gut, so 1993 nur mehr für 125.000 (22,4% der volljährigen Bevölkerung).

Die politische Diskussion beider Parteien ist noch gar nicht bei diesem Befund einer gemeinsamen Schwächung des rot-grünen Reformlagers angekommen. Der SPD-interne Streit über „Besinnung auf die traditionellen Arbeiterwähler“ oder weitere „Öffnung hin zu den Dienstleistungsbürgern“ mogelt sich an der Frage vorbei, wie Reformpolitik in Frankfurt verschiedene städtische Milieus zu einer Mehrheit zusammenführen könnte. Obendrein ist fraglich, welche sozialen Gruppen sich in Frankfurt mit solchen vulgärsoziologischen Hirngespinnsten überhaupt noch gemeint fühlen.

### 5. Verkämmerung der Politik

Die Kommunalwahl des Jahres 1993 stellt für die Selbstwahrnehmung Frankfurts und für die im Römer verfolgte Politik eine weitaus tiefere Zäsur dar als die Installation des rot-grünen Bündnisses im Jahre 1989. Keine Pleite hatte sich so lange und so hartnäckig angekündigt wie die Frankfurts. Die Verschuldung hatte sich rasant beschleunigt: Allein in den Jahren 1991 und 1992 war die Stadt 1,5 Mrd. DM neue Schulden eingegangen; im Frühjahr 1993 überschritt die Gesamtverschuldung die 8-Milliarden-Marke. (Ende 1994 sind es 8,6 Mrd. DM.)

Warum wurde die Krise der städtischen Finanzen so hartnäckig verdrängt, als noch Spielraum für Korrekturen bestanden hätte? Weil jede Ursachenanalyse offenbart hätte, daß die Stadt nicht bloß aus konjunkturellen Gründen klamm war. Die immer ungünstigeren Kennziffern des Haushalts verwiesen auf strukturelle Ursachen der Überschuldung: sie widerlegten die Grundüberzeugung, ein sozialökologisch aufgeklärter Metropolenkurs ließe sich aus den Erlösen des Dienstleistungsbooms finanzieren. Eine ernsthafte Haushaltskonsolidierung also verlangte nicht weniger als einen Modellwechsel in der Stadtentwicklung, wofür ein politisch konsensfähiges Leitbild fehlte.

Frankfurt ist wie keine andere westdeutsche Großstadt abhängig von der Gewerbesteuer - einer besonders kon-

junkturanfälligen Steuerart, der zudem absehbar der bundespolitische Garaus droht. Seit der Gemeindefinanzreform von 1970 und der Abschaffung der Lohnsummensteuer Anfang der 80er Jahre hängt der Gemeindeanteil am Steueraufkommen in wachsendem Maße von den Einkommen der Einwohner ab, und nicht mehr vorwiegend von der Zahl der Arbeitsplätze. Die Frankfurter Strategie, einseitig auf Arbeitsplatzzuwächse durch Büronutzungen zu setzen, auch wenn diese einer Verdrängung von verarbeitendem Gewerbe und Wohnbevölkerung Vorschub leisteten, schlug nicht nur sozial, sondern auch fiskalisch fehl.<sup>11</sup> Wer in Frankfurt gut verdient, wohnt meist nicht in Frankfurt, und wer in Frankfurt wohnt bleibt, hat kaum Aussicht auf die neu entstehenden guten Jobs. So fließen 3/5 der Löhne und Gehälter, die in Frankfurt verdient werden, vor ihrer Versteuerung ins Umland ab.<sup>12</sup>

Frankfurt ist die einzige westdeutsche Großstadt, in der gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten und die Zahl der Armen überdurchschnittlich schnell ansteigen.<sup>13</sup> Da der beschleunigte Strukturwandel nicht zur Entlastung des örtlichen Arbeitsmarkts beiträgt, werden die Gewerbesteuererträge der Dienstleistungsmetropole immer mehr von den Folgekosten der sozialen Polarisierung, vor allem von der Pflichtleistung Sozialhilfe aufgezehrt.

Schließlich ist Frankfurt schlicht zu klein, um aus seinen eigenen Finanzmitteln auf Dauer mehr zu finanzieren als die Aufgaben eines regionalen Oberzentrums. Der Traum, als Weltmetropole in den engen Grenzen der Freien Reichsstadt mit Berlin, München, Hamburg, gar mit Paris und London zu konkurrieren, ist unbezahlbar. Nur gemeinsam mit der Region, aus der die Hälfte der in Frankfurt Beschäftigten einpendeln, kann Frankfurt überregionale Geltung beanspruchen.

Nun also war Haushaltssanierung angesagt. Die dem GRÜNEN Tom Koenigs angetragene Kämmerlei avancierte vom bürokratischen Kärnerjob zum Schlüsseldezernat; ihm konnte in einem Magistrat, der sich mit ressortübergreifendem Handeln schwertat, neben dem OB-Büro eine gewisse Koordinierungskompetenz zuwachsen. Wie für den Frankfurter Typus inszenierter Politik nicht untypisch, kam gegenüber dem Symbolwert des eingeschlagenen Konsolidierungskurses dessen materieller Gehalt zu kurz:

(1) Eine ehrliche Eröffnungsbilanz unterblieb.

(2) Eine realistische Strategiediskussion fand nicht statt, Alternativen wurden nicht geprüft.

(3) Da die strukturellen Ursachen des Defizits nicht zum Thema wurden, blieb das Sanierungskonzept in seiner Reichweite auf technische Mittel wie Verwaltungsreform und Finanzcontrolling beschränkt („die Stadt wie ein Unternehmen sanieren“), wobei im Hintergrund bei vielen die Hoffnung lauerte, nach einem Konjunkturaufschwung sei man wieder aus dem gröbsten heraus. Inzwischen sind die Grenzen dieses Konsolidierungskonzepts in Sicht. Etwa im Drei-Monatsrhythmus wird der Stadtföfentlichkeit die Entdeckung neuer Haushaltslöcher aufgetischt.

### 6. Ein denkbarer Modellwechsel: Regionalisierung, Verlangsamung, soziale Großstadtstrategie

Wie könnte ein neues Leitbild Frankfurter Stadtentwicklung aussehen? Sicher kann es nur Ergebnis eines breiten politischen Meinungsbildungsprozesses sein. Drei Begriffe scheinen sich aber besonders zu eignen, um das Neue, das nottut, zu umreißen: Regionalisierung, Verlangsamung, soziale Großstadtstrategie.

Regionalisierung muß Vorrang vor Metropolenkonkurrenz haben. Frankfurt müßte sich demnach künftig in all seinen Funktionen, auch seiner internationalen Geltung, als Teil der Großregion Rhein-Main verstehen. Frankfurt kann die gewerbliche Infrastruktur und die kulturellen und sozialen Einrichtungen, die es für die ganze Region bereit hält, nicht mehr allein finanzieren. Ein regionaler Lastenausgleich setzt aber voraus, gemeinsam finanzierte Leistungen auch in eine regionale Trägerschaft zu überführen. Statt seine Kommunalautonomie um jeden Preis zu verteidigen, müßte Frankfurt mit Vorschlägen für neue Formen regionaler Kooperation vorgehen. Eine Regionalreform könnte in eine weit über den Umlandverband hinausgehende neue Körperschaft öffentlichen Rechts münden, auf die zugleich Planungs- und Koordinierungsaufgaben als auch die Trägerschaft öffentlicher Dienstleistungen übergehen; sie wäre

von einem Regionalparlament zu kontrollieren.

Eine sozial orientierte neue Planungskultur müßte die *Langsamkeit* für sich neu entdecken. Eine behutsame Sanierung und Aufwertung der Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus (eine andere ist ohnehin nicht bezahlbar) und überschaubare Wohnprojekte auf freiwerdenden Kasernenflächen oder Housing Areas kann die Stadt gemeinsam mit ihren Wohnungsbaugesellschaften angehen; sie müßten Vorrang erhalten vor der ehrgeizigen Neuplanung ganzer Stadtteile, bei der sich die Interessen privater Investoren beugen muß. Die Verdrängung gewerblicher Dienstleistungsarbeitsplätze, billiger durch hochwertiger Wohnnutzungen muß gebremst, soziale Schutzräume am Arbeits- und Wohnungsmarkt müssen verteidigt werden. Symbolträchtiger Prüfstein einer solchen Politik der Verlangsamung wären Bebauungspläne und verschärfte Erhaltungssatzungen, die zum Schutz sozialer Milieus und zur Sicherung industriell-gewerblicher Grundstücke neue Bürohochhäuser und Büro-„Parks“ ausschließen.

Eine *soziale Großstadtstrategie* würde damit beginnen, Ressourcen der Stadtplanung vom Städtebau zur Sozialplanung umzuschichten. Die Hybris der Ingenieure und Architekten, die Stadt vor allem als Ensemble von Baukörpern zu definieren und nicht als soziales Gebilde, kann sich Frankfurt nicht länger leisten. Eine systematische, sozial orientierte Stadtbeobachtung (die mit dem Frankfurter Armutsbericht beginnt) hätte die Quartiere auszumachen, in denen sich Armutsrisiken, Verdrängungsdruck oder Benachteiligungen konzentrieren. Präventive Sozialpolitik müßte sich zum Anwalt der dort lebenden Menschen machen, die sonst im Poker um die Umsetzung des städtischen Raums strukturell den Kürzeren ziehen, und sie als ExpertInnen für die Verbesserung ihres Wohnumfelds und ihrer Lebensverhältnisse aktivieren. Für größere Investitionen und städtebauliche Vorhaben wären Verfahren der Sozialverträglichkeitsprüfung zu entwickeln; sie sollten unterbleiben, wenn sie den Verdrängungsdruck und die soziale Polarisierung verschärfen. Die öffentlichen Wohnungsunternehmen wären durch klare Gesellschaftsbeschlüsse als Organe sozialer Wohnungsverwaltung in die Pflicht zu nehmen. An die Stelle prestigeträchtiger

Einzelprojekte („Solitäre“) der Dezernate könnte eine integrierte Stadtteilentwicklung treten, d.h. eine dezentrale Kooperation städtischer Ämter und freier Träger in Stadtteilkonferenzen und Stadtteilbüros. Wirtschaftsförderung wäre zu einer Arbeits- und Qualifizierungsförderung zu erweitern, die sich der Sicherung und ökologischen Erneuerung industriell-gewerblicher Arbeitsplätze für die in Frankfurt wohnende Erwerbsbevölkerung und der Entwicklung von Projekten öffentlich geförderter Arbeit in den Stadtteilen mit hoher Erwerbslosigkeit annimmt.

Unwahrscheinlich? So unwahrscheinlich - und dennoch möglich - wie die Erneuerung des rot-grünen Römerbündnisses als Reformprojekt.

### Literatur

Blick 1993: Wolfgang Blick, Die Siedlungen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus als Keimzelle des neuen Rechtsextremismus, Vortragskonzept, Frankfurt 1993  
 Gretz 1993: Wendelin Gretz, Finanzkraft der hessischen Gemeinden 1988-1992, Ein Beitrag zur Stadt-Umland-Diskussion, HLT-Report 409, Wiesbaden (HLT) 1993  
 Hausmann 1992: Bernd Hausmann, Frankfurt am Main: Die Metropole und die Moneten, in: Th. v. Freyberg/Karl Koch/Karsten H. Petersen (Hg.), Armut in Frankfurt, Probleme der Armutsberichterstattung, Offenbach (Verlag 2000) 1992  
 Hausmann 1994: Bernd Hausmann, Eine Analyse und zwei unterschiedliche Wege aus der Frankfurter Finanzkrise, in: P. Bartelheimer/Th. v. Freyberg/Karl Koch/Karsten H. Petersen (Hg.), Armut am Main, Vorkarbeiten zu einer Frankfurter Armutsberichterstattung, Offenbach (Verlag 2000) 1994  
 Kronawitter (Hg.) 1994: Rettet unsere Städte jetzt! Das Manifest der Oberbürgermeister, Herausgeber Georg Kronawitter, Düsseldorf usw. (ECON) 1994  
 Stadt Frankfurt 1993 (Hg.): Leitplan Wohnen 1992, Bericht zum Instrumentarium der Wohnungsbauförderung, Teil 1: Allgemeine Einführung, Frankfurt 1993.  
 Scholz 1992: Carola Scholz, Innerstädtische Aufwertung durch Nutzungsveränderung - Erhöhung der Lebensqualität für wen? Unveröffentlichtes Referatmanuskript 1992.  
 SPD/GRÜNE 1989: (Frankfurter) Koalitionsvereinbarung SPD - DIE GRÜNEN 1989  
 Voscherau 1994: Henning Voscherau, Die Großstadt als sozialer Brennpunkt - am Beispiel Hamburg, in: Kronawitter (Hg.) 1994  
 1 SPD/GRÜNE 1989, S. 35  
 2 SPD/GRÜNE 1989, S. 35, 37  
 3 Vgl. SPD/GRÜNE 1989, S. 37  
 4 Scholz 1992  
 5 SPD/GRÜNE 1989, S. 4  
 6 Stadt Frankfurt 1993  
 7 Karsten Schilmer in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 20.11.1989, vgl. SPD/GRÜNE 1989, S. 41  
 8 SPD/GRÜNE 1989, S. 44  
 9 Lutz Sikorski in: Frankfurter Rundschau vom 13.5.1993  
 10 Blick, in: fsb 1/94 S. 46  
 11 Hausmann 1992, S. 115  
 12 Gretz 1993, S. 40  
 13 Hausmann 1994, S. 69

# Schulreform

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Heiner Kockerbeck\*

Bildungspolitik gehörte in den 60er Jahren zu den „Rennern“ im Themenkatalog einer SPD, die sich anschickte, einer erstarrten konservativen Regierung die politische Initiative und schließlich bei den Wahlen die Regierungsgewalt aus der Hand zu nehmen. Aus heutiger Sicht nicht uninteressant, daß die Zugkraft des Themas auch daher rührte, daß es Versprechen an zwei Seiten miteinander verknüpfte: an die Industrie das Versprechen, den rückständigen „Standort“ Bundesrepublik zu modernisieren, an sozial benachteiligte Teile der Bevölkerung das von einem „Bürgerrecht auf Bildung“. Die Bildungsreform bestimmte dann die Identität der SPD als Reformkraft für so lange Zeit, daß noch 1980 in Nordrhein-Westfalen Schüler(bewegte), trotz mancher Bauchschmerzen, meinem damaligen Ortsverein beitraten, weil die SPD sich im anstehenden Landtagswahlkampf ein besonderes Wort auf die Fahnen geschrieben hatte: Gesamtschule.

Und heute? In diesem Jahr war wieder Landtagswahlkampf in NRW, wieder tauchte das letztgenannte Zauberwort auf - diesmal jedoch unter ganz anderen Vorzeichen. Eine Gruppe enttäuschter GesamtschullehrerInnen erzielte, als Wahlkampfheldin der CDU, beträchtliche öffentliche Wirkung, während die SozialdemokratInnen bei dem Thema erschrocken auf Tauchstation gingen. Aus dem Wahlkampffrennen von einst war - ob wirklich, vermeintlich oder irgendetwas in der Mitte dazwischen - für die SPD ein lahmger Gaul geworden. Im übrigen: schüler- und anders bewegte Jugendliche treten nur noch selten in die Ortsvereine ein.

Doch abseits von Wahlkampfkapriolen wird mittlerweile an vielen Stellen wieder ernsthaft und intensiv über Veränderungen an den Schulen nachgedacht. Eine Flut von Veröffentlichungen in den Medien, auf dem Büchermarkt und nicht zuletzt zaghafte Maßnahmen auf der staatlich-politischen Ebene zeigen dies. Nicht immer geht es dabei um Reform, oft auch um Restauration. Fest steht allein: Wer sich in der parteipoliti-

schen Konkurrenz das Thema Bildungspolitik nicht aus der Hand nehmen lassen will, muß heute Ziele, Begründungen, Strategien entwickeln und Bündnisse ins Auge fassen.

Die Aktualität einer neuen Bildungsreform, davon geht auch dieser Schwerpunkt aus, läßt sich von zwei Wandlungsprozessen im Kern unserer Gesellschaft her begründen. Für den sozialökonomischen Bereich hat Arno Brandt in spw 82 noch einmal herausgearbeitet, wie „Fordismus, Postfordismus und das Reformprojekt der Linken“ (so der Titel) in der linken Zukunftsdiskussion zusammen gedacht werden sollten. Schon 1992 kam eine Studie im Auftrag der GEW Nordrhein-Westfalen zu dem Fazit, daß Schule und Unterricht, zugespitzt gesagt, immer noch nach den Prinzipien des Fließbandes und der Arbeitswelt von gestern aufgebaut sind.<sup>1</sup> Der Übergang zum postfordistischen Kapitalismus erfordert allerdings nicht zwingend einen Umbau des Bildungssystems nach verstärkt demokratischen und emanzipatorischen Kriterien. Denkbar ist auch eine gesellschaftliche Entwicklungsvariante, bei der nur für einen Teil der ArbeitnehmerInnen hochwertige fachliche Qualifikationen in Verbindung mit sozialer und kommunikativer Kompetenz benötigt werden. Denn der ökonomische Umbruch ist ebenso eine von harten Kontroversen begleitete Gestaltungsaufgabe wie die Modernisierung des Bildungswesens. Entscheidend ist nur, zur Kenntnis zu nehmen, daß die breitenwirksame Humanisierung und Optimierung von Produktions- und Managementstrukturen in Wechselwirkung verbunden ist mit einem Schulsystem, daß Bildung auf einem hohem Niveau für alle ermöglicht. Dies wiederum verträgt sich nicht damit, die Schulpolitik noch länger dem Finanzministerium zu überlassen.

Aber es gibt noch einen zweiten Begründungszusammenhang für grundsätzliche Veränderungen an den Schulen: seit der ersten Bildungsreform hat sich unsere Gesellschaft auch im soziokulturellen Bereich so stark gewandelt, daß das übliche Lamento vieler LehrerInnen und Personalchefs über die heutigen SchülerInnen einen rationalen Kern hat.

Individualisierung, die Fortentwicklung von Medien-, Konsum- und Kulturangeboten verändern den durchschnittlichen „Sozialcharakter“ der Menschen, den der Kinder und Jugendlichen zuerst. Doch kann man dies allein als einen kulturellen Verfallsprozeß ansehen?

Auf den letztgenannten Fragenkomplex gibt Peter Balnis in seinem Artikel eine eindeutige Antwort: Anstatt wie viele es wollen - die Kinder und Jugendlichen (wieder) schulgerecht zu machen, sollen die Schulen kind- und jugendgerecht werden. Horst Hensel stellt ein Reformmodell für eine „autonome öffentliche Schule“ vor, mit dem er die gegenwärtige Autonomiedebatte konstruktiv aufgreift und die Demokratisierung des hierarchischen und bürokratischen Schulsystems als notwendigen Bestandteil von Reformprozessen voraussetzt. Im Anschluß daran setzt sich Fieta Saß mit der „Initiative Bildung“ der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft auseinander und der Frage, in welchem Verhältnis sie zur Diskussion über öffentliche Haushalte und „schlanke Strukturen“ steht.

In den Artikeln von Brigitte Schumann, Brigitte Speth und Sebastian Jobelius/Janis Vougioukas werden schließlich sozialdemokratische, grüne und Positionen von Jusos in der schul- und bildungspolitischen Debatte dargestellt. Auch in diesen Beiträgen spiegeln sich oben genannten Problembereiche wider, und zugleich wird deutlich gemacht, daß sich innere Schulreform von der Notwendigkeit einer demokratischen Reform der äußeren Strukturen des immer noch auf Selektion angelegten deutschen Schulsystems nicht trennen läßt.

Diese Artikel gehen von den Verhältnissen in einem der sechzehn Bundesländer aus. Das macht die Beiträge vergleichbar, ist aber auch ein Mangel. Viele Probleme und Diskussionen sind zwar exemplarisch auch für andere Bundesländer, dennoch sind die bildungspolitischen Verhältnisse natürlich unterschiedlich. Wir werden in den nächsten Heften Stimmen aus anderen Bundesländern zu Wort kommen lassen.

<sup>1</sup> Franz Lehner/Ulrich Widmaier: Eine Schule für die moderne Industriegesellschaft, Neue-Deutsche-Schule-Verlagsgesellschaft 1992

# Veränderte Sozialisationsbedingungen und Schulentwicklung

von Peter Balnis\*

Seit Horst Hensels pädagogischer Streitschrift<sup>1</sup> ist das Stichwort „Neue Kinder“ in aller Munde. Es weist auf veränderte Sozialisationsbedingungen von Kindern und Jugendlichen hin. Oft werden sie beklagt, doch die Wandlungen sind ambivalent zu beurteilen und vielfach von Gegenbewegungen begleitet. Viele Probleme rühren daher, daß die Schulen hinter gesellschaftlichen Wandlungen zurückgeblieben sind. Die veränderten Sozialisationsbedingungen müssen differenziert analysiert und zu einem Ausgangspunkt für Schulentwicklung genommen werden.

## 1. Veränderte Sozialisationsbedingungen

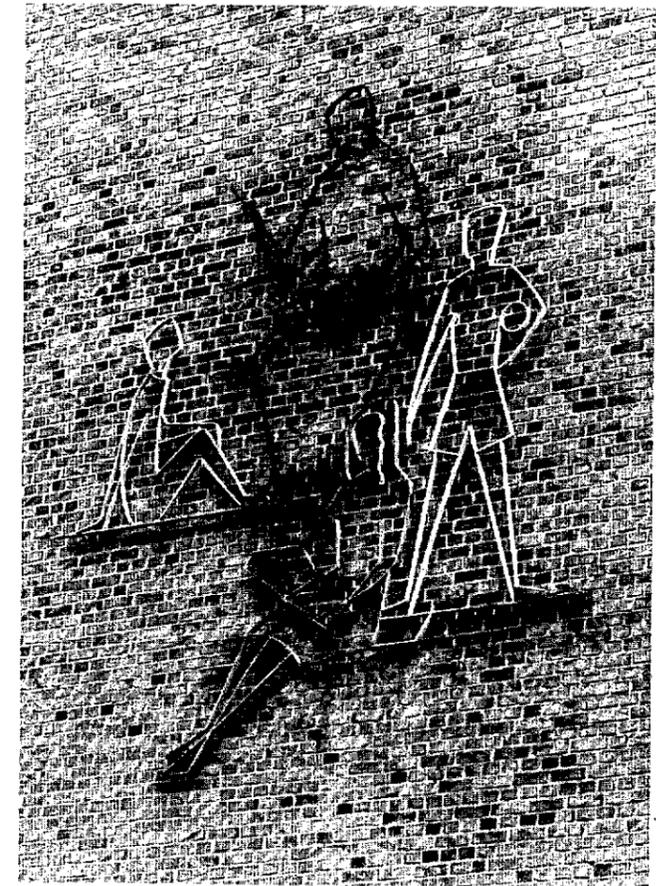
### 1.1 Wandel der Familienkonstellation

Die Familie als intimster Sozialisationsraum ist einem grundlegenden Wandel unterworfen:

- Ein wachsender Teil der Kinder erlebt heute Trennungen der Eltern. Ein Drittel der Ehen wird in der Bundesrepublik geschieden.
- Der Anteil der Kinder und Jugendlichen in Ein-Eltern-Familien wächst. „Jedes sechste bis siebte Kind in Deutschland wächst mit einem Elternteil auf.“<sup>2</sup>
- Die Zahl der Kinder nimmt ab. Ein Drittel aller Kinder wächst heute zumindest zeitweise als Einzelkind auf.<sup>3</sup>
- 40% aller Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren haben beiderseits erwerbstätige Eltern.

Häufig wird daraus auf eine Auflösung der Institution Familie geschlossen. Doch wir haben es stattdessen mit einer wachsenden Vielfalt familiärer Lebensformen zu tun. Die Normalfamilie, bestehend aus zwei Eltern und ihren Kindern, verliert an Bedeutung und macht heute weniger als die Hälfte aller Mehrpersonenhaushalte aus; andere Familienhaushaltsformen, wie alleinerziehende Eltern, nichteheliche Lebens-

Peter Balnis, Saarbrücken, Diplom-Sozialwissenschaftler, Schulsozialarbeiter an einer Gesamtschule



gemeinschaften, zusammengesetzte Familien mit Kindern aus verschiedenen Partnerschaften verbreiten sich immer mehr.

Für eine gedeihliche Eltern-Kind-Beziehung ist nicht in erster Linie der zeitliche Umfang des täglichen Zusammenseins entscheidend, sondern die Intensität der Beziehung und das Maß an Zuwendung. Bei einer Untersuchung des Deutschen Jugendinstituts unter erwerbstätigen Müttern gaben 51% der Befragten an, daß sie durch die Berufstätigkeit zufriedener seien, was sich positiv auf die Familie auswirke. 37% gaben an, daß ihre Kinder unabhängiger und selbständiger geworden wären. Daß die Kinder unter ihrer Erwerbstätigkeit leiden

könnten, nennt ein Viertel.<sup>4</sup>

Die Verwirklichung des von immer mehr Frauen gewollten Lebensentwurfs einer Verbindung von Berufstätigkeit und Familie wird durch gesellschaftliche Rahmenbedingungen enorm erschwert. Die gesamte Struktur der Berufstätigkeit ist überhaupt nicht darauf eingestellt, daß beide Eltern erwerbstätig sind. Berufstätigkeit und materielle Absicherung der Familie sind Aufgaben, die hauptsächlich Vätern zugeordnet sind; Mütter haben unter Doppelbelastung von Familie und Erwerbstätigkeit zu leiden. Auch das „Normalkind“, dessen

Vater weder gestorben noch nach der Scheidung in der Versenkung verschwunden ist, erlebt ihn als jemanden, den es gibt, der aber im Alltag keine Rolle spielt. Abwesende Väter und überlastete Mütter - das ist heute das Hauptmuster.

Das Aufwachsen mit nur einem Elternteil muß nicht unbedingt problematisch sein. „Oft haben Alleinerziehende ein besonders partnerschaftliches Verhältnis zu ihren Kindern. Kinder aus solchen Ein-Eltern-Familien lernen früher als ihre Altersgenossen, Verantwortung zu übernehmen und beanspruchen auch früher einen Freiraum, ohne ihn zu mißbrauchen.“<sup>5</sup> Auch einige weitverbreitete Auffassungen zu Einzelkindern (ego-

stisch, verwöhnt, konfliktunfähig etc.) sind Vorurteile aus vergangenen Zeiten, in denen sie noch eine Ausnahme waren.<sup>6</sup> Doch soziale Beziehungen zu Gleichaltrigen außerhalb der Familie sind besonders wichtig. Auch sollten die neuen Familienkonstellationen nicht von vornherein als defizitär angesehen werden. Schwierigkeiten ergeben sich aber daraus, daß unsere Gesellschaft in vielen Bereichen (z.B. berufliche Entwicklung, Arbeitszeitstruktur, Familienrecht, Schulsystem, Betreuungsmöglichkeiten usw.) noch am klassischen Lebensentwurf der sog. Normalfamilie ausgerichtet ist.

## 1.2 Verlust von Erfahrungsräumen und Sozialbeziehungen in der Wohnumwelt

Beträchtliche Veränderungen haben sich in der Wohnumwelt vollzogen. Natürliche Lebenszusammenhänge wurden in voneinander getrennte Teilbereiche des Wohnens, der Arbeit und der Freizeit aufgelöst. Die damit einhergehende Anreicherung und die autogerechte Ausgestaltung unserer Städte verdrängen Kinder und Jugendliche aus dem Straßenbild. Sie finden in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld nicht nur weniger Anregungen und Spielmöglichkeiten, sie treffen dort auch immer weniger Gleichaltrige. Dieser Verlust des Straßenraums als Spiel- und Begegnungsraum trifft mit einer geringer werdenden Kinderdichte zusammen. Helga Zeiher spricht vom „Rückgang der Straßensozialisation“ und „Auflösung nachbarschaftlicher Kinderöffentlichkeiten“, was zu einer „Verinselung der Kindheit“ führe: Inmitten einer ansonsten kinderabweisenden Stadtlandschaft gäbe es verstreute, speziell für Kinder angelegte „Inseln“ wie Spielplätze, Rollschuh- oder Eisbahn, Sportplätze oder Schwimmbäder, zwischen denen die Kinder sich hin und her bewegen müßten. Helga Zeiher beklagt den Verlust des einheitlichen Lebensraums, sieht aber im Übergang zum verinselten Lebensraum auch „ein Moment der Freisetzung des Individuums aus festen sozialen Einbindungen in einen Zustand mehr rational steuerbarer Verfügung über Bedingungen der eigenen Existenz“, das heißt einen „Zugewinn an individueller Autonomie“.<sup>7</sup>

Eine andere Folge sei eine „Verhäuslichung der Kindheit“: Mangelnde Attraktivität der Umwelt führten dazu, daß Kinder verstärkt zu Hause bleiben und in ihren Kinderzimmern spielen - entweder allein oder mit einem Freund. Das kann Vereinzelung fördern. Andererseits hat in den letzten Jahrzehnten die Zugehörigkeit zu Peer-Groups und Cliques stark an Bedeutung zugenommen. Doch im Unterschied zu den sich früher spontan ergebenden Straßengruppen und Cliques müssen heute Beziehungen zu gleichaltrigen Nichtgeschwistern bewußt erarbeitet werden. So findet eine Verlagerung des sozialen Lebens der Kinder aus dem nachbarschaftlichen Zusammenhang in individuell geknüpftete Netzwerke statt. In diesem Zusammenhang wächst die Bedeutung der Schule als Ort der Freundschaftsbildung.

## 1.3 Mediatisierung von Erfahrung

Mit dem Verlust an Erfahrungsräumen und der Verhäuslichung geht eine zunehmende Mediennutzung einher. Die Beschäftigung mit Fernsehen, Heimcomputern, Video- oder Casetterecordern ist zur beliebtesten Freizeitaktivität bei Kindern geworden.

Medien bieten Erfahrungen aus zweiter Hand. Damit ist häufig ein Verlust an Eigentätigkeit, an Erleben authentischer Wirklichkeit verbunden. „Das Wasser, das im Fernsehen fließt, ist nicht naß ... Das Blut, das umfangreich spritzt, geht nicht wirklich unter die Haut. Das Bild von der Wirklichkeit, das durch das Fernsehen vermittelt wird, blendet Sinneserfahrungen aus, die auch den Menschen zum Menschen machen.“<sup>8</sup>

Durch die Medien sind Kinder und Jugendliche informierter, haben einen direkteren Zugang zur Erwachsenenwelt und werden schonungslos mit dem Zeitgeschehen konfrontiert. Die Schule hat ihr Informationsmonopol eingebüßt. Medien liefern Wahrnehmungsraster und Interpretationsmuster für Erfahrungen und Erleben der eigenen realen Welt. Horst Hensel vergleicht die soziale und geistige Wirkung des Fernsehens mit der der Kirche im Mittelalter.<sup>9</sup>

Es gibt nicht nur die oft beklagte Vereinzelung vor dem Fernseher. Medien tragen auch zur Bildung und Vervielfältigung jugendlicher Gruppenkulturen bei. Der Trend zu altershomogenen

Gruppen als immer bedeutungsvollere Sozialisationsinstanzen findet in Medienkulturen eine Fortsetzung und „stilvolle“ Steigerung. „Sie repräsentieren ... 'Identitätsmärkte', wo Jugendliche frei vom Routine- und/oder Anforderungscharakter ihrer sonstigen Rollenverpflichtungen Selbstdarstellungsstrategien erproben und einüben, sich gleichsam im Gruppen-Spiel und Gruppen-Spiegel ihrer personalen wie sozialen Identität vergewissern können.“<sup>10</sup> Jugendzeit ist heute Medienzeit und Jugendszenen sind vermehrt Medienszenen.

Medien sind zu einer eigenen Sozialisationsinstanz geworden. Sie formen den kommunikativen Austausch und haben einen prägenden Einfluß auf die Wahrnehmungsweisen, Erkenntnisformen und Inhalte der betreffenden Kultur. Doch es ist schwierig, im Einzelfall konkrete Auswirkungen auf Denken und Handeln empirisch offenzulegen, weil sich Mediennutzung in unterschiedlichen sozialen Zusammenhängen vollzieht und deshalb im lebensweltlichen und biographischen Kontext betrachtet werden muß.

Wichtige Schlußfolgerungen aus der Mediatisierung sind für mich:

- Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene, müssen heute besonders lernen, sich in der überbordenden Informationsflut zu orientieren, Zusammenhänge aufzudecken und zu Erkenntnissen zu verarbeiten.
- Unmittelbare, direkte Erfahrungen aus erster Hand, ein Lernen mit allen Sinnen, gewinnt an Bedeutung.

## 1.4 Veränderungen der Jugendphase

Struktur und Charakter des biographischen Abschnitts Jugend haben sich in den letzten Jahren wesentlich verändert. Jugendtypische Erlebnisformen wie die Peer-Group-Orientierung sind inzwischen auch Gruppen zugänglich, die vor 20 Jahren noch als Kinder bezeichnet wurden. Das hängt mit der Verlagerung der Pubertät und der damit korrespondierenden Vorverlagerung kognitiver und sozialer Entwicklung zusammen, aber auch mit dem Wandel der Eltern-Kind-Beziehungen, die sich inzwischen eher am Leitmuster „partnerschaftlich-kommunikativ“ als „hierarchisch-kontrolliert“ orientieren - wobei vieles darauf hinweist, daß geäußerte Grundhaltungen oft nicht mit realem Erziehungsverhalten übereinstimmen.

Dennoch wird Heranwachsenden heute früher Selbständigkeit gestattet und von ihnen erwartet.

Durch die Verführung der Jugend haben sich die ca. 11-15jährigen als eine besondere Gruppe ausgeprägt. Sie sind nicht mehr Kinder, weil ihre Aktivitäten nicht mehr so stark an die familiäre Kontrolle gebunden sind, und sie sind noch keine Jugendlichen, weil sie sich noch nicht im öffentlich demonstrierten und akzeptierten Ablösungsprozeß von Erwachsenen befinden und noch der Schulpflicht unterliegen. Mal werden sie „Kids“ genannt, mal „Lücke-Kinder“ aufgrund der Beobachtung, daß sie sich häufig Rückzugsorte in Nischen und Lücken ihrer Umgebung suchen. Sie suchen „... einen Platz für sich, den sie sich zeitweise erobern können, den sie mit ihrer Bewegung, Phantasie, aber auch Aggressivität selber ausgestalten. Das ist der Versuch, die spezifische Lebenssituation aus noch eindeutigem Familienstatus, Schülerdasein und zunehmend entwicklungsnotwendiger Suche nach eigenen außerfamilialen Sozialräumen in einen lebbareren Zusammenhang zu bringen.“<sup>11</sup>

Am anderen Ende der Altersskala dehnt sich die Jugendzeit ebenfalls aus. Als „Postadoleszenz“ wird die Phase bezeichnet, in der Menschen in der Gestaltung ihrer Lebensstile völlig autonom sind und keiner pädagogischen Betreuung mehr bedürfen, andererseits aber noch vom Elternhaus materiell abhängig sind und ihren eigenen gesellschaftlichen Status noch nicht gefunden haben.

Durch „Kids“ und „Postadoleszenten“ hat sich die Jugendphase wesentlich verlängert und ihren Charakter verändert: Sie ist heute nicht mehr eine kurze, überschaubare Übergangsphase, die im wesentlichen der Vorbereitung auf morgen, auf das „eigentliche Leben“ dient und zu diesem Zweck von Lernen und Verzicht geprägt ist, sondern sie hat sich zu einer eigenständigen Lebensphase entwickelt, in der das Leben in der Gegenwart, die aktuelle Lebensäußerung an Bedeutung gewonnen hat. Während früher bei Jugendlichen die Prägung durchs Elternhaus relativ schnell abgelöst wurde von der Prägung durch Berufsausbildung und Arbeitsprozeß, sind heute Peer-Group und Schule die beiden wichtigsten Sozialisationsinstanzen des Jugendalters geworden.

Das sind nur einige Facetten der veränderten Sozialisationsbedingungen. Auf wichtige Faktoren bin ich gar nicht

eingegangen wie z.B. den zunehmenden Anteil von in Armut aufwachsenden Kindern, die veränderte Zukunftsperspektive durch dauerhafte Massenarbeitslosigkeit und Ausbreitung prekärer Arbeitsverhältnisse, das Aufwachsen in einer multikulturellen Gesellschaft oder die gewaltigen Umstrukturierungen in der Arbeitswelt und den daraus resultierenden Wandel der Bildungs- und Qualifikationsanforderungen. Doch wird aus dem Gesagten bereits deutlich, daß Schülerinnen und Schüler in wichtigen Bereichen heute grundlegend anders aufwachsen als noch vor zwei Jahrzehnten, und daß diese Veränderungen sich erheblich auf Schulen auswirken.

## 2. Schulkrise

„Wenn sich die Lebensbedingungen verändern, können die Lernbedingun-

Die Schulen sind in vielem noch an Kindheits- und Jugendvorstellungen orientiert, die längst von der Wirklichkeit überholt wurden.

gen nicht auf der Stelle treten“<sup>12</sup> - so wendet sich GEW-Vorstandmitglied Otto Herz gegen diejenigen, die meinen, wenn sich die Lebensbedingungen ergreifend ändern, müßten doch wenigstens die Lernbedingungen erhalten bleiben, um Sicherheit im alltäglichen Chaos zu bieten. Die vielfältigen Klagen über die „neuen Kinder“ und Überlegungen, wie man Kinder wieder „schulgerechter“ machen kann, gehen am Kern des Problems vorbei: Die Schulen hinken hinter gesellschaftlichen Entwicklungen her. Sie sind in vielem noch an Kindheits- und Jugendvorstellungen orientiert, die längst von der Wirklichkeit überholt wurden. Widersprüche zwischen Lebensbedingungen und Lernbedingungen nehmen zu. Darin liegt auch die Hauptursache für zunehmenden Streß und Frust aller, die tagtäglich mit Schule zu tun haben.

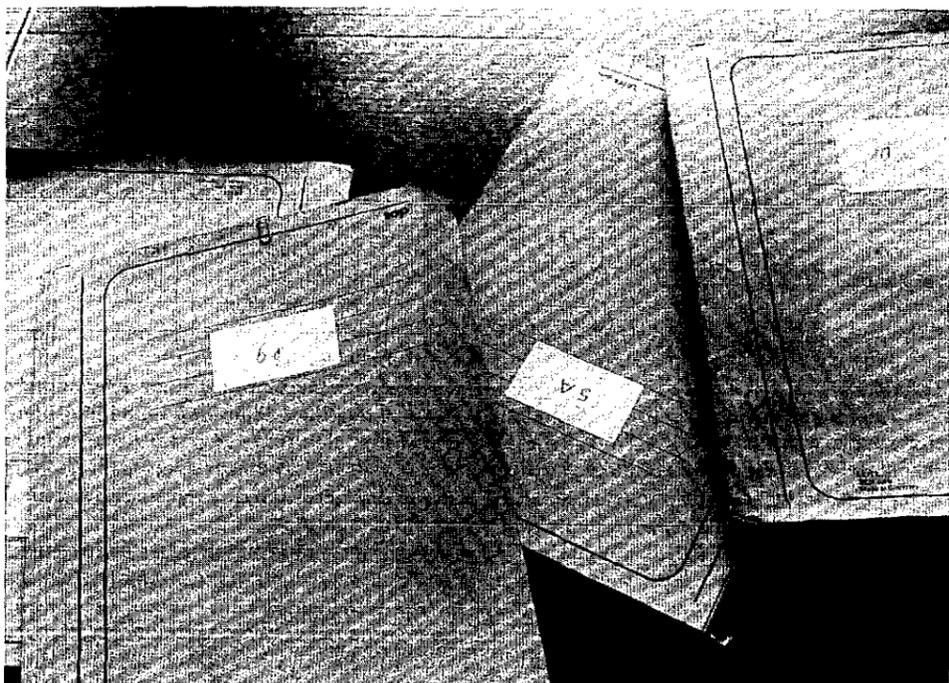
• Ein erster Widerspruch besteht zwischen schulischen Leistungsanforderungen und dem Nutzen und Sinn des Gelernten. Die beiden grundlegenden Legitimationen schulischer Leistungen - „Du mußt heute etwas lernen, damit du später

etwas wirst“ und „Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir“ - greifen immer weniger. Die erste hatte ihre tragende Funktion, solange der Übergang vom Schulleben ins Berufsleben relativ sicher war. Durch anhaltende Massenarbeitslosigkeit wird diese Begründung immer brüchiger. Außerdem wollen immer mehr Jugendliche nicht nur „für morgen lernen“, sondern auch „jetzt leben“. Auch die zweite wird zunehmend in Zweifel gezogen. So hat der Ausbildungsleiter des Volkswagenwerkes festgestellt, daß die Fähigkeiten und Fertigkeiten, die Schulen in Abschluszeugnissen der Schüler benoten, von großen Betrieben kaum oder anders gebraucht werden, daß aber Eigenschaften wie Kooperationsfähigkeit, Flexibilität, Kreativität, Selbständigkeit, Erkundungs- und Handlungskompetenz sowie „vernetztes Denken“ in den Schulen weder entwickelt noch bewertet würden.<sup>13</sup> „Die meisten Schulen huldigen der Arbeits- und Lebenswelt von gestern. Stark hierarchische Strukturen und die Aufsplitterung des Unterrichts in bis zu 15 Fächer entstammen der Zeit der Fließbänder und der strikten Arbeitsteilung.“<sup>14</sup>

Es kann aber nicht nur um eine bessere Anpassung der Schulen an die Arbeitswelt gehen, sondern vor allem um die Neugestaltung einer Allgemeinbildung, die Kinder und Jugendliche befähigt, ihre Interessen wahrzunehmen und sich für sie einzusetzen, ihr Leben und die Gesellschaft zu gestalten, Probleme der Gegenwart und Zukunft zu lösen. Dabei sind zentrale Qualifikationen, die in der Arbeitswelt benötigt werden, zum Teil identisch mit denen, die zu einer sinnvollen Lebensgestaltung verhelfen.

Viele Lehrer klagen über eine zunehmende Lernunwilligkeit von Schülern. Vielleicht hängt diese Unlust damit zusammen, daß vieles von dem, was Lehrer Schülern beibringen wollen, für sie zu wenig Sinn macht. Schüler beklagen vor allem die Lebensferne der Schule. „Wissensfragen hängen für Jugendliche immer mit Lebensfragen zusammen ... Was offiziell qua Lehrplan als Gegenstand des Interesses zu gelten hat, geht oft weit an ihren Fragen, Suchbewegungen und Problemen vorbei; scheinbare Lernunfähigkeit und -unwilligkeit sind die Folge, nicht die Ursache der Krise der Veranstaltung Schule.“<sup>15</sup> Die wenigen Untersuchungen zu den Lernbedürfnissen von Schülern belegen, daß es keinen generellen Rückgang der Lernbe-

reitschaft gibt, wohl aber wachsende Unzufriedenheit mit Inhalten und Methoden des schulischen Lernens. Und es werden Ansprüche an schulisches Lernen formuliert, „...die ihren Sinn nicht im materiellen Nutzen für eine berufliche Karriere haben, sondern in der Bereitschaft gründen, sich für ein gutes Leben und für eine verantwortete Zukunft zu engagieren“<sup>16</sup>. Doch die Schulen setzen „durch ihre Strukturen Bedingungen, unter denen individuelles Leistungsstreben, eindimensionale kognitive Anstrengung, Konkurrenzdenken und Gefühlsvermeidung funktionaler sind als Solidarität, Kooperation, sinnliche Wahrnehmung und Erfahrung, Zuneigung und konkret geübte Partizipation.“<sup>17</sup>



● Da ist zweitens der Widerspruch zwischen dem Versprechen auf Chancengleichheit in der Schule und der tatsächlichen sozialen Selektion. „Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien, die in ihnen zu erwerbenden verschiedenwertigen Abschlüssen und Zugangsberechtigungen führen zu einer vielfach nachgewiesenen sozialen Selektivität und weisen unser Schulsystem als 'Zuteilungsapparatur für Sozialchancen' aus. Es kanalisiert 'Schülerströme' in Ausbildungswege und Berufspositionen mit gesellschaftlich unterschiedlichem Ansehen. Nicht eingelöst wird das Versprechen auf Chancengleichheit im Bildungssystem.“

Leistungsbewertungen und Übergangsregelungen für den Besuch weiterführender Schulen, die Kinder aus unteren sozialen Schichten und ausländischen Familien auf Hauptschulen verweisen und so zu Ghettoisierungen führen, bergen nicht nur Zündstoff für künftige soziale Konflikte. Ausleseverfahren werden vielmehr konkret erlebt, im Abgestempeltsein (als 'typischer' Hauptschüler), der Verletzung von Selbstwertgefühlen und dem Verlust von Würde.“<sup>18</sup> Dieses hochselektive System trägt so auch zur „sozialen Vererbung“ von Armut bei.

● Ein dritter Widerspruch existiert zwischen Schulleben und Familienleben. Der schulische Alltag orientiert sich noch hauptsächlich am klassischen Le-

gel - ohne zu fragen, wodurch die Erziehungsleistung der Familie eventuell belastet ist, ohne zu beachten, daß sich Erziehungsziele und -stile gewandelt haben und ohne zu bedenken, daß, bedingt durch die Verfrühung der Jugendphase, der unmittelbare elterliche Einfluß zurückgeht.

● Da ist viertens der Widerspruch zwischen dem zunehmenden Bedürfnis bei Kindern und Jugendlichen nach Selbstständigkeit und der immer noch vorherrschenden Lehrerzentriertheit des Unterrichts. An vielen Schulen wird noch alles bis ins Detail von Lehrern vorgeplant, werden Schüler ständig gegängelt.

● Ein fünfter Widerspruch besteht zwischen der Dominanz einer kognitiv-belehrenden Fachwissensvermittlung und dem wachsenden Bedürfnis nach ganzheitlichem, handlungsorientiertem Lernen. „Die Spezialisierung der Schule auf Fachwissen und die Organisation der Wissensvermittlung vorwiegend nach Fächern zerschneidet Lebenszusammenhänge und kann auf entscheidende Fragen der Lebensführung und -orientierung, die übergreifend sind, kaum noch antworten.“<sup>20</sup> Schulisches Lernen ist in Lerninhalten und Methoden überwiegend an kognitiven Lerntypen ausgerichtet und benachteiligt diejenigen Schüler, die eher durch praktisches Handeln oder in der Kommunikation mit anderen lernen.

● Die intensive Mediennutzung verstärkt die Widersprüche zwischen Lernangebot und Lernbereitschaft. „Schülerinnen und Schüler, die mit jeder Art von technischen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten groß geworden sind, treffen auf Lehrkräfte, vor allem der stark überrepräsentierten mittleren und älteren Jahrgänge, für die elektronische Medien nicht selten Ausdruck von Kulturverfall sind. Schülerinnen und Schüler aber, die mit den elektronischen Medien so vertraut sind wie die Lehrkräfte im Umgang mit Büchern, werden die einseitige Bevorzugung der Printmedien nicht selten als Ablehnung ihrer Lebenswelt erleben, als Geringschätzung ihrer Erfahrungen und Fähigkeiten.“<sup>21</sup>

● Ein sechster Widerspruch besteht zwischen der vorherrschenden Ausrichtung der Didaktik an relativ homogenen Lerngruppen und der zunehmenden Vielfalt der Kinder. Diese Orientierung wurzelt in traditionellen Begabungstheorien, nach denen Kinder und Jugendlichen in drei Begabungstypen sortiert und speziellen Schulformen zugeordnet wurden. Damit wurde und wird die Dreigliedrigkeit unseres Schulwesens begründet, und sie stehen immer noch Pate bei der äußeren und inneren Differenzierung an Gesamtschulen. Doch abgesehen davon, daß diese Begabungstheorien schon immer zweifelhaft waren, entsprechen sie heute noch weniger der Realität. Was heute in einer Schulklasse sitzt, ist in der Regel eine nach sozialer, familiärer und ethnischer Herkunft, Lebenslage, Lebensstil, Lerntyp, Lernvoraussetzungen, Lernmotivation und Lebenserfahrung bunt gemischte Gruppe. Wer da von einer relativ homogenen Lerngruppe ausgeht, verkennt die Realität und steht zumindest in der Gefahr, einzelne Schüler zu diskriminieren und andere zu bevorzugen.

● Ein siebter Widerspruch existiert zwischen der wachsenden Bedeutung der Schule als Lebensraum für Kinder und Jugendliche und der Vernachlässigung bzw. bewußten Ausklammerung wichtiger Erfahrungsbereiche aus dem Schulleben. In einer Untersuchung von Kurt Czerwenka haben auffällig viele Schüler erklärt, „daß sie eigentlich nur der geselligen Kontakte wegen gern in die Schule gehen.“<sup>22</sup> Das deutet darauf hin, daß die ehemals vorwiegend in der Nachbarschaft und im Wohnumfeld verankerte Funktion der Anknüpfung von Kontakten und den Ausbau von Beziehungsnetzen zu Gleichaltrigen auf die Schulen übergeht.

● Einen achten Widerspruch sehe ich zwischen Lehrerausbildung und Lehrerrolle einerseits und pädagogischen Anforderungen des Schulalltags andererseits. Dieser Widerspruch basiert auf dem Mißverständnis, daß sich zu Hause Erziehung und in der Schule Unterricht ereignet. Lehrer sind in erster Linie als Wissensvermittler ausgebildet. Heute kommt es aber zunehmend auf ihre pädagogische Kompetenz an. „Die meisten Lehrer sind fachwissenschaftlich überqualifiziert, methodisch-didaktisch durchschnittlich und sozialpädagogisch hilflos. Sie passen von Engagement und Ausbildung her nicht mehr zu den gravierend veränderten Kindern, die in

stark gewandelten Familien-, Wohn-, Gruppen-, Medien- und Gesellschaftsstrukturen aufwachsen. Schule und Lehrer vernachlässigen durchweg Biographie und Milieu ihrer Schüler.“<sup>23</sup>

Diese und andere Widersprüche führen zu einer umfassenden Schulkrise. Sie scheint durchaus mit der in den sechziger Jahren vergleichbar: Damals war im Ergebnis des sog. Sputnikschocks das Stichwort von der „deutschen Bildungskatastrophe“ in aller Munde. Grundlegende Reformen waren überfällig, um in punkto Wissenschaft und Technik den Anschluß nicht verpassen. Es setzte eine Bildungsreform ein, deren Hauptfunktionen im besseren Ausschöpfen von Begabungsreserven lag. Diese Bildungsreform ist bereits Mitte der siebziger Jahre stecken geblieben, und mancher Weg erwies sich auch als Sackgasse.

Heute haben wir eine ähnliche Situation: Wir befinden uns in einer tiefen Krise des Schulwesens, deren Kern in den wachsenden Widersprüchen zwischen Lernbedingungen und Lebensbe-

Wie befinden uns in einer tiefen Krise des Schulwesens, vergleichbar mit der „deutschen Bildungskatastrophe“ der sechziger Jahre.

dingungen liegt. Wir brauchen eine grundlegende Neuorientierung. Dabei kann es nicht um eine bloße Fortsetzung oder endliche Verwirklichung der Reformbemühungen aus den sechziger und siebziger Jahren gehen. Zu den nicht erledigten Aufgaben dieser Reform sind heute neue, ganz andere Fragen gekommen.

### 3. Schule neu denken

Der gesellschaftliche Stellenwert von Bildungspolitik ist heute offensichtlich zurückgegangen, und die Bildungspolitik wird immer stärker dem Diktat der Finanzpolitik untergeordnet. Im Ergebnis dieser Entwicklung werden trotz steigender Schülerzahlen keine neuen Lehrer eingestellt, veralten die Lehrerkollegien, werden die Klassen vergrößert, wird Lehrern Mehrarbeit verordnet und Schülern Unterricht gestrichen, verkommen Schulgebäude und Lehrmaterialien.

Es geht nicht nur um Geld, sondern um die zukünftige Gestaltung des Bildungswesen. Deshalb reicht es nicht aus, heute vor allem Sparmaßnahmen zu bekämpfen. Die politische Linke braucht jetzt eigene Vorstellungen dazu, wie die o.g. Widersprüche angegangen werden können, sie muß sich einmischen in die Schulentwicklung und -gestaltung, sonst besteht die große Gefahr, daß sie in Richtung einer stärkeren Anpassung an Verwertungsinteressen des Kapitals gelöst werden. Dabei geht es sowohl um die Frage der Schulstrukturen als auch um Fragen der inneren Schulreform. „Wenn die Schule angemessen auf die gewandelten Sozialisationsbedingungen reagieren will, dann wird dies in der derzeit vorherrschenden Unterrichtsorganisation mit ihren starren Zeitrhythmen von Stundenplan und Fächerkanon und ihrem traditionellen Bildungsverständnis nicht zu bewältigen sein. Die Schule benötigt eher mehr Zeit für pädagogisches Handeln - für komplexe und offene Lernprozesse, Möglichkeiten der Lernförderung und einer sozialpädagogisch orientierten Ausgestaltung des Schullebens. Dies ist nur in einer veränderten Konzeption von Schule realisierbar.“<sup>24</sup> Die folgenden vier Entwicklungsrichtungen halte ich für besonders wichtig.

#### 3.1 Eine Schule für alle Kinder

Die Gesamtschule ist die Schulart, die sich der Lebenssituation heutiger Jugendlicher am stärksten stellen muß. Sie ist andererseits auch die Schulform, die am ehesten sich wandelnde Qualifikationsanforderungen und sich verändernde Sozialisationsbedingungen im Einklang mit schulischem Lernen bringen kann. „Der pädagogische Ansatz des gemeinsamen Lernens verbietet es, sich den Problemen der Kinder und Jugendlichen zu entziehen ... Weder mit Druck noch mit Abschieben können die Probleme gelöst werden. Man ist in der Gesamtschule der Realität voll und ganz ausgeliefert.“<sup>25</sup>

Auch wegen der sich verändernden Kindheit und Jugend sollte deshalb an der Perspektive der Schaffung einer Schule für alle Kinder bis zur zehnten Klasse festgehalten werden - und zwar als eine das gesamte dreigliedrige Schulsystem ersetzende Schulform.

Doch mit der bloßen Einführung von Gesamtschulen ist es nicht getan. Die

reitschaft gibt, wohl aber wachsende Unzufriedenheit mit Inhalten und Methoden des schulischen Lernens. Und es werden Ansprüche an schulisches Lernen formuliert, „...die ihren Sinn nicht im materiellen Nutzen für eine berufliche Karriere haben, sondern in der Bereitschaft gründen, sich für ein gutes Leben und für eine verantwortete Zukunft zu engagieren“<sup>16</sup>. Doch die Schulen setzen „durch ihre Strukturen Bedingungen, unter denen individuelles Leistungsstreben, eindimensionale kognitive Anstrengung, Konkurrenzdenken und Gefühlsvermeidung funktionaler sind als Solidarität, Kooperation, sinnliche Wahrnehmung und Erfahrung, Zuneigung und konkret geübte Partizipation.“<sup>17</sup>



● Da ist zweitens der Widerspruch zwischen dem Versprechen auf Chancengleichheit in der Schule und der tatsächlichen sozialen Selektion. „Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien, die in ihnen zu erwerbenden verschiedenwertigen Abschlüsse und Zugangsberechtigungen führen zu einer vielfach nachgewiesenen sozialen Selektivität und weisen unser Schulsystem als 'Zuteilungsapparatur für Sozialchancen' aus. Es kanalisiert 'Schülerströme' in Ausbildungswege und Berufspositionen mit gesellschaftlich unterschiedlichem Ansehen. Nicht eingelöst wird das Versprechen auf Chancengleichheit im Bildungssystem.“

Leistungsbewertungen und Übergangsregelungen für den Besuch weiterführender Schulen, die Kinder aus unteren sozialen Schichten und ausländischen Familien auf Hauptschulen verweisen und so zu Ghettoisierungen führen, bergen nicht nur Zündstoff für künftige soziale Konflikte. Ausleseverfahren werden vielmehr konkret erlebt, im Abgestempeltsein (als 'typischer' Hauptschüler), der Verletzung von Selbstwertgefühlen und dem Verlust von Würde.<sup>18</sup> Dieses hochselektive System trägt so auch zur „sozialen Vererbung“ von Armut bei.

● Ein dritter Widerspruch existiert zwischen Schulleben und Familienleben. Der schulische Alltag orientiert sich noch hauptsächlich am klassischen Le-

gel - ohne zu fragen, wodurch die Erziehungsleistung der Familie eventuell belastet ist, ohne zu beachten, daß sich Erziehungsziele und -stile gewandelt haben und ohne zu bedenken, daß, bedingt durch die Verfrühung der Jugendphase, der unmittelbare elterliche Einfluß zurückgeht.

● Da ist viertens der Widerspruch zwischen dem zunehmenden Bedürfnis bei Kindern und Jugendlichen nach Selbstständigkeit und der immer noch vorherrschenden Lehrerzentriertheit des Unterrichts. An vielen Schulen wird noch alles bis ins Detail von Lehrern vorgeplant, werden Schüler ständig gegängelt.

● Ein fünfter Widerspruch besteht zwischen der Dominanz einer kognitiv-belehrenden Fachwissensvermittlung und dem wachsenden Bedürfnis nach ganzheitlichem, handlungsorientiertem Lernen. „Die Spezialisierung der Schule auf Fachwissen und die Organisation der Wissensvermittlung vorwiegend nach Fächern zerschneidet Lebenszusammenhänge und kann auf entscheidende Fragen der Lebensführung und -orientierung, die übergreifend sind, kaum noch antworten.“<sup>20</sup> Schulisches Lernen ist in Lerninhalten und Methoden überwiegend an kognitiven Lerntypen ausgerichtet und benachteiligt diejenigen Schüler, die eher durch praktisches Handeln oder in der Kommunikation mit anderen lernen.

● Die intensive Mediennutzung verstärkt die Wider-

sprüche zwischen Lernangebot und Lernbereitschaft. „Schülerinnen und Schüler, die mit jeder Art von technischen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten groß geworden sind, treffen auf Lehrkräfte, vor allem der stark überrepräsentierten mittleren und älteren Jahrgänge, für die elektronische Medien nicht selten Ausdruck von Kulturverfall sind. Schülerinnen und Schüler aber, die mit den elektronischen Medien so vertraut sind wie die Lehrkräfte im Umgang mit Büchern, werden die einseitige Bevorzugung der Printmedien nicht selten als Ablehnung ihrer Lebenswelt erleben, als Geringschätzung ihrer Erfahrungen und Fähigkeiten.“<sup>21</sup>

sprüche zwischen Lernangebot und Lernbereitschaft. „Schülerinnen und Schüler, die mit jeder Art von technischen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten groß geworden sind, treffen auf Lehrkräfte, vor allem der stark überrepräsentierten mittleren und älteren Jahrgänge, für die elektronische Medien nicht selten Ausdruck von Kulturverfall sind. Schülerinnen und Schüler aber, die mit den elektronischen Medien so vertraut sind wie die Lehrkräfte im Umgang mit Büchern, werden die einseitige Bevorzugung der Printmedien nicht selten als Ablehnung ihrer Lebenswelt erleben, als Geringschätzung ihrer Erfahrungen und Fähigkeiten.“<sup>21</sup>

● Ein sechster Widerspruch besteht zwischen der vorherrschenden Ausrichtung der Didaktik an relativ homogenen Lerngruppen und der zunehmenden Vielfalt der Kinder. Diese Orientierung wurzelt in traditionellen Begabungstheorien, nach denen Kinder und Jugendlichen in drei Begabungstypen sortiert und speziellen Schulformen zugeteilt wurden. Damit wurde und wird die Dreigliedrigkeit unseres Schulwesens begründet, und sie stehen immer noch Pate bei der äußeren und inneren Differenzierung an Gesamtschulen. Doch abgesehen davon, daß diese Begabungstheorien schon immer zweifelhaft waren, entsprechen sie heute noch weniger der Realität. Was heute in einer Schulklasse sitzt, ist in der Regel eine nach sozialer, familiärer und ethnischer Herkunft, Lebenslage, Lebensstil, Lerntyp, Lernvoraussetzungen, Lernmotivation und Lebenserfahrung bunt gemischte Gruppe. Wer da von einer relativ homogenen Lerngruppe ausgeht, verkennt die Realität und steht zumindest in der Gefahr, einzelne Schüler zu diskriminieren und andere zu bevorzugen.

● Ein siebter Widerspruch existiert zwischen der wachsenden Bedeutung der Schule als Lebensraum für Kinder und Jugendliche und der Vernachlässigung bzw. bewußten Ausklammerung wichtiger Erfahrungsbereiche aus dem Schulleben. In einer Untersuchung von Kurt Czerwenka haben auffällig viele Schüler erklärt, „daß sie eigentlich nur der geselligen Kontakte wegen gern in die Schule gehen.“<sup>22</sup> Das deutet darauf hin, daß die ehemals vorwiegend in der Nachbarschaft und im Wohnumfeld verankerte Funktion der Anknüpfung von Kontakten und den Ausbau von Beziehungsnetzen zu Gleichaltrigen auf die Schulen übergeht.

● Einen achten Widerspruch sehe ich zwischen Lehrerausbildung und Lehrerrolle einerseits und pädagogischen Anforderungen des Schulalltags andererseits. Dieser Widerspruch basiert auf dem Mißverständnis, daß sich zu Hause Erziehung und in der Schule Unterricht ereignet. Lehrer sind in erster Linie als Wissensvermittler ausgebildet. Heute kommt es aber zunehmend auf ihre pädagogische Kompetenz an. „Die meisten Lehrer sind fachwissenschaftlich überqualifiziert, methodisch-didaktisch durchschnittlich und sozialpädagogisch hilflos. Sie passen von Engagement und Ausbildung her nicht mehr zu den gravierend veränderten Kindern, die in

stark gewandelten Familien-, Wohn-, Gruppen-, Medien- und Gesellschaftsstrukturen aufwachsen. Schule und Lehrer vernachlässigen durchweg Biographie und Milieu ihrer Schüler.“<sup>23</sup>

Diese und andere Widersprüche führen zu einer umfassenden Schulkrise. Sie scheint durchaus mit der in den sechziger Jahren vergleichbar: Damals war im Ergebnis des sog. Sputnikschocks das Stichwort von der „deutschen Bildungskatastrophe“ in aller Munde. Grundlegende Reformen waren überfällig, um in punkto Wissenschaft und Technik den Anschluß nicht verpassen. Es setzte eine Bildungsreform ein, deren Hauptfunktionen im besseren Ausschöpfen von Begabungsreserven lag. Diese Bildungsreform ist bereits Mitte der siebziger Jahre steckengeblieben, und mancher Weg erwies sich auch als Sackgasse.

Heute haben wir eine ähnliche Situation: Wir befinden uns in einer tiefen Krise des Schulwesens, deren Kern in den wachsenden Widersprüchen zwischen Lernbedingungen und Lebensbe-

Wie befinden uns in einer tiefen Krise des Schulwesens, vergleichbar mit der „deutschen Bildungskatastrophe“ der sechziger Jahre.

dingungen liegt. Wir brauchen eine grundlegende Neuorientierung. Dabei kann es nicht um eine bloße Fortsetzung oder endliche Verwirklichung der Reformbemühungen aus den sechziger und siebziger Jahren gehen. Zu den nicht erledigten Aufgaben dieser Reform sind heute neue, ganz andere Fragen gekommen.

### 3. Schule neu denken

Der gesellschaftliche Stellenwert von Bildungspolitik ist heute offensichtlich zurückgegangen, und die Bildungspolitik wird immer stärker dem Diktat der Finanzpolitik untergeordnet. Im Ergebnis dieser Entwicklung werden trotz steigender Schülerzahlen keine neuen Lehrer eingestellt, veralten die Lehrerkollegien, werden die Klassen vergrößert, wird Lehrern Mehrarbeit verordnet und Schülern Unterricht gestrichen, verkommen Schulgebäude und Lehrmaterialien.

Es geht nicht nur um Geld, sondern um die zukünftige Gestaltung des Bildungswesens. Deshalb reicht es nicht aus, heute vor allem Sparmaßnahmen zu bekämpfen. Die politische Linke braucht jetzt eigene Vorstellungen dazu, wie die o.g. Widersprüche angegangen werden können, sie muß sich einmischen in die Schulentwicklung und

-gestaltung, sonst besteht die große Gefahr, daß sie in Richtung einer stärkeren Anpassung an Verwertungsinteressen des Kapitals gelöst werden. Dabei geht es sowohl um die Frage der Schulstrukturen als auch um Fragen der inneren Schulreform. „Wenn die Schule angemessen auf die gewandelten Sozialisationsbedingungen reagieren will, dann wird dies in der derzeit vorherrschenden Unterrichtsorganisation mit ihren starren Zeitrhythmen von Stundenplan und Fächerkanon und ihrem traditionellen Bildungsverständnis nicht zu bewältigen sein. Die Schule benötigt eher mehr Zeit für pädagogisches Handeln - für komplexe und offene Lernprozesse, Möglichkeiten der Lernförderung und einer sozialpädagogisch orientierten Ausgestaltung des Schullebens. Dies ist nur in einer veränderten Konzeption von Schule realisierbar.“<sup>24</sup> Die folgenden vier Entwicklungsrichtungen halte ich für besonders wichtig.

#### 3.1 Eine Schule für alle Kinder

Die Gesamtschule ist die Schulart, die sich der Lebenssituation heutiger Jugendlicher am stärksten stellen muß. Sie ist andererseits auch die Schulform, die am ehesten sich wandelnde Qualifikationsanforderungen und sich verändernde Sozialisationsbedingungen im Einklang mit schulischem Lernen bringen kann. „Der pädagogische Ansatz des gemeinsamen Lernens verbietet es, sich den Problemen der Kinder und Jugendlichen zu entziehen .... Weder mit Druck noch mit Abschieben können die Probleme gelöst werden. Man ist in der Gesamtschule der Realität voll und ganz ausgeliefert.“<sup>25</sup>

Auch wegen der sich verändernden Kindheit und Jugend sollte deshalb an der Perspektive der Schaffung einer Schule für alle Kinder bis zur zehnten Klasse festgehalten werden - und zwar als eine das gesamte dreigliedrige Schulsystem ersetzende Schulform.

Doch mit der bloßen Einführung von Gesamtschulen ist es nicht getan. Die

Gesamtschulen müssen ihre pädagogischen Konzepte weiterentwickeln, müssen besser werden. Es scheint mir z.B. unumgänglich zu sein, Schlußfolgerungen aus der Zusammensetzung der Schülerschaft an den Gesamtschulen zu ziehen und nicht so zu tun, als setze sie sich idealtypisch zusammen. Dazu gehört, sich zur real vorhandenen Schülerpopulation zu bekennen und nicht ständig über deren Defizite im Vergleich zu Gymnasiasten zu klagen. Mit und für die vorhandenen Schüler mit ihren Stärken und Schwächen sollten Gesamtschulen gestaltet werden. Sie sollten mehr Gewicht auf ihre eigenen, gesamtschulspezifischen Stärken - langes Offenhalten des Bildungsabschlusses, gemeinsames Lernen in Gruppen von unterschiedlichen Schülern, stärkere Vorbereitung auf die Arbeitswelt auch für Abiturienten, Überwindung der historischen Spaltung von niederer und höherer, von theoretischer und praktischer Bildung - legen und darüber eigenes Profil entwickeln, was auch die Akzeptanz bei Schülern, Eltern und Arbeitgebern erhöhen kann.

Weiterhin halte ich es für wichtig, sich konsequent von der Ausrichtung des Lernens an homogenen Lerngruppen zu verabschieden, die Unterschiedlichkeit als etwas Positives zu bejahen, Kinder unterschiedlicher Begabungsarten, Kulturen, Interessen und Alterstufen so oft es geht zusammenzubringen und dafür didaktische Konzepte zu entwickeln. Die meisten mir bekannten Konzepte zur Binnendifferenzierung krankt immer noch daran, daß sie Unterschiede kompensieren wollen, anstatt sie als Bereicherung zu empfinden.

### 3.2 Bildungsinhalte und Lernformen neu konzipieren

Um den Unterricht in Einklang mit den sich wandelnden Qualifikationsanforderungen und den sich verändernden Sozialisationsbedingungen zu bringen, gewinnen vor allem drei Lernprinzipien und Unterrichtskonzepte an Bedeutung.<sup>26</sup>

Wenn Informatisierung, Mediatisierung und Expertisierung anwachsen, und wenn die Komplexität der zu erwerbenden Kenntnisse und Kompetenzen zunimmt, dann muß schulisches Lernen verstärkt Orientierung geben, Zusammenhänge herstellen und aufklären. Da-

bei gewinnen projektorientierte Lernprozesse an Bedeutung, weil sie geeignet sind, die komplexe Lebenswirklichkeit zu vermitteln. Dabei darf Projektorientierung aber nicht bloß eine beliebige Methode bleiben, sondern sie muß sich zu einem durchgängigen didaktischen Konzept entwickeln.

Wenn das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in hohem Maße von mediatisierten Erfahrungen geprägt wird und gleichzeitig die Wohnumwelt keine hinreichenden Möglichkeiten für eigenes Handeln und Lernanregungen bereitstellt, dann muß vor allem die Schule authentische Erfahrungen und handlungsorientiertes Lernen ermöglichen.

Vor dem Hintergrund einer Ausdünnung von Kontaktchancen in der Nachbarschaft, einem Verlust von Treff- und Kommunikationsorten im Wohngebiet, wachsender Multikulturalität und einer Verinselung von Kindheit und Jugend gewinnt soziales Lernen in der Schule an Bedeutung. Sozialpädagogisch orientiertes Lernen in Gruppen kann zum einen der Persönlichkeitsentwicklung und der Förderung des sozialen Miteinanders dienen, zum anderen im Blick auf künftige Qualifikationsanforderungen dazu beitragen, kooperative Arbeitsstrukturen und Teamdenken zu entwickeln.

### 3.3 Schule als Lebensraum

Angesichts der veränderten Stellung von Schule im Sozialisationsprozeß müssen sich Schulen zu Lebensräumen entwickeln, auch, „weil die Schule schon jetzt für die Mehrzahl der Kinder für den größeren Teil des Tages der wichtigste, jedenfalls der einzig erträgliche (und für viele der einzig mögliche) Aufenthaltsort und das Schullernen die herrschende Lebensform sind“<sup>27</sup>. Sie muß das gesamte Leben von Kindern und Jugendlichen reinlassen, sich ihren Lebenserfahrungen und Lebensproblemen öffnen und darf sie nicht länger auf die Kunstfigur „Schüler“ reduzieren, sondern muß sie als komplexe Personen mit sinnlichen, emotionalen, kognitiven und sozialen Bedürfnissen wahrnehmen. Dazu muß sie sich auch in die Nachbarschaft hinein öffnen, den Stadtteil als Lernort (wieder)entdecken und die Schule selbst zu einem Begegnungszentrum der Nachbarschaft machen.

Hartmut von Hentig beschreibt sehr anschaulich, bezogen auf die Jahrgänge 6 und 7, was damit gemeint ist: „Der for-

malisierte Unterricht kann in diesen zwei Jahren auf zwei Stunden am Tag beschränkt werden ... - damit man das Gelernte nicht gänzlich vergißt. Wichtiger ist jetzt etwas anderes: Selbsterprobung, die Beziehung zu anderen Personen, die Emanzipation von denen, die einen bisher bestimmt, erzogen, bevormundet haben. Jetzt brauchen die jungen Menschen Erlebnis, Abenteuer, Aufgaben: einen Kotten ausbauen, um gemeinsam darin zu wohnen; Elektrizität verlegen, ein Dach decken, Balken einziehen und dabei lernen, was Statik ist; gemeinsam kochen und haushalten; die Dinge so einrichten, wie man das will und nicht wie die Erwachsenen das für praktisch oder anständig oder gemütlich halten; Theaterspielen, Streitgespräche führen, sehr lange aufbleiben und stolz sein, daß man trotzdem das Frühstück, wie versprochen, um 8.00 Uhr auf dem ordentlich gedeckten Tisch hat.“<sup>28</sup>

Wichtig ist, daß es an Schulen Zeiten und Räume gibt, die „unpädagogisch“ sind, in denen vor allem die sog. Kids für sich selbst leben können, die Freiräume zur eigenen Gestaltung und Rückzugsmöglichkeit sind. Schulen können sich am ehesten zu Lebensräumen entwickeln, wenn sie Ganztagschulen sind.

### 3.4 Veränderung der Lehrerrolle

Sollen sich die Schulen verändern, dann muß vor allem die Lehrerrolle verändert werden. Der klassische „Fachwissensvermittler“ entspricht längst nicht mehr den Herausforderungen, vor denen Schulen heute stehen. Gerade auch, weil die Begegnung mit Erwachsenen in früher selbstverständlichen Lebenszusammenhängen (Verwandtschaft, sozialer Nahraum, Arbeitswelt) nur noch begrenzt gegeben ist, brauchen Jugendliche in Lehrern Persönlichkeiten, die ihnen zumindest in Ansätzen Antworten auf ihre Lebensfragen geben. „Lehrer können sich diesem Bedürfnis ... nicht entziehen. Ihre soziale und kommunikative Kompetenz ist wichtig; sie müssen bereit sein zum Gespräch, zur Auseinandersetzung, vor allem zum Zuhören und Hinsehen auf das Ganze der jugendlichen Persönlichkeit ... Dabei ist nicht Vollkommenheit gefragt, sondern Ehrlichkeit, Offenheit für den anderen, soziale Sensibilität.“<sup>29</sup>

Dazu brauchen Lehrer die entsprechenden Rahmenbedingungen. Entbüro-

kritisierung und Selbstbestimmung des Schulbetriebs sind ganz wichtige Voraussetzungen, über die an anderer Stelle in diesem Heft geschrieben ist. Und natürlich muß sich die Lehrerbildung gründlich ändern. In den „Hamburger Thesen zur Revision der Lehrerbildung“ heißt es: „Eine Revision der Lehrerbildung zielt deshalb in allen Phasen auf die Ausbildung einer Fachkompetenz unter dem Primat der pädagogischen Kompetenz ... Der sich rapide beschleunigende Wandel in der alltäglichen Lebenswelt ... fordert von Lehrerinnen und Lehrern die Fähigkeit zu sozialpädagogischem Verstehen, zu persönlicher Beratung und zur Kooperation mit der außerschulischen Sozialarbeit und Sozialpädagogik.“<sup>30</sup>

Alles in allem: Wir müssen Schule neu denken, wenn wir aus der Schulkrise herauskommen wollen. Die politische Linke muß sich wieder bildungspolitisch zu Wort melden und sich einmischen in die Neugestaltung der Schulen. Dazu wollte ich einige Denkanstöße geben.

- 1 Horst Hensel: Die Neuen Kinder und die Erosion der alten Schule, Bönen 1993. Eine ausführliche kritische Würdigung von Hensels pädagogischer Streitschrift habe ich den Marxistischen Blättern 6/94 veröffentlicht.
- 2 Maria Frise: Aufwachsen mit einem Elternteil. In: Deutsches Jugendinstitut (Hg.): Was für Kinder. Aufwachsen in Deutschland. München 1993. S. 110
- 3 Laut Mikrozensus 1987, StBA 1989
- 4 Verena Mayr-Kleffel: Die Zwickmühle - Frauen und Männer zwischen Familie und Beruf. In: Deutsches Jugendinstitut (Hg.), Familienalltag. Reinbek 1989, S. 65ff.
- 5 Maria Frise: a.a.O. S. 111
- 6 Vgl. dazu T. von Kürthy: Einzelkinder - Chancen und Gefahren im Vergleich mit Geschwisterkindern. München 1988. Oder: M. Rollin: Typisch Einzelkind. Das Ende eines Vorurteils. Hamburg 1990
- 7 Helga Zeiher: Zeitmanagement und spontanes Spiel. In: Deutsches Jugendinstitut (Hg.), Was für Kinder. a.a.O. S. 243 ff.
- 8 Otto Herz in: Erziehung und Wissenschaft im Saarland 12/1993, S. 8
- 9 Horst Hensel: a.a.O., S. 2
- 10 Waldemar Vogelgesang: Jugend und Medienkulturen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 46, Heft 3, 1994, S. 485
- 11 Lothar Böhnisch: Sozialpädagogik des Kindes- und Jugendalters. Weinheim und München 1993, S. 134
- 12 Otto Herz in: Erziehung und Wissenschaft im Saarland 12/1993, S. 7
- 13 Nach: Peter Struck: Schulreport. Reinbek 1995, S. 15
- 14 o.A.: Fit für die Zukunft. In: Der Spiegel 35/1994, S. 40 ff.
- 15 M. Bernhardt u.a.: a.a.O., S. 71
- 16 Manfred Huth/Christoph J. Schröder: Was Schüler lernen wollen. Ergebnisse einer bundesweiten Umfrage. In Pädagogik 7-8/1992, S. 24
- 17 M. Bernhardt u.a.: a.a.O., S. 68
- 18 Ebenda, S. 24
- 19 Ebenda, S. 25
- 20 M. Bernhardt u.a.: a.a.O., S. 71
- 21 Ebenda, S. 43
- 22 Kurt Czerwenka u.a.: Schülerurteile über die Schule. Frankfurt/Main 1990, S. 139
- 23 Peter Struck: a.a.O., S. 16
- 24 Heinz Günther Holtappels: Ganztagschule und Schulöffnung. Perspektiven für die Schulentwicklung. Weinheim und München 1994, S. 55
- 25 Dieter Wunder in: Erziehung und Wissenschaft 4/95, S. 24
- 26 Meine Ausführungen lehnen sich hier an Holtappels: a.a.O., S. 64 ff., an.
- 27 Hartmut von Hentig: Die Schule neu denken. München und Wien 1993, S. 205
- 28 Ebenda, S. 232
- 29 M. Bernhardt u.a.: a.a.O., S. 70
- 30 Zur Revision der Lehrerbildung in Hamburg. In: I. Bastian u.a. (Hrsg.): Heft 6/93 der Schriften aus dem FB 06 der Universität Hamburg

## Das Argument

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften 209

Der 8. Mai ist nie vorbei

Einzelpreis 14,- DM  
Das Argument im Abo.  
6 Hefte im Jahr für 72,-  
Studenten ermäßigt 57,-  
Abokarte anfordern bei:  
Argument Reichenbergerstraße 150  
10999 Berlin Fax 030 / 611 42 70

## Der 8. Mai ist nie vorbei

### Editorial

Nachrichten aus dem Patriarchat

### Volker Braun:

Die Zerstörung Dresdens

### Heinrich Taut:

Befreiung mit Widerhaken

### Ruth Rehmann:

Bilder vom Kriegsende

### Erich Wulff:

Der Tag der Befreiung

### Dietrich Goldschmidt:

Als Redakteur bei der Göttinger Universitätszeitung. Erinnerungen 1945 bis 1949

### Jürgen Kuczynski:

Deutsche Zusammenbrüche

### Lothar Baier:

Von Auschwitz ins Schulamt, vom Hitler-Eid zur inneren Führung

### Reinhard Kühnl:

Der Weg der Faschismus-Forschung seit 1945

### Helmut Peitsch:

Literatur nach 45.  
Befreiung zum Neuanfang?

### Hanna Behrend:

Das Ende des Nazi-Regimes und das Ende der DDR. Was ist und wem nützt Geschichtsaufarbeitung?

### W.F. Haug:

Jüngers Traum

Weitere Beiträge von Karin Priester, Toshiaki Kobayashi, Gabriele Spädke, Klaus Weber u.a.

**Argument**  
Hamburg Berlin

# Die autonome öffentliche Schule

Das Modell des neuen Schulsystems

von Horst Hensel\*

## Von den „neuen Kindern“ und der „Erosion der alten Schule“ zur „autonomen öffentlichen Schule“

Im Herbst 1993 veröffentlichte ich die pädagogische Streitschrift „Die neuen Kinder und die Erosion der alten Schule“. Sie konnte binnen kurzem in mehreren Auflagen erscheinen - ab Frühjahr 1995 in einer siebten und stark erweiterten Ausgabe<sup>1</sup>.

Das Buch beschreibt Defizite im Sozialverhalten und Schwächen in der Arbeitshaltung eines erheblichen Teils der „neuen“ Kinder. Vermarktungszwang und Mediatisierung in unserer Gesellschaft seien deren Hauptursachen. Die Schule müsse nachholende Sozialerziehung und die Entwicklung der Arbeitshaltung zu ihren neuen Aufgaben machen, also die Voraussetzung zum Gelingen ihrer Tätigkeit nunmehr selbst erst schaffen. Innere Schulreform sei dringlich. Ob die zentral verwaltete Staatsschule diese aber auf breiter Front verwirklichen könne, sei fraglich. Deshalb stünde ein historischer Formenwechsel der Schule an: Hin zur autonomen öffentlichen Schule.

Das Buch „Die neuen Kinder und die Erosion der alten Schule“ bezog sich ursprünglich auf die Eingangsstufe der Sekundarschule I. Die bisherige Rezeption zeigt aber, daß es darüber hinaus Aussagen über gegenwärtige Erziehungsprobleme insgesamt macht. Außerdem ist das Buch zwar mit theoretischer Kenntnis, aber aus der Praxis für die Praxis geschrieben worden, fügt sich also nicht ein in die übliche universitäre und politische Diskussion pädagogischer Probleme, ist nicht Teil des „politisch-universitären“ Komplexes. Diese Unabhängigkeit trägt zu der unvermuteten Breite der Reaktionen auf die Schrift bei. Der Text wird inzwischen von vielen Rezipienten also so etwas wie ein Dokument des historischen Augenblicks angesehen.

\* Horst Hensel ist Autor von wissenschaftlichen Aufsätzen wie literarischen Essays zur Schulpädagogik, Geschichte, Kultur und von Erzählungen, Gedichten, Hörspielen sowie Lehrer an einer Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen.

Im Anschluß an die Veröffentlichung des Buches erreichten mich zahlreiche Anrufe und Briefe sowie Einladungen zu Vorträgen, sodaß ich mit einer Vielzahl von Lehrerinnen und Lehrern in ganz Deutschland in Kontakt kam. Ich erfuhr nahezu ausnahmslos Zustimmung zu meinem Versuch, da Verhalten der „Neuen Kinder“ zu skizzieren und zu erklären, wie auch dazu, innere Schulreform zu thematisieren und dabei das staatliche Schulsystem in Frage zu stellen. Das Buch und meine Vorträge über

Die autonome Schule ist zwar entstaatlicht, jedoch nicht privatisiert. Sie ist eine gesellschaftliche Einrichtung und richtet sich an alle Kinder.

Schulbetrieb und Schulreform und die mündlichen, brieflichen und telefonischen Reaktionen darauf ließen mich den bezeichnenden Unterschied zwischen den Verlautbarungen offizieller Stellen über die Schule und den Ansichten der Lehrkräfte erfahren. Das Ausmaß der pädagogischen Not vieler Kolleginnen und Kollegen mit den „Neuen Kindern“ machte mich betroffen. Mißmut und Resignation über obrigkeitstaatlichen Bürokratismus, Parteibuchkarrieren und zentralistischen Regelungswahn im Schulsystem waren weit verbreitet. Die Absicht der meisten, um die Kinder willen so zu arbeiten, als ob es keine versteinerten Verhältnisse im Schulsystem gäbe, offenbarte einen pädagogischen Idealismus, mit dem Politik und Bürokratie auf zynische Weise zu rechnen gelernt haben. Die Sehnsucht, Schule vor Ort mit allen Beteiligten selbst betreiben und verantworten zu können, unbelästigt vom Geltenmachen unpädagogischer Interessen, und ohne daß der pädagogische Prozeß im Verwaltungsgang leerläuft - diese Sehnsucht deutete auf ein tiefes Reformbedürfnis und auf breite Reformbereit-

schaft in den Kollegien hin und wies Reformüberlegungen den Weg.

Was die Schulkritik und die Perspektive einer Reform betrifft, so beteilige ich mich schon seit einigen Jahren als Praktiker und als pädagogischer Autor am Gespräch über Schulreform. Ich erinnere mich, vor rund 25 Jahren damit begonnen zu haben, als ich als Student in eine „Kommission Schulverfassung“ berufen wurde, welche von der SPD in Nordrhein-Westfalen gebildet worden war. Die Durchsicht alter Schriftwechsel und Protokolle läßt erkennen, wie sich in der konzeptionellen Diskussion Ansätze zu einer autonomen Schule bildeten. Sie waren nicht durchzusetzen. In der Rückschau zeigt sich wieder einmal, daß Schulreform einen langen Atem braucht. Damals trat ich unter Protest aus der Kommission aus.

Die berufliche Praxis nötigt uns Lehrerinnen und Lehrer allerdings immer wieder, antibürokratische Schulkritik zu üben und über äußere Schulreform nachzudenken. Ich konnte dem Thema also nicht entgehen, wie sich in meinem Buch „neun mal schulwetter“ (1981) nachlesen läßt, ebenso in meinem Schul-Roman „Aufstiegsversagen“ (1984). In dem Aufsatz „Die schlechte Arbeit verdrängt die gute. Zur politischen Ökonomie der Lehrarbeit im bürokratischen Erziehungssystem“ (1989) formulierte ich erstmals in nuce ein Reformkonzept, mit Einschluß von Schulkammern, das ich auf Einladung der niedersächsischen GEW in Verden an der Aller einem damals noch einigermaßen verblüfften Fachpublikum vorstellen konnte. Es folgten dann weitere Beiträge, und nachdem ich mich aufgrund der Reaktionen auf meine pädagogische Streitschrift aufgefordert sah, mich intensiver mit einer Strukturreform des Schulwesens zu beschäftigen, fanden der ehemalige nordrhein-westfälische GEW-Vorsitzende Alf Hammelrath und ich uns Ende 1993 zu Reformdiskussionen zusammen und luden Kolleginnen und Kollegen zu einer Tagung „Reform des Schulsystems“ ein. Als Leitfaden für weitere Diskussionen verfaßte ich ein umfangreiches Thesenpapier zur autonomen öffentlichen Schule. Da der Text bald außerhalb der

Adressatengruppe zirkulierte, erfuhr ich Interesse und es erreichten mich Anfragen von verschiedenen Verlagen, ob ich nicht aus dem Papier ein kleines Buch machen wolle.

## Stellenwert des Modells

Dieses Buch liegt inzwischen vor: „Die Autonomie Öffentliche Schule. Das Modell des neuen Schulsystems“<sup>2</sup>. Es ist ein Entwurf für eine umfassende Schulreform. Der Entwurf ist der erste seiner Art. Er ist pluralistisch angelegt und offen für Verbesserungen.

Das Modell verwirft das gesamte staatliche Schulsystem und entwickelt eine umfassende Alternative, nämlich ein System autonomer öffentlicher Schulen in Selbstverwaltung. Dadurch fallen Aufsichtsbehörden und Schulministerien fort.

Damit und mit der Entwicklung regionaler „Schulkammern“ als gesellschaftlich offener Kontroll- und Beratungseinrichtungen wird ein völlig neuer Gedanken in die Autonomiediskussion eingebracht.

Die autonome Schule ist zwar entstaatlicht, jedoch nicht privatisiert. Sie ist eine gesellschaftliche Einrichtung und wendet sich als öffentliche Schule an alle Kinder. Keins wird ausgegrenzt.

Das Modell bezieht seine erhebliche schulpolitische Brisanz aus folgendem:

- Als Alternativmodell überholt es alle ähnlichen Ansätze: Bisher wurde „äußere“ Schulreform nur durch einzelne Schulen verwirklicht, wie z.B. durch „Freie Schulen“ - oder durch Gruppen von Schulen, wie etwa die „Waldorfschulen“. Nunmehr geht es nicht mehr lediglich um die „Auswanderung“ aus der Staatsschule, sondern um deren Abschaffung. Dies wird nicht nur gefordert, sondern auch detailliert begründet und im einzelnen ausgeführt.
- Somit ist das Modell gegenwärtig das umfassendste und tiefgreifendste Reformmodell in der deutschen Schuldiskussion.
- Dabei ist es keiner bestimmten wissenschaftlichen Lehrmeinung verpflichtet, keiner Partei, keinem Verband und keiner Gewerkschaft. Es entstammt der Praxis und zielt auf die Praxis. Es wendet sich an alle - was auch in seinem Aufbau und seiner Sprache deutlich wird.
- Das Modell steht quer zu allen staatlichen Reformbemühungen. Dies ist nicht beabsichtigt, aber unumgänglich, denn die Situation ist inzwischen so, daß jede

nüchterne Bilanz schulischer Defizite und die Entwicklung einer Perspektive sich als scharfe Kritik an der Staatsschule und der staatlichen Schulpolitik äußern muß.

## Begründung des Modells

Das Verhältnis von Gesellschaft, Jugend und Schule ist durch Ungleichzeitigkeit geprägt.

Heutige Kinder sind Medienkinder. Sie wohnen städtisch. Ihre Lebensweise ist kommerzialisiert. Im Alltag herrschen Tempo und rascher Umschlag von Waren, von Moden und Verhaltensweisen. Es fehlt an Bindungen. Viele Kinder und Jugendliche leiden darunter, kommen nicht zu sich selbst. Verhaltensstörungen nehmen zu.

Bedauerlicherweise haben sich die Parteien gegenwärtig aus der Bildungspolitik verabschiedet.

Und die Schule? Ist ein bürokratischer Apparat. Die staatlich verwaltete Schule ist nicht frei genug, sich auf die neue Situation rasch und gründlich einzustellen. Sie müßte nachholende Erziehung betreiben, die Lernfähigkeit der Kinder sichern, Neues wagen. Aber es herrscht das Beamtentum. Die hierarchische Struktur der Staatsschule ist kreativen Leistungen feindlich, auch wenn es einige kreative Aufsichtsbeamte gibt. - Der alte Bürokratismus verwaltet die neuen Probleme.

Damit paßt die Schule nicht mehr in die Gesellschaft von heute. Demokratisierung wird inzwischen als ständiger Prozeß begriffen, nicht mehr als erreichter Zustand. Auch in den entwickeltesten Bereichen der Wirtschaft werden die Arbeitsprozesse nach und nach umgestellt: Entscheidungen sollen dort getroffen werden, wo sie am besten getroffen werden können - und von denen, die an diesem Arbeitsort tätig sind.

Reform von Schule ist also vielfältig zu begründen. Sie tut not.

Zunächst wäre an innere pädagogische Reformen zu denken, doch diese stoßen bald an die Grenzen des äußeren staatlichen Systems. Deshalb muß das gesamte Schulwesen auf den Prüfstand.

Die Frage ist: Welches Schulsystem paßt zu den heutigen Kindern und Jugendlichen, zu einer zeitgenössischen Schulpädagogik und zu einer demokratischen Gesellschaft?

Die Beantwortung dieser Frage ist schwierig, weil letztlich ein alternatives Schulsystem entworfen werden muß - im strukturellen Zusammenhang und unter praktischen, nicht ideologischen Gesichtspunkten. Bisherige Reformmodelle haben weniger eine neue Schulstruktur als vielmehr einzelne Bestandteile dieser Struktur skizziert. Mitunter waren sie politisch einseitig.

## Eckpunkte des Reformmodells

1. *Pädagogische und Administrative Autonomie:* Die einzelne Schule ist autonom. Sie löst ihre pädagogischen Aufgaben selbständig. Über die Curricula hinaus formuliert die Schule Erziehungspläne, die auch therapeutische Maßnahmen beinhalten. Sie führt eine ständige Diskussion über ihre erzieherischen und ethischen Werte. Außerdem stellt sie ein jährliches Schulprogramm auf - einen kontrollierbaren Arbeitsplan. Durch all dies gewinnt sie ihr Profil.

Die Schule verwaltet sämtliche ihrer Angelegenheiten selbst, ggf. unter Hinzuziehung von Verwaltungspersonal. Die Schule stellt einen Haushaltsplan auf und kann sich um zusätzliche Mittel bemühen. Ihre Kollegialorgane bestimmen den Schulbetrieb. Eltern und Schülerinnen und Schüler sind in die Willensbildung einbezogen. Die Schulleitung wird auf Zeit aus der Mitte des Kollegiums gewählt. Lehrerinnen und Lehrer sind keine Beamte mehr, sondern tariffähige Angestellte mit Personalvertretung. Die Schule stellt Personal ein und kann Personal entlassen. Die Ausbildung der pädagogischen Arbeitskräfte geschieht von Anfang an nicht nur in der Universität, sondern auch in der Schule. Die Weiterbildung wird von den Schulkammern und den Schulen selbst geleistet.

2. *Selbstverwaltung durch Schulkammern:* Jeweils 40 einzelne Schulen bilden einen Kammerbezirk. Die Schulkammer ist eine Selbstverwaltungseinrichtung und ersetzt die staatliche Schulaufsicht. Die Schulkammer wird aus den Schulen heraus gewählt. Hinzu kommen außerschulische Mitglieder. Die Kammer berät und kontrolliert die einzelnen Schulen. Etwas vier bis fünf von ihnen werden jedes Jahr evaluiert. Die Kammer hat

das Recht, ggf. einen Schulbetrieb zu untersagen. Innerhalb eines Bundeslands verbinden sich die Schulkammern zu einem Kammerverein. Er vertritt die Schulen gegenüber dem Land.

3. **Öffentlichkeit von Schule:** Die Schule bleibt öffentliche Schule. Sie wird öffentlich in ausreichendem Maße finanziert, weil nur so Chancengleichheit für alle Kinder gewährleistet werden kann. Die Träger der Schule sind somit öffentliche Träger. Sie kontrollieren die Rechnungsführung der Schulen (Rechnungsprüfungsämter). Öffentliche Trägerschaft und Finanzierung sowie pädagogische und administrative Autonomie sind widersprüchliche Momente des neuen Schulsystems. Sie müssen ausbalanciert werden. Dies ist möglich. Ziel ist die gleichzeitige Sicherung von Autonomie und Öffentlichkeit.

4. **Entstaatlichung der Schule:** Der Staat zieht sich aus der Verwaltung der Schule zurück. Die staatliche Schulaufsicht erlischt. Die Schulministerien und Aufsichtsbehörden entfallen, das Aufsichtspersonal unterrichtet wieder. Die parteipolitische Ideologisierung und Funktionalisierung des Schulwesens ist beendet. - An Aufgaben verbleiben dem Staat folgende: Rahmengesetzgebung und Sicherung der Grundgesetzlichkeit der Erziehungsziele und -werte; Sicherung des curricularen Mindeststandards und Festlegung der Abschlußniveaus; Bestimmung des Schuljahres und der Ferientermine, der Dauer des Schulbesuchs und der Höchststärke der Klassen.

### Umsetzung in die Praxis

Mit der Modellierung einer autonomen öffentlichen Schule im Kammersystem ist aber erst die halbe Reformarbeit geleistet. Das Modell muß auch in die Praxis umgesetzt werden.

Hierbei gibt es erhebliche Widerstände. Sie gehen besonders von Schulpolitik und Schulbürokratie aus. Die Schulpolitik verliert den Zugriff auf ein gesellschaftliches Teilsystem und kann ihre parteipolitische Klientel nicht mehr mit Leitungsstellen alimentieren. Die Bürokratie wird weitgehend überflüssig und muß sich wehren. Es ist nicht auszuschließen, daß auch Teile der Kollegien aus Unsicherheit reformskeptisch sind. Allerdings gibt es ja schon zahlreiche innere Reformmaßnahmen, die es zu bündeln gilt. Darüberhinaus ist das gesellschaftliche und pädagogische Bedürfnis nach gründlicher Schulreform groß. Des-

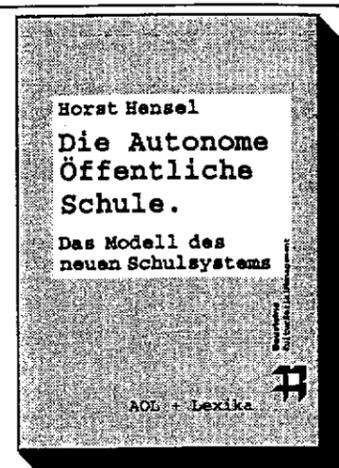
halb kommt es bildungspolitisch nicht so sehr auf einzelne Kräfte an, sondern eher auf breite gesellschaftliche Reformbündnisse, die sich zu offenen staatlichen Reformkommissionen zusammenfinden müssen, um Schulreform mit Aussicht auf Erfolg betreiben zu können. Dabei ist die öffentliche und durch Medien vermittelte Schul-Diskussion eine unverzichtbare Erfolgsbedingung der Reformarbeit - nur sie garantiert den breiten demokratischen Konsens und verhindert Sektenbildung: Die historische Schulreform kann nur gelingen, wenn sich die Medien für sie aussprechen, bzw. sie diskutieren.

Und die Parteien? Und die Politik? Bedauerlicherweise haben sich die Parteien gegenwärtig aus der perspektivischen Schulpolitik verabschiedet. Es gibt keinen Schulplan irgendeiner Partei, der über den Tellerrand hinausblicken läßt, und es gibt keine Politikerin und keinen Politiker, die als Konzeptoren einer Reform Statur hätten. Alles ist ängstlich, kleinkariert, reaktiv - nichts ist kühn, perspektivisch, aktiv. Die SPD, einst Reformpartei in Sachen Bildung, schweigt, ja, läßt sich in Nordrhein-Westfalen in Gestalt des sozialdemokratischen Kultusministeriums sogar das Denken von der Kienbaum-Unternehmensberatung abnehmen. Mehr noch: Wenn man sich als Praktiker und Autor an der Reformdiskussion beteiligt, läuft man eher Gefahr, von der SPD als Partei, Fraktion, Regierung und Administration angegriffen und befeindet zu werden, denn als Diskussionspartner akzeptiert zu werden. Da sind die GRÜNEN offener. Nun ist es natürlich aber so, daß es ohne die Sozialdemokratie und die anderen Parteien, Fraktionen und Administrationen keine Schulreform geben kann. Vielleicht müßte man es ihnen mal sagen ...

So wie die öffentliche Diskussion müssen auch Bündnisse und Kommissionen pluralistisch ausgerichtet sein. Andernfalls bringen sie sich um ihre Wirkung. Über regionale „Insellösungen“ und zahlreiche einzelschulische Teilreformen wird dann nach und nach das gesamte Schulwesen umgestellt. Da aber kein Reformprozeß in Gänze geplant und schon gar nicht nach Plan verlaufen kann, müssen sowohl seine unerwünschten Momente frühzeitig ausgemacht und korrigiert, als auch diejenigen Verbesserungen eingearbeitet werden, welche die Praxis nahelegt. Dies gehört zur Reformarbeit und ist deshalb auch Bestandteil des Reformkonzepts (wel-

ches sich gerade dadurch von selbstgenügsamen Konzepten unterscheidet). Der Reformprozeß muß ein lerner Prozeß sein. Nur dann kann sein Ergebnis eine demokratische Schule sein.

- 1 Horst Hensel: Die neuen Kinder und die Erosion der alten Schule. AOL und Lexika-Verlag, Lichtenau und München, 7. erweiterte Auflage
- 2 Horst Hensel: Die Autonome Öffentliche Schule. Das Modell des neuen Schulsystems. AOL und Lexika-Verlag, Lichtenau und München 1995



## Die Autonome Öffentliche Schule

Unsere Kinder sind Medienkinder des 20. Jahrhunderts - in einer Schule von gestern. Diese Schule wird obrigkeitlich verwaltet. Reform tut not. Das ist der Ausgangspunkt dieses Buches. Und es zeigt in wichtigen Teilbereichen den Weg zu der Schule, die den Anforderungen der Gesellschaft, der Lehrer/innen und der Schüler/innen wesentlich besser gewachsen wäre. Auch in Zeiten geringer Bildungsmittel. Das neueste Werk des Autors von *Die Neuen Kinder und die Erosion der Alten Schule*.

**Horst Hensel:**

**Die Autonome Öffentliche Schule  
Das Modell des neuen Schulsystems**

1. Auflage: AOL-Verlag, Lichtenau 1995/Lexika-Verlag, München 1995  
104 Seiten, 24,80 DM/sFr/210 öS

**Direktbezug:**

AOL-Verlag, Waldstr. 17-18  
D-77839 Lichtenau  
Telefon 07227-9588-0  
Fax 07227-958895

# Initiative Bildung

GEW auf neuen Wegen

von Fiete Saß\*

Mit einem breiten gesellschaftlichen Dialog will die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) eine neue Bildungsreformdebatte in der Bundesrepublik anstoßen. Zum Auftakt der „Initiative Bildung“ rief der GEW-Vorsitzende Dieter Wunder auf einem bildungspolitischen Symposium in der Berliner Kongreßhalle Betroffene, Beteiligte und interessierte gesellschaftliche Kräfte auf, sich an der Diskussion zu beteiligen, um der Bildungspolitik in Deutschland wieder einen höheren Stellenwert zu verschaffen. Anlaß für den GEW-Appell ist die Sorge der Bildungsgewerkschaft, vor dem Hintergrund der öffentlichen Finanzkrise könne das bundesdeutsche Bildungswesen vollends auf den Weg in die Drittklassigkeit geraten.

Diese Sorge ist weder übertrieben noch neu. Neu ist, daß man die Mißstände in einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive diskutieren will. Was für ein Bildungswesen braucht unsere Gesellschaft? Erfüllt Schule als Institution überhaupt noch ihre Aufgabe? Wozu sollen junge Menschen ausgebildet werden, wenn Computer schon alles wissen? Welche pädagogische Dosis vertragen Jugendliche? Mit diesen und ähnlichen Fragen geht die GEW nun auf Andere zu, mit dem Ziel, eine breite Bildungsreformdiskussion in Gang zu bringen.

## Gebremste Engagementbereitschaft

Wie eine Mitgliederbefragung gezeigt hat, sind ca. 2/3 der 300.000 GEW-Mitglieder zu eigenem Engagement „im Prinzip“ bereit, sehen aber die Durchsetzungschancen gewerkschaftlicher Forderungen so gering, daß die meisten von solch fruchtlosen Mühen lieber absehen. Wer wollte es ihnen verdenken, nach 20 Jahren Abwehrkämpfen gegen die Gegenreform und die große Koalition der Finanzminister? Die staatlich-zentralistische Struktur des Bildungssektors wirkt sich so als Reform- und Engagementblocker aus.

Die Erfahrung des Nichts-änderkönnens hat auch das Interesse an visionären Reformkonzepten stark reduziert.

\* Fiete Saß, Köln, spw-Redaktion

Dort aber, wo die Beschäftigten des Bildungssektors sich selbst am nächsten sind, bei ihren eigenen materiellen Interessen, laufen sie regelmäßig Gefahr, vom Rest der Gesellschaft isoliert zu werden. Böswillig wird Sozialneid auf Beamte und Lehrer geschürt. Aber auch dem Gutwilligen sollte der Zusammenhang von sozialer und demokratischer Entwicklung und den materiellen Ansprüchen der Beschäftigten des Bildungssektors vermittelt werden können. Spät hat die GEW die Abseitsfälle durchschaut.

Politische und intellektuelle Herausforderungen, die eine ebenso offene wie anspruchsvolle Bearbeitung erfordern, sind reichlich vorhanden.

## Schlankes Schulwesen als Reformalternative

So hat unter dem Schlagwort „Neues Verwaltungsmanagement“ die *Lean production*-Diskussion auch die öffentliche Verwaltung erreicht. Eine Anwendung von *lean production* auf Schule hätte einschneidende Konsequenzen: Abbau der Wasserköpfe in den Aufsichtsbehörden, Stärkung der Professionalität und Entscheidungskompetenz im Betrieb Schule, Qualitätssteigerung unter Einbeziehung aller Beteiligten. Also Ziele, wie sie auch von Horst Hensel in diesem Heft aus anderem Blickwinkel diskutiert werden. Ob das dann für die Finanzminister billiger käme, darf bezweifelt werden, aber wirtschaftlicher wäre es auf jeden Fall. Und wenn man es nicht ganz falsch anfängt, könnte Schule auf diesem Wege zugleich demokratischer und für die Beteiligten auch einfach ein angenehmerer sozialer Ort werden.

Wer sich mehr Effizienz des Bildungswesens wünscht, muß über den gesellschaftlichen Stellenwert von Bildung nichts wissen. Und wer sich eine höhere Priorität der Bildungsausgaben wünscht, ist noch lange nicht für Schlandrian. Beides hat mit Geld zu tun, und die Synthese scheint einfach: Gönnen wir uns und unseren Kindern ein erstklassiges, effizientes Bildungswesen, denn das ist in philosophischer wie wirtschaftlicher Hinsicht die beste mögliche Investition.

Aber so einfach geht es doch nicht. Effizienz ist für öffentliche Verwaltung

und den Bildungssektor eine relativ neue und noch umstrittene Forderung. Wo früher hoheitlicher Auftrag und pädagogisches Ideal genügten, soll es nun außerdem noch wirtschaftlich zugehen?

Kann man denn menschliche Entwicklung in Mark und Pfennig ausdrücken? Man kann. Zumindestens von der Kostenseite ist das gar kein Problem. Auch Kosten/Nutzenbetrachtungen sind leicht möglich. So hat etwa das Dortmunder ISP empirisch festgestellt, daß die Qualität von Schule am stärksten abhängig ist von der Qualität der Schulleitung. Mit anderen Worten: Durch Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung der Schulleitungen (Auswahl, Weiterbildung, Coaching) läßt sich ein besonders günstiges Nutzenverhältnis der aufgewandten Mittel erzielen. Solche Überlegungen sind nicht nur legitim, sondern angebracht, solange die verfügbaren Mittel begrenzt sind.

## GEW wird sich der Effizienzdiskussion stellen müssen

Die GEW wird sich der Effizienzdiskussion stellen müssen, mit dem Ziel, sie für sich zu entscheiden. Das ist inhaltlich gar nicht so schwer: Staatliche Bürokratie statt gesellschaftliche Verantwortung, Inkompetenz der Entscheidungsträger, Geringschätzung der Arbeitenden und ihres Engagements - das sind Faktoren, die den Wirkungsgrad jeder Organisation untergraben müssen. Dennoch identifizieren sich viele Beschäftigte des Bildungssektors mit dem Status Quo, denn das ist ihr Alltag. Und das ist wohl die Aufgabe, die sich die GEW gesteckt hat: Die Mitglieder und KollegInnen des Bildungsbereichs aus dem „sicheren“ Bezugsrahmen ihres Alltags heraus in eine offensive Debatte inmitten des Zynismus, der Zumutungen und des Tempos der Mediengesellschaft zu führen.

Das ist mutig, ja, tapfer, und vielleicht verallgemeinerungsfähig: Wenn wir, die Profis für dies und für das, uns gegenseitig anscheinend immer weniger verstehen, dann sollten wir miteinander reden, welche Dinge wir warum füreinander tun können.

# Bildungspolitik in schwieriger Zeit

Die aktuelle bildungspolitische Debatte in Nordrhein-Westfalen

von Brigitte Speth\*



Um gleich mit der Tür ins Haus zu fallen: Die bildungspolitische Debatte in Nordrhein-Westfalen wird vor allem von der neuerlichen Auseinandersetzung um die Gesamtschule beherrscht.

## Der Streit um die Gesamtschule

Dabei kann sich die Bilanz der 25jährigen Gesamtschulentwicklung in Nordrhein-Westfalen sehen lassen. Es gibt heute eine Gesamtschul-Infrastruktur mit inzwischen 158.000 Schülerinnen und Schülern an 192 Schulen. Die Idee der gemeinsamen Schule für alle ist so erfolgreich, daß selbst konservativ regierte Gemeinden in Nordrhein-Westfalen ihren jahrelangen Widerstand aufgeben und Gesamtschulen gründeten. Die Nachfrage von Eltern nach Plätzen an Gesamtschulen für ihre Kinder überschreitet weiterhin das zur Verfügung stehende Angebot. Kürzlich hat das diesjährige Anmeldeverfahren stattge-

funden. Ergebnis: 6.000 - 8.000 Plätze fehlen.

Der jüngst in der Zeitschrift *nds* veröffentlichte Artikel eines ehemaligen Gesamtschullehrers hat allerdings eine neue Qualität. Nachdem er 21 Jahre an einer Gesamtschule unterrichtet hat, hat er ein Geheimnis gelüftet. In fünf Thesen zur Gesamtschule macht er sich Luft. Allgemeine Erziehungsschwierigkeiten, die es an allen Schulformen gibt, werden ausschließlich und bewußt auf die Gesamtschule fokussiert. Dabei ist es schlichtweg unzulässig, gesamtgesellschaftliche Probleme, z.B. eine andere Art von Jugend zum Maßstab für die Dignität eines Schulsystems zu machen. Das Schlimme ist, daß dieser Artikel von den Gegnern der Gesamtschule begierig aufgenommen und gegen die Gesamtschule eingesetzt wird. Die CDU will - nicht zum ersten Mal - ein Moratorium für neue Gesamtschulerrichtungen. Die Führung der CDU-Opposition will sie in schöner Eintracht mit der F.D.P. gar ganz auflösen.

Was mich an dieser Kampagne am meisten bedrückt, ist, daß sich Lehrerinnen und Lehrer an Gesamtschulen in die Anonymität flüchten, um gedeckt durch

eine Briefkastenadresse den Gesamtschulbefürwortern mal gründlich die Meinung zu sagen. Von Schülerinnen und Schülern erwarten wir, daß sie aufrechten Gangs durchs Leben gehen, wir erziehen sie - mindestens wollen wir das - zur Demokratie. Und diejenigen, denen wir die Kinder und Jugendlichen anvertrauen, die im Erziehungsprozeß eine wichtige Rolle spielen, erklären nun, sie trauten sich nicht, ihre Meinung zu sagen.

Ich will nicht leugnen, daß es an allen Schulen Reformbedarf gibt. Alle Schulformen, auch die Gesamtschulen, müssen sich der Kritik stellen. Sie

müssen die veränderte Kindheit annehmen und die Schulwirklichkeit entsprechend verändern. Gleichwohl gilt: In einer Gesellschaft, die zunehmend mehr von der Erfüllung individueller Bedürfnisse, von Partikularinteressen und Egoismen geprägt ist, ist mehr Integration und Solidarität notwendiger denn je. Das gilt auch für Schulen.

## Die neuen Herausforderungen

Die Bedingungen des Heranwachsens von Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft haben sich grundlegend verändert. Immer mehr Kinder wachsen als Einzelkinder und/oder in Ein-Eltern-Familien auf. Zunehmend sind beide Eltern berufstätig. Lebens- und Erfahrungsräume von Kindern werden immer stärker eingeschränkt. Verstärkter Medienkonsum durch Fernsehen und Video beeinflussen Kinder ebenso wie die Beschränkung ihres Bewegungsraums durch Verkehr und kinderunfreundliche Bebauung. Der Verlust von sozialer Verankerung insgesamt bewirkt häufig Gleichgültigkeit gegenüber anderen bis hin zur Rücksichtslo-

sigkeit, Entsolidarisierung, Verlust an Gemeinschaftssinn und Gemeinschaftsfähigkeit, und kann - wenn weitere ungünstige Bedingungen hinzukommen - zu Gewaltbereitschaft eskalieren. Wenn sich gesellschaftliche Anerkennung nur noch am materiellen Status festmacht, wenn Kosten-Nutzen-Überlegungen maßgebend sind für das menschliche und soziale Miteinander, wenn Konkurrenzdenken bis hin zur rücksichtslosen Durchsetzung individueller Interessen als erfolgversprechendes Verhalten propagiert wird, darf man sich nicht wundern, daß es gerade junge Menschen besonders schwer haben, eigene Maßstäbe und Wertvorstellungen zu finden.

Die herkömmliche Abgrenzung und Aufgabenteilung zwischen Familie, Schule, Jugendarbeit trägt heute nicht mehr. Mit der traditionellen Unterrichtsschule, die sich auf familiäre und gesellschaftliche Stützsysteme verlassen konnte, können die heutigen individuellen und gesellschaftlichen Ansprüche an Bildung und Erziehung nicht mehr bewältigt werden. Wenn sich die Gesellschaft ändert, muß sich auch die Schule verändern. In Zweifel gezogen wird nicht die Schule als staatliche Einrichtung, sondern in Frage gestellt wird das traditionelle Leitbild der reinen Unterrichtsschule.

## Autonomie oder mehr Selbständigkeit?

Das Thema „Autonomie von Schule“ oder mehr „Autonomie für Schulen“ hat in der Bundesrepublik Konjunktur. In Hessen, Niedersachsen, Bremen, Hamburg enthalten die neuen Schulgesetze bereits Bestimmungen zu mehr Autonomie. Erwogen wird mehr Autonomie in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. In Nordrhein-Westfalen gibt es einen SPD-Parteitagbeschuß „mehr Eigenverantwortung für die Einzelschule“.

Zunächst zum Begriff: Ist Autonomie überhaupt das richtige Wort? Autonomie bedeutet, sich die Gesetze selber zu geben. In dieser Konsequenz bedeutet mehr Autonomie von Schule den vollständigen Rückzug des Staates aus der Bildungspolitik. Das, denke ich, kann nicht gemeint sein.

Nach dem Grundgesetz steht das gesamte Schulwesen unter der Aufsicht des Staates. Die staatliche Schulhoheit umfaßt Planung, Gestaltung und Beaufsichtigung im Schulwesen. Zu den Notwendigkeiten staatlicher Bildungspolitik

gehören insbesondere die Festlegung der Bildungsziele, die Planung der Schulstruktur, die Entwicklung der Bildungsinhalte, die Bestimmung der inneren Struktur wie Mindeststandards, Mitbestimmung usw., die Definition der Abschlußvergabe und die Sach- und Personalausstattung. Letzteres ist im Zusammenhang mit der Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse von besonderer Bedeutung.

Mit der aus meiner Sicht falschen Begrifflichkeit ist ein weiterer Zusammenhang verbunden, der in die Irre geht. Weder Autonomie noch mehr Selbständigkeit lassen sich verordnen, sie lassen sich nicht erzwingen und auch nicht schenken. Innere Reform, neue Ansätze des Unterrichts sind darauf angewiesen, daß sie von der Basis, also von den Lehrerinnen und Lehrern und allen, die am Schulleben beteiligt sind, getragen werden. Nur dann, wenn sie sich identifizieren, wenn sie selbst ein neues Konzept aus der jeweiligen Situation heraus entwickelt haben, hat eine innere Reform die Chance, mehr zu sein als ein modernistisches Aperçú.

Also verabschieden wir uns schnell von zwei Gedanken:

1. Die autonome Schule im Sinne der Definition von Autonomie kann es nicht geben, weil dies die Chancengleichheit erheblich gefährdet.

2. Mehr Selbständigkeit von Schule kann nicht von oben verordnet werden, weil die tragfähige Ausfüllung dessen, was mit mehr Selbständigkeit gemeint ist, von denen abhängt, die in der Schule leben und arbeiten.

Welche Anlässe sind es denn überhaupt, größere Selbständigkeit für Schulen zu fordern? Einen Anlaß sollten wir schnell zu den Akten legen. Diejenigen, die z.B. für ein eigenes Schulbudget eintreten, um damit die staatliche Verantwortung für die Sach- und Personalausstattung in Zeiten knapper öffentlicher Kassen auf die Schule abzuwälzen, damit nicht vor dem Kultusministerium, dem Landtag oder dem Rathaus demonstriert wird, diejenigen tragen die Verantwortung dafür, daß ein guter Ansatz im Keim erstickt wird. Genau in dieser Verbindung liegt der Anlaß für das Mißtrauen der Lehrerinnen und Lehrer. Im übrigen liefern die, die so argumentieren, denen die argumentative Basis, für die mehr Selbständigkeit vom Teufel ist. So schreibt beispielsweise der Vorsitzende des Philologenverbandes NRW: „Es ist seltsam, daß gerade in Zeiten des

knappen Geldes in fast leeren öffentlichen Kassen die Politik nach mehr Autonomie ruft. Das riecht geradezu nach Deregulierung von Verantwortung für Misere nach unten.“

Also verabschieden wir uns von einem dritten Gedanken: Mehr Selbständigkeit von Schulen ist kein Sparkonzept. Wenngleich ich zutiefst davon überzeugt bin, daß Schulen mit einem eigenen Schulbudget sinnvoll und sparsam umgehen können, so behaupte ich doch, daß mehr Selbständigkeit vorübergehend mehr Geld kosten wird, dies schon allein wegen des erhöhten Bedarfs an Lehrerfortbildung.

Die Diskussion um mehr Selbständigkeit von Schulen im politischen Raum in der Bundesrepublik begann Mitte der 80er Jahre und hatte mit Finanzen überhaupt nichts zu tun. Sie ist entstanden aus der Notwendigkeit, die innere Reform von Schule neu zu diskutieren. Der ernsthafte Ansatz reagierte auf die gesellschaftlichen Veränderungen. Veränderungen, die vor der Schule nicht haltmachen.

Manche sagen, man dürfe der Schule nicht alle gesellschaftlichen Defizite aufhalsen. Das ist zwar grundsätzlich richtig. Nur, die Defizite sind da und machen nicht Halt vor der Schule. Hartmut von Hentig sagte bereits vor vielen Jahren: „Die Lebensprobleme der Kinder sind größer als ihre Lernprobleme“. Und in seinem Buch „Die Schule neu denken“ aus dem Jahr 1993 wiederholte er: „Wir müssen es mit den Lebensproblemen der Schüler aufnehmen, bevor wir ihre Lernprobleme lösen können, die sie auch nicht haben müßten“. Und er fordert Schule als Lebens- und Erfahrungsraum oder Schule als „Lebens- und Lernort“.

## Öffnung von Schule

In dieser Erkenntnis ist 1988 das Rahmenkonzept „Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule“ (GÖS) entstanden. Der damalige Ansatz des Konzeptes war richtig. Schulen hatten sich auf den Weg gemacht, ihr eigenes Schulleben zu schaffen. Die Politik hat dies aufgenommen und versucht, die vorhandenen Ansätze zu stärken. Nichts wurde von oben diktiert. Es gab für gute Ansätze Unterstützung durch Geld und auch durch Stellen. So war Nordrhein-Westfalen Vorreiter für eine neue Schulwirklichkeit. Angefordert wurde das Rahmenkonzept von vielen außerhalb

\* Brigitte Speth, MdL, Düsseldorf, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen in der SPD

Denken ist etwas, das auf Schwierigkeiten folgt und dem Handeln vorausgeht. (Brecht)



Die Schwierigkeiten sind offenkundig: in Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Politik. Und vier weitere Jahre Kohl produzieren ein Desaster. Durch Analysen begründete Alternativen müssen her. Deshalb

## Sozialismus

abonnieren!

Unsere Themen:

- Woher kommt die Stabilität des Neokonservatismus?
- Nation: Sinnstiftung der Rechten
- Ende des Wohlfahrtsstaates
- Vollbeschäftigung: eine machbare Strategie
- Forum: Erneuerung der Gewerkschaften
- Europa nach dem Zerfall des Ostens
- USA/Japan/EU: Konkurrenz im Triadenkapitalismus
- Das »Vergessen« der Dritten Welt

Jahresabo: DM 95,- (incl. Porto)

Bestellcoupon für ein Probeheft:

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

An: Redaktion Sozialismus  
Klaus-Groth-Str. 33e, 20535 Hamburg  
Tel. & Fax 040/250 10 11

von NRW. Gar im Ausland wurden wir kopiert.

Nur, Nordrhein-Westfalen hat sich überholen lassen. GÖS wurde von seiten des Staates nicht weiter entwickelt. Leider! Dabei war GÖS die Keimzelle dessen, was heute unter mehr Selbständigkeit diskutiert wird. Die Fortentwicklung von GÖS ist mehr Selbständigkeit von Schule.

Wenn wir die gesellschaftlichen Veränderungen ernst nehmen, wenn wir die veränderten Lebens- und Lernbedingungen von Kindern und Jugendlichen ernst nehmen, dann kann aus meiner Sicht der Weg nur sein: Von der Unterrichtsschule zur Schule als Lern- und Lebensort. Das setzt voraus, daß der Streit darüber beendet sein muß, ob die Schule einen Erziehungsauftrag habe oder nicht. Das setzt voraus, daß alle endlich begreifen, daß kognitive Bildung alleine nicht genügt, daß Lehrerinnen und Lehrer Kinder so annehmen, wie sie sind, daß sie sich einlassen, mit den Kindern und Jugendlichen zu lernen und zu leben. Das setzt voraus, daß Politik und Verwaltung die Lehrerinnen und Lehrer in ihrer schwierigen Aufgabe nicht alleine lassen, daß Politik und Verwaltung Unterschiedliches zulassen, ja sogar unterstützen; d.h. individuelle Schulprogramme sind zuzulassen statt einheitlich verordneter Gesamtpläne.

### Möglichkeiten für mehr Eigenverantwortung der Schulen

So verstanden nenne ich 10 Möglichkeiten, wie eine Schule ihre Eigenverantwortung ausgestalten kann:

1. Schulen können sich ein eigenes Schulprogramm geben. Die Schulprogramme können von Schule zu Schule, von Region zu Region höchst unterschiedlich sein. Nur, sie müssen etwas mit der Schule zu tun haben. Schulen spüren Probleme auf, die vor ihrer Schultür liegen. Sie greifen sie auf und rücken sie in den Mittelpunkt des schulinternen Lehrplans.

2. Innerhalb des Schulprogramms können Kooperationen mit anderen Schulen und/oder Einrichtungen vor Ort eingegangen werden.

3. Der Lernort muß nicht nur die Schule sein. Andere Lernorte sind denkbar, Orte, die je nach gemeindlicher Wirklichkeit unterschiedlich sind.

4. Andere Menschen als Lehrerinnen

und Lehrer sollten in der Schule unterrichten können.

5. Der Unterricht kann in Projekten, er kann fächerübergreifend, jahrgangsübergreifend oder epochal organisiert sein. Der 45-Minuten-Takt muß nicht die Norm sein. Das setzt voraus, daß die Wochenpläne zugunsten von Jahresplänen aufgegeben werden.

6. Die Schule kann ein Ganztagsangebot in zu ihrem Programm passender Form anbieten.

7. Die Schule entscheidet bis zur Klasse 6 über die Leistungsbewertung in Form von Noten oder Berichtszeugnissen.

8. Die Schulen erhalten ein Schulbudget für die sächlichen Ausgaben, das in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden kann.

9. Die Schulen erhalten ein Mitspracherecht bei Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern.

10. Das bisherige Programm „Geld statt Stellen“ ist neu zu denken. Es sollte den Schulen die unbürokratische Möglichkeit eingeräumt werden, z.B. über Honorarverträge Stunden der Jugendmusikschule einzukaufen, Übungsleiterpauschalen für Sportvereine zu bezahlen, sich an den Personalkosten einer Kinderkultureinrichtung zu beteiligen, wenn diese z.B. ein Ganztagsangebot übernimmt.

Neu zu denken ist in diesem Zusammenhang die Rolle des Schulleiters oder der Schulleiterin, der Schulaufsicht hin zu mehr Beratung, die Frage der Mitbestimmung und der Stellenwert von Lehreraus- und -fortbildung.

Der Staat muß Rahmenbedingungen setzen, innerhalb derer die Übernahme von mehr Selbstverantwortung möglich ist. Der Staat muß vor allem zulassen und nicht gleich mit dem Knüppel der Verordnung kommen. Vor allem aber muß eine gleichmäßige Versorgung mit Lehrerinnen und Lehrern in allen Teilen des Landes und eine angemessene Sachausstattung gewährleistet sein.

Wie auch immer das Schulleben konkret gestaltet wird, Schule hätte ein Ort zu sein, an denen unsere Kinder erwünscht sind. So manche Äußerungen über die sog. neuen Kinder lassen mich daran zweifeln. Schulen hätten ein Ort zu sein, an dem den Kindern und Jugendlichen Vertrauen und nicht Mißtrauen entgegengebracht würde, an dem sie spielend lernen, also leben könnten, ohne ihre Lebenszeit irgendwelchen fremden Zwecken opfern zu müssen.

Schule hätte ein Ort zu sein, an dem sich alle am Schulleben Beteiligten ohne Mißtrauen begegnen könnten, an dem Demokratie und soziales Miteinander nicht folgenlos diskutiert, sondern gelebt werden.

### Ganztagsangebote an Schulen

Wer einmal einen Blick über den Zaun dieser Republik wagt, wird feststellen, daß beispielsweise in England, Frankreich, Belgien, Norwegen und Schweden ganztägige Betreuung von Kindern längst zur Normalität gehört.

Schule braucht heute mehr freie Zeit, um Kindern als Ergänzung zur Familie einen Entfaltungs- und Begegnungsraum zu geben. Und Eltern haben einen Anspruch darauf, ihre Kinder gut betreut zu wissen, wenn sie berufstätig sind. Nicht zuletzt deshalb spricht Johannes Rau in seinem Regierungsprogramm von der Schule als „Haus des Lernens“. Dieser Begriff legt nahe, daß Schule einerseits nach wie vor Wissen vermitteln, zum anderen aber heute zunehmend mehr Lebensraum für Kinder und Jugendliche werden muß.

Ende Januar war in der Westdeutschen Allgemeinen zu lesen: „Ministerin: Kinder von 8.00 - 13.00 Uhr in die Grundschule - Ridder-Melchers fordert Betreuungsgarantie, damit die Mütter arbeiten gehen können“. Ausgelöst wurden Meldungen wie diese durch den Beschluß der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) auf ihrer Landeskonferenz im Januar 1995. In diesem Beschluß heißt es u.a.: „Priorität muß ab 1995 das Ziel haben, für Kinder und Eltern von Kindern im Grundschulalter zumindest verlässliche Schulanfangs- und Schulschlußzeiten zu erreichen. Die Grundschule von 8.00 - 13.00 Uhr muß in ganz NRW Wirklichkeit werden.“

Der Bedarf an ganztägiger Betreuung in der Schule, insbesondere in der Grundschule von 8.00 - 13.00 Uhr, wird in NRW heute politisch anerkannt und muß Schwerpunkt der Landespolitik in den nächsten Jahren werden. Es wird aber auch deutlich, daß für die Umsetzung angesichts der knappen Kassen der öffentlichen Hand, also des Landes und der Kommunen, neue Strukturen und viel Phantasie gebraucht werden. Deshalb ist es unverzichtbar, das bisherige Nebeneinander von Angeboten schulischer Einrichtungen und anderer Träger

im Sinne einer Ressourcenbündelung zusammenzuführen. Darüber hinaus sollten den Schulen Geldmittel statt Stellen zugewiesen werden, die diese z.B. zur Finanzierung von Honoraren für Personen nutzen können, die Kinder während der unterrichtsfreien Zeit betreuen.

Für die Haushaltsberatungen der SPD-Landtagsfraktion Ende 1994 war der Beschluß des Landesvorstandes der SGK sehr hilfreich. Dort heißt es u.a.: „Städte, Kreise und Gemeinden sind gefordert, mit Unterstützung des Landes entsprechende Lösungen zu finden, wobei die Lage der öffentlichen Haushalte großen finanziellen Anstrengungen Grenzen setzt. Unkonventionelle und kostengünstige Initiativen stehen deshalb im Vordergrund der Überlegung.“

**Wir müssen weiterhin Menschen davon überzeugen, daß Lernen und Leben in einer gemeinsamen Schule für alle einem demokratischen Bildungswesen entspricht.**

Überhaupt läuft in den Kommunen bereits mehr, als viele wissen. Bereits 1992 haben mein Kollege Heinz Hilgers, ehemals jugendpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, und ich eine Umfrage bei den Städten und kreisangehörigen Gemeinden durchgeführt, um herauszufinden, welche Ganztagsangebote bereits in den jeweiligen Gemeinden laufen. Das Ergebnis war erstaunlich. Mit zahlreichen Initiativen und unterschiedlichen Konzepten haben sich viele Städte und Gemeinden längst auf den Weg gemacht, um aus eigener Kraft einen Teil der Versorgungslücke zu füllen.

Gemeinsame Motivation für alle ist, daß Kinder und Jugendliche in einer so gestalteten Schule besser aufgehoben sind als auf der Straße. Gemeinsame Erfahrung ist, daß so manche Erziehungsschwierigkeit im Ganztage besser gelöst werden kann. Dieses Stückchen Ersatzheimat ist für viele Kinder und Jugendliche heute notwendiger denn je. Unser Ziel muß es sein, in den nächsten Jahren mehr Ganztage an allen Schulen, insbe-

sondere die verlässliche Halbtagsgrundschule zu schaffen.

### Die Frage der Schulstruktur ist nicht erledigt

Nach wie vor bin ich zutiefst davon überzeugt, daß innere und äußere Schulreform zusammengehören. Die innere Reform von Schule gelingt dort am besten, wo die äußere Struktur von Schule gemeinsames Leben und Lernen nicht behindert, sondern fördert. Deshalb setzt sich die SPD dafür ein, Lernen und Erziehen in einer gemeinsamen Schule für alle zu organisieren.

Für die Kinder im Alter zwischen 6 und 10 Jahren ist dies in der Grundschule, der von den Eltern am meisten akzeptierten Schule, umgesetzt. Eine gemeinsame Schule für alle auch in den Sekundarstufen gibt es nirgendwo in Deutschland, auch nicht in Nordrhein-Westfalen. In der Sekundarstufe I existiert ein Nebeneinander von Gesamtschulen und Schulen des gegliederten Systems, in der Sekundarstufe II von beruflichem Schulwesen und der gymnasialen Oberstufe. Der Grund liegt darin, daß es noch keinen gesellschaftlichen Konsens darüber gibt, daß Kinder mit unterschiedlichem Lernvermögen, unterschiedlicher Herkunft und Nationalität in einer Schule lernen und leben sollen, um dort die Unterschiedlichkeit zu erfahren und zu respektieren. Insofern spiegelt die in Deutschland vorhandene Schulstruktur den gegenwärtigen Zustand unserer Gesellschaft wider, in der die Bestrebungen zur Ausgrenzung stark sind und von konservativer Seite noch unterstützt werden. Angesichts der schlimmen Ereignisse der Jahre 1992 und 1993 ist es für unsere Gesellschaft wichtiger denn je, daß jeder gesellschaftliche Bereich seinen Beitrag zur Abwehr von Ausgrenzung leistet. Auch deshalb müssen wir weiterhin Menschen davon überzeugen, daß Lernen und Leben in einer gemeinsamen Schule für alle einem demokratischen Bildungswesen entspricht. Daß wir bisher dafür noch nicht alle Menschen gewinnen konnten, spricht nicht gegen die Richtigkeit dieses Ansatzes.

Gesamtschulen mit ihrem vielfältigen und vollständigen Angebot aller Bildungsgänge und Schulabschlüsse, einschließlich der allgemeinen Hochschulreife, sollen auch weiterhin dort einge-

Wer mehr erfahren will, wählt:

**030 - 873 88 65**

Werte Damen und Herren!

Mit milliardenschweren Mehrwertproduzenten (nämlich den Banken, den Versicherungen) haben Sozialistinnen und Sozialisten in aller Regel "Nichts am Hut"! - Dennoch stellt sich gelegentlich auch für Sie und sie die Frage:

*Solidarity forever* oder als "Abweichter" ins Lager der Individualisten wechseln? - Zum Beispiel bei der **Krankenversicherung!**

Für Beamte (ein Diktat unseres Staates) ist ein Wechsel fast Vorschrift; für Freiberufler ist er meist empfehlenswert.

Es gibt aber auch weitere Gründe für die private Vorsorge, Versorgung. - Beispiele:

1) Die "Nachgeborenen" - etwa ab Jahrgang 1957 - können sich auf den Generationenvertrag nicht mehr verlassen. Deren Renten sind selbst bei einer SPD-Regierung nicht mehr sicher! - **Also privat vorsorgen!**

2) Familienväter und -mütter handeln klug, denken sie an die Zukunft ihrer Angehörigen - mit einer zeitlich begrenzten **Risikoversicherung!**

3) Abhängig beschäftigte Berufseinsteiger können bei **Erwerbsunfähigkeit** in den ersten 5 bis 15 Jahren ins soziale *Nichts* stürzen, weil das Instrumentarium der GRV noch nicht greift.

4) Freiberufler sind bei Unfällen ohne gesetzlichen Schutz; Kinder neigen zu einem höchst abenteuerlichen Freizeitverhalten. Beide Gruppen bräuchten eine **Unfallversicherung**.

Denken Sie mal darüber nach!

Falls Sie auch darüber hinaus auch noch in Gruppen arbeiten, die gelegentlich Kulturveranstalter sind: Mein neues Theater-Tournee-Programm **VON FREUD & LEID** - Jüdische Literatur in Wort und Spiel - kann nach Abschluß der Proben "gebucht" werden (Co-Regie führt übrigens der spw-Mitherausgeber Heinz Albrecht, der bekanntlich auch Theaterfachmann ist).

Mit solidarischer Verbundenheit

**KLAUS E. DIEDRICH**

Fax: 030 - 873 97 56

Post: agentur - diedrich

Postfach 310 112 # 10631 Berlin

richtet werden, wo sie von Eltern nachgefragt werden und wo Bedingungen dafür bestehen, daß diese Schulen entsprechend ihrem Bildungsauftrag für unterschiedlich begabte Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Herkunft und Nationalität unterschiedliche Bildungsangebote bereithalten können. Diese Bedingungen müssen zugleich die pädagogische Qualität der Gesamtschule sichern und weitere Errichtungen ermöglichen. Die Qualitätssicherung ist in der gegebenen Wettbewerbssituation insbesondere mit dem Gymnasium von ausschlaggebender Bedeutung für die Akzeptanz der Gesamtschule. Um alle Bildungsgänge und allgemeinbildenden Abschlüsse in den Sekundarstufen I und II anbieten zu können, benötigt die Gesamtschule in der Regel eine Mindestgröße von 4 Zügen und eine eigene

**Lassen wir uns nicht auf Schulverbünde ein, so werden die Probleme einseitig den Hauptschulen aufgebürdet, was unverantwortlich ist.**

gymnasiale Oberstufe. Da bei der Errichtung von Gesamtschulen die Zusammensetzung der Schülerschaft nicht zuletzt durch Standort und räumliche Unterbringung wesentlich beeinflusst wird, muß gesichert werden, daß neue Gesamtschulen an attraktiven Standorten und in geeigneten Schulgebäuden untergebracht werden. Dependancen sind nach Möglichkeit zu vermeiden.

Natürlich tragen wir selbstverständlich Verantwortung für die Kinder, deren Eltern sich nach der Grundschule für das gegliederte Schulsystem entscheiden. Wir sind daher verpflichtet, nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, die die Probleme im gegliederten System in ihren Wirkungen auf Kinder und Jugendliche möglichst abmildern und die Schulträger in die Lage versetzen, sachgerechte örtliche oder regionale Lösungen zu finden. Das sichtbarste Zeichen für die Probleme im gegliederten System ist die hohe Nachfrage nach dem Gymnasium und die dadurch verursachte Abkehr von der Hauptschule. Mit diesem geänderten Schulwahlverhalten kann das gegliederte System nicht fertig werden, denn es ist gekennzeichnet durch eine unterschiedliche Wertigkeit der Schulformen und ih-

res gesellschaftlichen Ansehens. Da der Wunsch von Eltern verständlicherweise darauf gerichtet ist, dem eigenen Kind den Weg zum Abitur zu eröffnen, ist im gegliederten System das Gymnasium zur Mehrheitsschule geworden, während die Hauptschule trotz guter pädagogischer Arbeit und trotz der Möglichkeit zum Erwerb der mittleren Bildungsabschlüsse zu einer Schule der Minderheit geworden ist.

## Verbundsysteme ermöglichen

Um das gegliederte System dort zu erhalten, wo dies gewünscht wird, sind stärkere Kooperationen zwischen diesen Schulformen rechtlich zu ermöglichen. Wenn in einer Kommune oder in einem Stadtteil eine oder mehrere Schulformen des gegliederten Systems, insbesondere die Hauptschule, nicht mehr in organisatorisch eigenständiger Form geführt werden können und der Erhalt aller Bildungsgänge nicht durch Errichtung einer Gesamtschule sichergestellt werden kann oder soll, muß dem Schulträger die gesetzliche Möglichkeit eröffnet werden, die bisher in Schulformen organisierten Bildungsgänge des gegliederten Systems zu organisatorischen Verbänden zusammenfassen. Das hat den Vorteil, daß die für die Fortführung selbständiger Schulen vorgeschriebenen Mindestgrößen bzw. Mindestzügigkeiten unterschritten und die Bildungsgänge des gegliederten Systems als Abteilungen einer Schule unter einer Schulleitung mit abteilungsübergreifendem Lehrereinsatz zusammengeführt werden können. Damit werden gleichzeitig die verfassungsrechtlichen Vorgaben erfüllt, die für die Hauptschule ein Mindestmaß an organisatorischer Selbständigkeit, nicht dagegen eine selbständige Organisationseinheit verlangen. Den Schulträgern soll überlassen bleiben, ob und wie sie den so erweiterten kommunalen Spielraum nutzen wollen. Denn es führt uns nicht weiter, wenn wir vorhandene Strukturen durch „von oben“ verordnete Modelle ersetzen wollen. Vielmehr soll im Konsens der Betroffenen eine Weiterentwicklung der örtlichen bzw. regionalen Schullandschaft und eine Anpassung an ggf. neue Erfordernisse ermöglicht werden.

Leider wurde dieser Ansatz der Verbundschule auf dem bildungspolitischen Parteitag der NRW-SPD im September 1993 mit denkbar knapper Mehrheit ab-

gelehnt. Ich halte ihn dennoch für richtig, weil er aus meiner Sicht die einzige Chance bietet, die strukturellen Probleme im gegliederten Schulwesen zu lösen. Lassen wir uns nicht auf Schulverbünde ein, so werden die Probleme einseitig den Hauptschulen aufgebürdet, was unverantwortlich ist.

## Reform der gymnasialen Oberstufe

Bis Ende 1995 ist ein Vorschlag der Kultusministerkonferenz (KMK) zu erwarten, wie künftig die gymnasiale Oberstufe zu organisieren sei. Ein Anlaß für die Debatte in der KMK ist die sogenannte Studierfähigkeit. Ein Blick zurück in die Bildungsgeschichte macht deutlich, daß Professorinnen und Professoren in schöner Regelmäßigkeit klagen, daß die Abiturientinnen und Abiturienten nicht studierfähig seien. Dies war auch vor der Oberstufenreform 1972 der Fall. Manche scheinen das vergessen zu haben.

Dabei beklagen die Lehrerinnen und Lehrer an den Hochschulen etwas, was eigentlich ganz normal ist: Junge Menschen, die Abitur gemacht haben, ob mit oder ohne Zentralabitur, haben selbstverständlich unterschiedliche Wissensstände und unterschiedliche Schwerpunkte. Auch die Lehrerinnen und Lehrer von weiterführenden Schulen klagen manchmal darüber, was ihnen denn von der Grundschule geliefert werde.

Weil die Hochschulen schon in der Vergangenheit darüber klagten, daß sie mit diesen Abiturientinnen und Abiturienten nichts anfangen könnten, wurden zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen die sogenannten Kernfächer durch Belegungsvorschriften gestärkt bzw. quantitativ ausgedehnt. Ob zum Beispiel durch die auf Druck eben dieser Seite vorgenommene Einführung eines Kurses Literatur die beklagte mangelnde Rechtschreibfähigkeit beheben wird, wage ich zu bezweifeln. Ob die Pflichtbindung Philosophie anstelle von Religion dazu beiträgt, die Welt an sich tiefer zu durchdringen, hängt zumindest mit der Vermittlungskunst des Unterrichtenden zusammen.

Ich halte es für eine Fiktion, mit der quantitativen Ausdehnung des Unterrichts in sogenannten Kernfächern eine Homogenität der Studienanfänger erreichen zu können. Sie werden immer unterschiedlich studierfähig sein. Mit dieser Heterogenität vernünftig umzugehen, ist Aufgabe der Hochschule und ei-

ner darauf abgestellten Hochschuldidaktik.

Es stellt sich die Frage, ob eine Reform der gymnasialen Oberstufe überhaupt notwendig ist. Ich denke, sie ist notwendig. Dafür will ich einige Gründe nennen.

1. In den vergangenen 23 Jahren, also seit der letzten Reform, hat sich die gesellschaftliche Wirklichkeit verändert - sowohl was die Bedeutung von Familie und Erziehung angeht, als auch bezogen etwa auf die technologischen Entwicklungen.

2. Durch die völlig veränderte Kommunikations- und Medienlandschaft haben sich sowohl personale Beziehungen als auch die Art des Lernens verändert.

3. Die Reform der gymnasialen Oberstufe hat vor allem zwei Ziele nicht erfüllt: Die Gleichwertigkeit der Fächer wurde nicht realisiert, einmal durch die immer stärkeren Pflichtbindungen, zum anderen aber auch durch das Wahlverhalten der Jugendlichen selbst. Ihnen wurde oft genug nachgesagt, sie wählten den leichtesten Weg durch die Oberstufe. Unbestritten: einige tun dies. Auch in meiner Schulzeit haben sich einzelne durchs Abitur geturnt und gesungen. Vergessen wird aber, daß kurz nach der Oberstufenreform der Numerus clausus eingeführt wurde, der von außen den Druck auf die Wahl bestimmter Fächer ausübte, so daß die Fächerwahl weniger von Interesse, Begabung und Neigung geprägt war, sondern vielmehr von der Jagd nach Punkten.

Ein Zweites wurde nicht erreicht, nämlich ein verstärktes Lernen an Projekten und das damit verbundene interdisziplinäre Lernen. Lernen ist auch heute eher noch eine Sammlung von miteinander unverbundenen Fakten als miteinander verknüpftes Lernen in unterschiedlichen Disziplinen an demselben Gegenstand.

Der Weg zu einer Reform der gymnasialen Oberstufe kann keine konservative Gegenreform sein, also kein Zurück zum traditionellen Gymnasium mit seinen durchhierarchisierten Fächern. Das sind einmal die „wichtigen“ Fächer Deutsch, Englisch und Mathematik oder die „weniger wichtigen“ Fächer Geschichte, Erdkunde, Biologie und Physik oder aber die gänzlich „unwichtigen“ Fächer Musik, Kunst, Sport, Religion und Politik.

Tröstlich ist, daß selbst die Bayern erkannt haben, daß das gute alte Gymnasium so doll doch nicht gewesen ist.

Es stellt sich also wieder einmal die Frage, was denn heute Schulbildung sein könnte. Ich sage bewußt Schulbildung, weil die Beschreibung dessen, was einen gebildeten Menschen ausmacht, noch viel schwieriger ist. Da sehe ich in der Kultusministerkonferenz vor allem einen hoffnungsvollen Ansatz: Der Streit darüber, ob berufliche Bildung ein Teil der Allgemeinbildung ist, scheint zugunsten der beruflichen Bildung entschieden zu sein. Das finde ich gut. Das läßt hoffen. Aus meiner Sicht gehören zu einer Schulbildung heute zum Beispiel Sprache und Kommunikationsfähigkeit, zum Beispiel Kompetenz im Umgang mit Medien, zum Beispiel Kenntnis über und Verständnis von anderen Kulturen, zum Beispiel Kooperations- und Teamfähigkeit.

Warum also nicht in der gymnasialen Oberstufe ein Profil „Informatik, Kommunikation, Medien“ mit den Schwerpunkten Informatik, Mathematik, Fremdsprache? Warum nicht ein Profil „Sprache und Kulturen“ mit den Schwerpunkten Fremdsprache, Deutsch, Geschichte, Erdkunde im Sinne von gesellschaftlicher Entwicklung im Raum, Kunst? Warum nicht ein Profil „Umwelt“ mit den Schwerpunkten Biologie, Erdkunde, Chemie? Warum nicht ein Profil „Bioethik“ mit den Schwerpunkten Chemie, Biologie, Religion oder Philosophie?

Ich könnte mir gut vorstellen, daß durch eine Veränderung der Eingangsstufe 11 der Unterricht in der gymnasialen Oberstufe sehr viel lebenswirklicher und attraktiver gestaltet werden kann. So wäre zum Beispiel ein betriebliches, schulbegleitendes Praktikum über einen längeren Zeitraum mit dem Ziel denkbar, Berufserfahrung und Berufsorientierung zu gewinnen. Denkbar wäre auch ein Auslandsaufenthalt mit Schulbesuch im Gastland oder, um bestimmte Schülergruppen nicht auszugrenzen, ein Sprachpraktikum in der Heimatstadt mit Native Speakern. Denkbar wäre auch eine Phase des Ausgleichsunterrichts für beispielsweise Quereinsteiger und Quereinsteigerinnen im Sinne der Herstellung von Chancengleichheit.

Ich habe die Sorge, daß die Chance vertan werden könnte, die gymnasiale Oberstufe zeitgemäß und entwicklungs-offen zu reformieren. Es reicht nicht, nur über Studierfähigkeit zu sprechen. Es wäre wichtig, die Chance zu nutzen, auch um ein wenig Langeweile aus der Schule zu vertreiben.

# Innere und äußere Reform der Schulen miteinander verzahnen

Schulpolitische Ziele von Bündnis '90/Die Grünen

von Brigitte Schumann\*

**1. These:** Die innere Reform der Schulen ist angesichts veränderter Kindheit und Jugend und neuer gesellschaftlicher Anforderungen an die Einzelnen unverzichtbar. Wir wollen weg von den Schulen als Lehranstalten. Schulen müssen soziale und demokratische Lebensorte werden, die sich nach außen öffnen. Wir sind es den Kindern und Jugendlichen schuldig, daß Lernen und Leben eng aufeinander bezogen werden. Nachhaltiges Lernen findet dann statt, wenn die Schülerinnen und Schüler sich akzeptiert fühlen, Mitbestimmungsrechte haben und den Sinn des Lernens verstehen. Lernen ohne soziale Beziehungen und Bezüge bleibt unproduktiv.

**2. These:** Die innere Reform, die auch größere Eigenverantwortung der einzelnen Schule mit einschließt, hat bei all ihrer pädagogischen und gesellschaftspolitischen Bedeutung - nicht die Reichweite, um alle Probleme des jetzigen Schulsystems zu lösen. Nur im Zusammenhang mit einer äußeren Schulstrukturreform können langfristig die Ursachen für die Krise der Schulformen in der Sekundarstufe I und II beseitigt werden. Aktuelle Tendenzen, von drängenden Schulstrukturfragen mit Autonomiediskussionen für die einzelne Schule abzulenken, haben politisch Konjunktur. Dieser neuen „Bescheidenheit“ versagen wir uns. Wir können sie uns einfach nicht länger leisten, denn die bildungspolitischen Hypotheken des Schulsystems lasten schwer auf den Zukünften der Kinder und Jugendlichen.

## Strukturelle Gewalt in Schulen

**3. These:** Es ist an der Zeit, nach der Abschaffung der Prügelstrafe die staatlichen Schulen auch unter dem Aspekt ihrer strukturellen Gewalt zu durchleuchten und die Dinge beim Namen zu nennen. Strukturelle Gewalt in Schulen

\* Brigitte Schumann, bildungs- und kulturpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen im nordrhein-westfälischen Landtag

meint alle Formen der Benachteiligung, der Diskriminierung und des Zwangs, die über die organisierten Verteilungskämpfe um Noten und Zeugnisse und Berechtigungen, über Separierung, Ausgrenzung und Aussonderung auf die Kinder und Jugendlichen ausgeübt werden. Die innere Reform kann die Existenz der strukturellen Gewalt im gegliederten Schulsystem nicht beseitigen. Wir gehen davon aus, daß die Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen, die außerhalb der Schule ihre Entstehung hat, durch soziale Desintegrationsprozesse und emotionale Verletzungen in der Schule leider verstärkt, statt gemindert werden.

**4. These:** Die selektiven Schulstrukturen des gegliederten Systems reproduzieren die bestehende gesellschaftliche Ungleichheit. Die soziale Herkunft und nicht die tatsächlichen Fähigkeiten, Begabungen und Neigungen entscheiden in den meisten Fällen über den Verlauf von Bildungslaufbahn und Lebensbiographie. Die Bildungsverlierer sind ethnische Minderheiten, sozial benachteiligte Deutsche und Behinderte. Nur vordergründig lassen sich Bildungsgewinner ausmachen. Auch ihnen wird die Erfahrung der Vielfalt vorenthalten. Ihre Chancen, Friedensfähigkeit und solidarisches Zusammenleben in der Schule zu erlernen, werden verringert über die Verteilungskämpfe beim Erwerb von Abschlüssen.

**5. These:** Auch die Probleme der Gesamtschule sind wesentlich den politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geschuldet, die auf sie eingewirkt haben und noch einwirken. Dies gilt insbesondere für das Nebeneinander von gegliedertem und integriertem Schulsystem sowie die erwungene Anpassung an den Leistungsbegriff des gegliederten Schulsystems. Nicht die Abschaffung der Gesamtschule, sondern ihre Verbesserung und Weiterentwicklung ist Ziel grüner Bildungspolitik.

**6. These:** Die innere Reform kann auch die konkreten Probleme, vor denen Schulträger heute stehen, nicht lösen.

Das veränderte Schulwahlverhalten macht es kleinen Gemeinden unmöglich, ein vollständiges, wohnortnahes Schulangebot für die Sekundarstufe anzubieten. Im schlimmsten Fall droht der Verlust des einzigen Schulstandortes.

**7. These:** Um die Bildungswege in der Sekundarstufe II gleichwertig zu machen, bedarf es mehr als nur einer inneren Schulreform. Die Spaltung zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung und die damit verbundenen unterschiedlichen Wertigkeiten - mit den sattsam bekannten Folgen eines immer deutlicher sich abzeichnenden FacharbeiterInnenmangels - haben in Deutschland Tradition. Die Spaltung kann langfristig im schulischen Bereich nur überwunden werden über die Realisierung der integrierten Stufenschulen in der Sekundarstufe I und II.

**Fazit:** Das langfristig herzustellende Politikziel der Grünen ist die integrierte Stufenschule. Sie umfaßt den Bereich der 6-jährigen Primarstufe, der sich vierjährige Bildungsgänge der Sekundarstufe I und dreijährige Bildungsgänge der Sekundarstufe II anschließen. Nach der Grundschule folgt die Schule für Heranwachsende. Sie ist eine pädagogische Weiterentwicklung der integrierten Gesamtschulen und danach schließen sich Bildungsgänge für junge Erwachsene an, in denen die allgemeine und die berufliche Bildung miteinander verbunden bzw. verzahnt werden.

**Einwände:** Der Vorwurf, wir würden die gewachsenen Strukturen übersehen, stimmt nicht. Wir planen nicht auf der „grünen Wiese“. Schließlich knüpfen wir nicht nur an reale Probleme des jetzigen Systems an, sondern auch an schon bestehende integrierende Schulstrukturen in NRW selbst. Diese drohen allerdings zu Bildungsruinen zu verkommen, wenn sich niemand darum kümmert. Welch eine finanzielle Verschwendung von schon geleisteten Investitionen in den erfolgreichen Kollegschulversuch, wenn er jetzt ohne Folgen für das überholungsbedürftige Berufsbildungssystem abgesetzt wird.

Der Vorwurf, wir würden die Kosten der Bildungsreform ignorieren, stimmt nicht. Im Gegenteil, wir wollen der Landesregierung dazu verhelfen, von den teuren und problematischen Doppelstrukturen eines segregierenden und integrierenden Schulsystems wegzukommen. In etlichen Bereichen läßt sich eine Senkung der Kosten durch alternative Schulstrukturen nachweisen. Wir stärken die pädagogische und organisatorische Leistungsfähigkeit der Schulanbieter, erhöhen ihre Durchlässigkeit, Kooperation und Flexibilität und erhalten, gemessen an dem Nutzen, kostengünstigere Modelle als die bisher störanfälligen Systeme. Und da, wo die Kosten steigen, reklamieren wir den Mehrbedarf als präventive Kinder- und Jugendarbeit, die keine Verschwendung ist, sondern im Endeffekt billiger als nachsorgende Maßnahmen.

In unserem Schulreformgesetz von März 1994, das in dieser Legislaturperiode aus Zeitmangel nicht behandelt wurde, haben wir einen Gesetzgebungsvorschlag für die Reform der Schulstrukturen gemacht. Wir werden ihn in der nächsten Legislaturperiode wieder auf die Tagesordnung setzen.

## Entwurf eines Schulreformgesetzes

Die zentralen Änderungen im grünen Schulreformgesetz:

**1.** Wir fordern die sechsjährige Grundschule, wobei die Klassen 5 und 6 die Erprobungsstufe darstellen und vorübergehend auch an den weiterführenden Schulen eingerichtet werden können; wenn wegen steigender SchülerInnenzahlen im Grundschulbereich dies mit den bestehenden Gebäuden nicht zu realisieren ist.

Die 6-jährige Grundschule, wie in Berlin und Brandenburg, ist eine pädagogisch und gesellschaftspolitisch sinnvolle Antwort auf veränderte Kindheit heute, aber auch auf die noch bestehenden selektiven Schulstrukturen des gegliederten Systems. Wir halten es für verantwortungslos, Kinder so früh der Selektion, dem Konkurrenz- und Leistungsdruck auszusetzen. Über die Schulwahl nach Klasse 6 entscheiden die Eltern mit ihren Kindern auf Grund eingehender Beratung durch GrundschullehrerInnen. Das bedeutet, daß die bisherige Grundschulempfehlung, die auch noch heute die gewünschte Schulwahl verhindern kann, abgeschafft ist.

Damit und mit der Vorschrift, die einmal aufgenommen SchülerInnen nur auf ihren ausdrücklichen Wunsch und den ihrer Eltern auf eine andere Schulform überweisen zu können, wollen wir die Notwendigkeit für alle Schulformen schaffen, sich über die angemessene Förderung und Formen der Leistungsdifferenzierung Gedanken zu machen. Damit wird die Hauptschule von ihrem erdrückenden Auftrag, das Auffangbeken für in anderen Schulformen gescheiterte SchülerInnen zu sein, befreit. Fördern statt selektieren, soll für alle Schulformen gelten!

**2.** Wir ermöglichen die Verbundschule. Der Schulträger soll Verbundschulen errichten können, wenn eine integrierte Gesamtschule am Ort nicht zustande kommt. In Verbundschulen wer-

Die innere Reform kann die Existenz der strukturellen Gewalt im gegliederten Schulsystem nicht beseitigen. Das langfristig herzustellende Politikziel der Grünen ist die integrierte Stufenschule.

den die Bildungsgänge der Hauptschule, der Realschule und des Gymnasiums unter einer Schulleitung und einem Kollegium zusammengeführt. Die Schulkonferenzen bestimmen die Art und den Umfang schulformübergreifenden Lernens. Der Einsatz der KollegInnen erfolgt schulformübergreifend. Die Unterschreitung der Mindestzügigkeit in einem Bildungsgang kann durch entsprechend höhere SchülerInnenzahlen in anderen Bildungsgängen flexibel ausgeglichen werden. Verbundschulen können auch durch den Zusammenschluß zweier Bildungsgänge entstehen.

**3.** Wir organisieren die Sekundarstufe II der Gymnasien und der Gesamtschulen - nach einer angemessenen Übergangszeit für die Schulträger - in Oberstufenzentren. Das Gymnasium und die Gesamtschule können nur in Ausnahmefällen als Schulen der Sekundarstufe I und II geführt werden, und zwar dann, wenn den SchülerInnen unzumutbar weite Wege entstehen. Ober-

stufenzentren sollen in der Regel allgemeinbildende Angebote und Angebote der Berufsbildung sowie der Berufsvorbereitung umfassen. Dies kann durch einen kooperativen Verbund mit einer beruflichen Schule oder durch die Ausweisung des Oberstufenzentrums als Kollegschule sichergestellt werden.

**4.** Bündnis '90/Die Grünen wollen die Zusammenführung des zergliederten beruflichen Schulwesens in integrierten, doppelqualifizierenden Bildungsgängen. Die im Versuch erprobte Kollegschule ist geeignet, über die Integration beruflicher und allgemeinbildender Inhalte die Qualifikation des Berufabschlusses im dualen System mit dem Erwerb von Fachhochschulreife und Allgemeiner Hochschulreife zu koppeln. Die Kollegschule ermöglicht die notwendige, kritisch reflektierende Auseinandersetzung mit dem praktisch erfahrenen beruflichen Tätigkeitsbereich. Sie kann damit das Bewußtsein und die Kompetenz für die individuelle und gesellschaftliche Verantwortung im beruflichen Handeln der Einzelnen fördern.

**5.** Wir schlagen vor, Sonderschulen für Lernbehinderte, Sprachbehinderte und Erziehungshilfe nach einer angemessenen Übergangszeit geordnet aufzulösen und zu ersetzen durch die integrierte Regelschule. Wir finden uns nicht damit ab, daß Kinder mit Sozialisationsschäden und fehlender Förderung in den Regelschulen zu Behinderten gemacht werden. Alle anderen Sonderschulen werden mit der Einführung des Rechtsanspruchs auf gemeinsames Lernen Angebotsschulen.

Weitere wichtige Änderungen in unserem Gesetzesentwurf will ich nur andeuten: die erleichterte Umwandlung der öffentlichen Konfessionsschulen in öffentliche Gemeinschaftsgrundschulen, die Förderung von Stadtteil- und Wohnumfeldschulen, die Grundschule als volle Halbtagschule für alle Kinder, eine Neufassung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule.

Die größere Eigenverantwortung der einzelnen Schulen, die erweiterten Rechte der SchülerInnen im Rahmen von Schulmitbestimmung, eine reformierte LehrerInnenausbildung und -fortbildung, die Stärkung der beratenden Funktion der Schulaufsicht und nicht zuletzt eine bildungsoffene Einstellungspolitik sind notwendig, damit die Schulen sich im Sinne der Reform verändern können.

# Wohin die Reise geht und wohin sie gehen sollte

Bildungspolitik aus SchülerInnen-sicht

von Sebastian Jobelius und Janis Vougioukas\*

Fünf Jahre nach dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik befindet sich die bundesrepublikanische Gesellschaft in noch nie dagewesenen Verteilungskämpfen. Die UnternehmerInnenverbände versuchen, die Zeit knapper Kassen zu nutzen und sich endgültig von dem „Sozialen“ an der Marktwirtschaft zu verabschieden. Im Rahmen der „Standortdebatte“ werden soziale und gesellschaftliche Errungenschaften der keynesianisch-wohlfahrtsstaatlichen Politik der 60er und 70er Jahre in Frage gestellt. Die Kohl-Regierung forciert ihre 1982 eingeleitete Umverteilungspolitik.

Das von den Konservativen losgetretene und alle gesellschaftlichen Bereiche umfassende „neokonservative Projekt“ dient zur Straffung und Vollendung der Leistungsgesellschaft. Dabei ist gerade unser Bildungssystem mit den fortschrittlichen Veränderungen der 60er und 70er Jahre, wie beispielsweise der Einführung des Kurssystems in der gymnasialen Oberstufe, der Gesamtschule, der Schulmitwirkungsgesetze und der Aufwertung der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer, besonderes Angriffsziel neokonservativer Politik geworden. Exemplarisch dafür ist die momentan in Ausschüssen, Hinterzimmern und teilweise auch in der Öffentlichkeit geführte Debatte um die Reform der gymnasialen Oberstufe: Einschränkung der Wahlfreiheiten für Schülerinnen und Schüler, Aufwertung der sogenannten Kernfächer (Deutsch, Mathematik, Fremdsprache), Unterrichten im Klassenverbund, Zentralabitur und Erhöhung der Zahl der Prüfungsfächer sind die zentralen Forderungen.

Die Folgen wären eine Zementierung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit und verstärktes soziales „Creaming“, also die Spaltung der SchülerInnen in eine hochgebildete Produktionselite und

ein „quotiert nach Qualifikationen“ ausgebildetes Bildungsproletariat.

## Veränderte Ansprüche an Bildung

Durch die Abkehr von der tayloristischen Arbeitsteilung und die zunehmende Tertiärisierung des Erwerbsbereiches sind neue Qualifikationen der SchulabgängerInnen nötig geworden und die Industrie hat einen neuen Bildungsanspruch definiert.

So schrieb das IHK-Magazin *Wirtschaft im Revier* in der Ausgabe März '95: „Jugendliche sollten von der Schule Neugierde und Lust auf Neues mitbringen und diese in der Ausbildung aktivieren.“ Desweiteren wird die Vermittlung von „sozialen Kompetenzen“ sowie von „Kritikfähigkeit“, „Kreativität“ und „Teamfähigkeit“ gefordert.

Trotz der punktuellen Überschneidungen mit einem fortschrittlichen Bildungsideal ist eine „Zweckkoalition“ zwischen Kapital und ReformpädagogInnen unwahrscheinlich, zu sehr unterscheiden sich die Hintergründe, aus denen die Forderungen und Konsequenzen erwachsen. So schrieb beispielsweise das IHK-Magazin weiter: „Das Schlüsselwort der 70er und 80er Jahre 'Emanzipation' ist zwar nicht obsolet, darf jedoch nicht länger das überragende oder gar einzige Leitziel der Erziehung bleiben.“

## Ansprüche an die Bildungspolitik aus Sicht der SchülerInnen

Die Hauptbetroffenen des Bildungssystems sind die SchülerInnen. Auffällig ist, daß in allen Bundesländern, bei allen bildungspolitischen Debatten in fast allen Parteien, Verbänden und Institutionen, ihr Wille weder momentan eine Rolle spielt, noch jemals eine gespielt hat. Ob es um Schulstruktur, Schulzeitverkürzung oder um die „Reform“ der gymnasialen Oberstufe ging, die

SchülerInnen, bzw. ihre Vertretungen, wurden nie wirklich in Entscheidungs- und Meinungsbildungsprozesse eingebunden. Selbst fortschrittliche PädagogInnen vergessen in ihrem Forderungskatalog meist, die Aufwertung der Entscheidungskompetenzen der Schülerinnen und Schüler zu erwähnen oder halten das sogar nicht für sinnvoll.

## Autonome demokratische Schulen!

Anders als während der Zeit der schulischen Reformen der 60er und 70er Jahre geht es in den „bildungspolitischen“ Debatten der Parlamente heute nicht mehr in erster Linie um pädagogische, wirtschaftliche oder gesellschaftliche Anforderungen an das Schulsystem, sondern meist um die Frage der Effizienz und der Einsparungsmöglichkeiten.

Unter dem Titel „Autonomie von Schulen“ versuchen viele SPD-Landesregierungen, beherrscht von der Angst, durch schulpolitische Entscheidungen Profil zu zeigen und sich dadurch bestimmten WählerInnengruppen zu verschließen, finanzielle und strukturelle Verantwortung von sich nach unten zu verlagern. Die einzelne Schule vor Ort soll Probleme des Systems besser lösen und Mängel besser verwalten können, als die Landespolitik. Eine Dezentralisierung von bildungspolitischen Entscheidungen bedeutet jedoch nicht unbedingt auch eine Stärkung der Entscheidungskompetenzen der eigentlich Betroffenen des Schulsystems: der SchülerInnen. So verkündete der NRW-Kultusminister Hans Schwier im Februar auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung, daß Gestaltungsautonomie für Schulen seiner Meinung nach „mehr Rechte für Schulleitung und Schulkonferenz“ bedeutet.

Formale Vertretungen der Schülerinnen und Schüler gibt es in den meisten Bundesländern auf fast allen parlamentarischen Ebenen. Die Mitwirkungsmöglichkeiten der S(M)Ven sind jedoch unterschiedlich. Während die SchülerInnen(vertretungen) an den

Schulen, fast in allen Bundesländern den Schulkonferenzen mit 25% (bestenfalls 33%) vertreten sind, hört die „Entscheidungskompetenz“ damit auch schon auf. Auf Stadt-, Kreis-, Landes-, oder Bundesebene sind Mitentscheidungsmöglichkeiten nicht gegeben, Mitsprache wird höchstens großmütig durch persönliche Gespräche mit Abgeordneten eingäumt, Antrags- oder gar bildungspolitisch suspensives Vetorecht fehlt in allen Landtagen und Schulausschüssen. Die Möglichkeiten der SchülerInnen mitzugestalten beschränken sich meist also lediglich auf die Wahl der zu lesenden Lektüre in sprachlichen Fächern, selbst da ist aber letztlich der Wille des/der LehrerIn entscheidend. Damit steht das Schulsystem im Widerspruch zu den durch zunehmende Individualisierungstendenzen gesteigerten Partizipationsansprüchen der Schülerinnen und Schüler, die heutzutage ein stark gewachsenes Interesse an selbstbestimmter Planung und Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes haben, wozu die Möglichkeiten in der Gesellschaft während der letzten Jahre ebenfalls gestiegen ist.

Anstatt sich also an den Bedürfnissen und den Lebensgewohnheiten der SchülerInnen zu orientieren, sie als handelnde Subjekte mit eigenen Ansprüchen ernstzunehmen und dadurch positive Identifikationsmöglichkeiten zu bieten, kommt es durch überkommene Autoritätsstrukturen zu einer Entfremdung der SchülerInnen von der Schule, was dieser die Erfüllung ihrer gesellschaftlichen Aufgabe erschwert. Mehr Gestaltungsautonomie für die einzelne Schule darf also nicht bloß eine Stärkung der Schulleitung bedeuten, sondern muß einhergehen mit einer umfassenden Demokratisierung des Schulsystems und Schullebens. Sämtliche die Schule betreffenden Beschlüsse müssen von allen am Schulleben beteiligten Gruppen getroffen werden, ohne den Grundsatz der staatlichen Verantwortung für das Bildungssystem in Frage zu stellen.

## Eckpunkte einer demokratischen autonomen Schule:

- Die Schulkonferenz muß gestärkt werden und soll neben formal-organisatorischen Aufgaben auch die pädagogische Gestaltung des Unterrichts festlegen. Die Stimmenanteile sollten zu 50% bei den LehrerInnen und zu 50% bei den

SchülerInnen liegen. ElternvertreterInnen (allerdings nur in der Sekundarstufe I, also den Jahrgangsstufen 5 bis 10) sowie Delegierte des nicht-lehrenden Personals der Schule sollten ihr ebenfalls mit beratender Stimme angehören.

- Die Schulleitung, die die Schule nach außen hin vertritt, führt Beschlüsse der Schulkonferenz aus, koordiniert den schulischen Betrieb und vermittelt bei Konflikten. Auch an der der Leitung Schule müssen alle Gruppen beteiligt sein. So sollten nicht-lehrendes Personal, SchülerInnen und LehrerInnen jeweils für ein Jahr eineN VertreterIn in das dreiköpfige Gremium entsenden. Der Einfluß des Schulleitungsteam ist so weit wie möglich zu begrenzen.

- Auch bei formaler Gleichberechtigung von SchülerInnen und LehrerInnen, werden die SchülerInnen stets rhetorisch und fachlich unterliegen. Um ihren Meinungsbildungsprozeß zu verbessern, ist es daher wichtig, daß sie das Recht bekommen, nach eigenem Ermessen Klassen-, Jahrgangsstufen- oder Vollversammlungen abzuhalten.

- Die Arbeit der SchülerInnenvertretungen muß auf allen Ebenen finanziell abgesichert werden. Demokratischer als Alibiveranstaltungen wie Jugendbeiräte ist es, den Vertretungen der SchülerInnen und Schüler ein Antrags- und Mitspracherecht in den Parlamenten einzuräumen.

- Sinnvoll wäre die Gründung von Bildungsräten: Gremien, die sich aus demokratisch legitimierten VertreterInnen der SchülerInnen, der LehrerInnen, der zuständigen Behörden, der Eltern und anderer gesellschaftlich relevanten Gruppen zusammensetzen und die, von der Schule an, auf allen Ebenen existieren sollten. Sie hätten die Aufgabe, sich mit bildungspolitischen Neuerungen auseinanderzusetzen und schulpolitische Konzepte für die jeweilige Ebene zu entwickeln. Natürlich müßten die Bildungsräte sowohl in den entsprechenden parlamentarischen Ebenen beratend vertreten

sein als auch über Initiativ- und Anhörungsrecht verfügen.

- Auch die Rolle der Schulbehörden muß sich ändern. Weiterhin zu sichern bleibt die Kontrolle über staatliche Vorgaben, stärker betont werden sollte die Rolle als Berater. Die Schulaufsicht sollte die Schulen wesentlich stärker vernetzen, Hilfestellung bei Problemen leisten.
- Die Schule muß frei über die Gelder, die ihr je nach Größe zugeteilt werden



sollten, verfügen können, feste Hausaltsposten sollten einer freien Verfügbarkeit weichen. Den Schulen sollte ein Deckungs- und Übertragungsrecht eingeräumt werden, ein Haushaltplan sollte von der Schulkonferenz beraten und beschlossen werden. „Schoolsponsoring“ durch die Industrie sowie andere Finanzierungsmöglichkeiten über Drittmittel sind abzulehnen, Bildungsfinanzierung muß weiterhin Staatsaufgabe bleiben, um „Ghettoisierung“ zu vermeiden und Chancengleichheit zu ermöglichen.

## Schulstruktur und Chancengleichheit

Der Grund, warum Schülerinnen und Schüler nach vier, in Ausnahmen wie

\* Sebastian Jobelius, Kreuztal, Mitglied im Juso-Landesvorstand NRW, Janis Vougioukas, Hattlingen, Mitglied im Juso-Bezirksvorstand Westliches Westfalen.

Berlin nach sechs Jahren, Grundschule auf unterschiedliche Schultypen aufgeteilt werden, wird von Konservativen nicht einmal verschleierte: Das Gymnasium hat die Aufgabe, seinen SchülerInnen eine umfangreiche - wenn auch überholungsbedürftige - Allgemeinbildung mit auf den Lebensweg zu geben, sie zu VerantwortungsträgerInnen und StudentInnen zu befähigen, sie also zur gesellschaftlichen Elite heranzubilden. Die Realschule soll ihre SchülerInnen auf ein Leben im Mittelstand, als Verwaltungsangestellte und BüroarbeiterInnen vorbereiten, und die Hauptschule hat die Aufgabe Nachwuchs für Handwerk und Fließband zu "produzieren".

"Schick' Dein Kind auf bessere Schulen" lautete das Motto der Bildungsreformen während der 70er Jahre, als Politik und Wirtschaft die Bedeutung der Bildung für ökonomischen Fortschritt erkannten. Die Folgen sind seitdem nahezu konstant steigende GymnasiastInnenquoten zu Lasten der Hauptschulen, die zur Restschule für soziale und pädagogische Problemfälle verkommen ist und vielerorts vor ernsthaften Existenzproblemen steht. Doch auch das Gymnasium ist durch die steigenden SchülerInnenzahlen und damit immer heterogener werdende SchülerInnenenschaft vor ernsthafte Probleme gestellt worden und ist veränderten Problemen mit veralteten Konzepten natürlich nicht gewachsen.

Obwohl der Anteil der SchülerInnen aus den sogenannten "bildungsfernen Schichten", die das Gymnasium besuchen, in den letzten 25 gestiegen ist, sind wir noch immer weit von Chancengleichheit im Bildungssystem entfernt. Ungerechtigkeiten bestehen nach wie vor, haben sich aber auf ein höheres Niveau verlagert (Fahrstuhleffekt). Noch immer ist eine gymnasiale Laufbahn einem Beamten- und AkademikerInnenkind quasi in die Wiege gelegt, noch immer ist sie untypisch für ArbeiterInnenkinder. Das hat mehrere Gründe: ArbeiterInnenkinder kommt zu Hause nicht die gleiche Förderung zu wie Kinder gehobenerer Schichten. Finanziell benachteiligten Eltern ist es nicht ohne weiteres möglich, ihren Kindern teure Nachhilfestunden und Auslandsaufenthalte zu finanzieren. Ebenso können sie ihren Kindern nicht die Unterstützung geben wie Eltern mit akademischen Abschlüssen, bewegen sich und wohnen in völlig anderen Umfeldern, haben andere Interessen und geben dadurch natürlich auch andere weiter.

Ein Modell, das einen großen Fortschritt gegenüber dem gegliederten Schulsystem bedeutet, inzwischen aber auch von den einstigen VertreterInnen ad absurdum geführt worden ist, ist das der Integrierten Gesamtschule (IGS). Konzeptionell ist die IGS die Schule für alle SchülerInnen, die "sozialistische Einheitsschule", wie konservative BildungspolitikerInnen sagen würden. Nach ihrer Einführung als Schulversuch vor 25 Jahren traute sich die SPD jedoch nicht den eigentlich logischen Folgeschritt zu tun und das gegliederte Schulsystem abzuschaffen und vollständig durch Integrierte Gesamtschulen zu ersetzen, sondern machte die Gesamtschule still und leise zur vierten Säule des Systems. Damit steht die IGS in unmittelbarem Konkurrenzkampf zu dem Gymnasium, einem Kampf, den die IGS

Die SchülerInnen wurden nie wirklich in bildungspolitische Entscheidungs- und Meinungsbildungsprozesse eingebunden.

verlieren muß, ist sie doch die Schule, die oft "RückläuferInnen" des Gymnasiums sowie typische Haupt- und RealschülerInnen auffangen muß.

Die IGS ist auch die Schule fortschrittlicher Pädagogik und alternativer Unterrichtsmethoden. Oft wird der Unterricht nach dem Team-Kleingruppen-Modell (TKM) praktiziert, ein Modell, bei dem SchülerInnen mit verschiedenen Abschlusserwartungen gemeinsam und selbständig arbeiten und sich dabei soziale Kompetenzen aneignen, miteinander umzugehen und zu kommunizieren lernen. Aber auch Projektunterricht, fächerübergreifendes Arbeiten, Arbeitsgemeinschaften und Berufspraktika sind an Gesamtschulen Realität. Leistungsprobleme werden in der Integrierten Gesamtschule innerhalb des Klassenverbandes gelöst. Bei "Versagen" gibt es kein Sitzenbleiben, was einen wesentlichen streßfreieren Schulalltag ermöglicht und verhindert, daß die Klassenverbände zu Anfang jeden Schuljahres neu zusammengewürfelt werden.

Seit 25 Jahren gibt es nunmehr die Integrierte Gesamtschule, ständig werden neue Gesamtschulen gegründet, in

NRW werden im Schuljahr 1995/96 10.000 SchülerInnen keinen Gesamtschulplatz bekommen können. In einigen SPD-regierten Bundesländern ist sie bereits zweitgrößte Schulform. Die Gesamtschule muß weiter ausgebaut werden, sie ist eine Voraussetzung für Chancengleichheit im Bildungssystem, ermöglicht sie doch allen Schülerinnen und Schülern, das Abitur zu bekommen. An Gesamtschulen haben beispielsweise 2-3 mal mehr ArbeiterInnenkinder einen höheren Schulabschluß erreicht als auf den anderen Schulformen.

Zwar ist das "katholische ArbeiterInnenmädchen vom Lande" nicht mehr die Personifizierung aller Unterdrückungen im Schulsystem, ein Stadt-Land-Gefälle beim Schulwahlverhalten läßt sich dennoch feststellen. Die Integrierte Gesamtschule ist die Schulform, der es möglich ist, wohnortnah alle Bildungsabschlüsse anzubieten, und das, wie der Kölner Regierungspräsident Antwerpes formuliert, "sogar 20% billiger als das gegliederte Schulsystem". Das würde den Schulen auch ermöglichen, zu Stadtteilschulen mit breitgefächertem außerschulischem Programm zu werden. Der Idealzustand wären Stadtteilschulen mit Ganztagsbetrieb, die lokalen Jugendorganisationen und -initiativen ein Forum bieten und diese punktuell sogar in den Unterricht einbinden.

Die Abschaffung des gegliederten Schulsystems ist momentan gesellschaftlich nicht durchsetzbar. Zu heilig ist das Gymnasium, oft zu verufen die "Restschule" Gesamtschule. Dennoch gibt es keinen vernünftigen Grund, vom Leitbild der Integrierten Gesamtschule als eine Schule für alle Kinder abzurücken.

Ein möglicher Weg hin zu einem gerechteren Schulwesen, ist der Weg der "regionalisierten Schulstruktur", der auf einem Konzept des Dortmunder Institutes für Schulentwicklungsforschung (ISF) basiert. Basis der Konzeption ist dabei die Annahme, daß die Gesamtschule die einzige Alternative zum gegliederten Schulsystem darstellt, die in der Lage ist, aktuelle Probleme zu lösen und Chancengleichheit herzustellen. Ziel des Modells ist die Etablierung einer Schulstruktur, die auf regional unterschiedliche Gegebenheiten eingeht, die Entwicklung von Gesamtschulen aber dennoch offenhält.

Die Orientierungsstufe (5. und 6. Klasse) soll in allen Schulformen gleich sein. Die weiteren Jahrgänge der Sekundarstufe I sollen zwar ihr jeweils ei-

genes Schulprofil nicht völlig aufgeben, aber gemeinsam ein Verbundsystem bilden, so daß in jedem Fall ein wohnortnahes Schulangebot gesichert werden kann. Es sollte, nach dem Modell, schulformübergreifende Lerngruppen geben, Stundentafeln und Curricula werden schrittweise angeglichen, LehrerInnen unterrichten schulformübergreifend und einmal aufgenommene SchülerInnen dürfen nicht mehr abgeschoben werden. Grundsätzlich sollten die Schulen verpflichtet sein, alle SchülerInnen aufzunehmen.

Die Sekundarstufe II sollte schließlich völlig vom Gymnasium abgekoppelt werden und in Oberstufenzentren unterrichtet werden, die der bisher nur in NRW existierenden Kollegschule ähneln und berufliche und allgemeine Bildung integrieren sollten. SchülerInnen aller Schulformen muß der Besuch dieser Oberstufenzentren ermöglicht werden. Dadurch würde Abiturvorbereitung nicht alleinige Aufgabe des Gymnasiums bleiben, die Schulformen würden sich weiter angleichen. Neben diesem Verbundsystem mit Oberstufenzentren sollte alternativ weiterhin die Integrierte Gesamtschule existieren, Mischformen der Systeme in einer Region sind jedoch zu vermeiden, da die Gesamtschule nicht Systemanhängsel, sondern Alternative sein sollte.

## Perspektiven und mögliche Entwicklungsszenarien

Wohin die Reise gehen wird, ist ungewiß. Sicher ist nur, daß Bildungspolitik in Zukunft stärker als jemals zuvor von finanzpolitischen Erwägungen geleitet sein wird. Motoren für eine fortschrittliche Schul- und Bildungspolitik sind derzeit nicht erkennbar. Die Sozialdemokratie stiehlt sich aus der Verantwortung und vermeidet bildungspolitische Reformorientierungen aus Angst, dadurch WählerInnen zu verlieren und den Konservativen Angriffsfläche zu bieten. In einigen Bundesländern betreibt die SPD rückschrittliche Entwicklungen sogar maßgeblich mit. So fordert die rheinland-pfälzische SPD/FDP-Landesregierung in der KultusministerInnenkonferenz, daß zur Zulassung zum Abitur eine durchgängig gymnasiale Schullaufbahn notwendig sein soll, eine Forderung, die soziale Ungerechtigkeiten im Schulsystem verhärtet.

Oft sind SPD-Landesregierungen wie in NRW oder derzeit in Niedersachsen finanziell die Hände gebunden, es wird kein Spielraum für Neueinstellungen gesehen und am liebsten dort gespart, wo mit den geringsten Protesten zu rechnen ist und Einsparungen und Kürzungen sich kurzfristig am leichtesten auffangen lassen: im Schulsystem. Was macht es auf den ersten Blick schon für einen Unterschied, wenn die LehrerInnen-SchülerInnen-Relation um vier bis fünf SchülerInnen erhöht oder eine Wochenstunde gestrichen wird?

Natürlich gibt es auch in der SPD noch immer viele reformorientierte BildungspolitikerInnen. So sind GewerkschafterInnen, Jusos und die Arbeitsgemeinschaft für Bildungspolitik in der SPD (AfB) eindeutig fortschrittlich, sie sind jedoch auf den von Antragskommissionen und Landesvorständen (die wiederum weitgehend Vorgaben SPD-geführter Landesregierungen folgen) gelenkten Parteitag machtlos und in den Parlamenten gegenüber Fraktionsvorständen und FinanzpolitikerInnen ebenfalls hilflos.

Am nächsten an den Forderungen der SchülerInnenvertretungen liegen die Grünen, die in NRW beispielsweise Gesetzentwürfe zur Reformierung des Schulmitwirkungsgesetzes gemeinsam mit den Juso-SchülerInnen und der LandesschülerInnenvertretung diskutierten und schrieben. In den Parlamenten haben die Grünen es jedoch einfach: Was sie fordern wird meist ohnehin abgelehnt, muß also weder juristisch wasserdicht, pädagogisch perfekt oder gesellschaftlich durchsetzbar sein. Leicht können sie die sofortige Einstellung von 25.000 LehrerInnen fordern, Verantwortung für die Finanzierung obliegt anderen. So verhalten sich die Grünen in Hessen bereits ganz anders. Auch in Berlin, zur Zeit der rot-grünen-Koalition, können die Grünen nicht gerade als KämpferInnen für SchülerInneninteressen bezeichnet werden. Dennoch sind sie, besonders in NRW, vielfach zum "parlamentarischen Arm" der Überreste der SchülerInnenbewegung geworden.

Das Auftreten von SchülerInnen(vertretungen) in bildungspolitischen Debatten hat sich aufgrund gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen (z. B. Individualisierung/Niedergang politischer Massenbewegungen) verändert. SchülerInnenvertretungen existieren zwar meist, sind jedoch finanziell und personell sehr schwach und driften

in die politische Beliebigkeit ab. Bildungspolitische Diskussionen werden von ihrer Seite meist nur auf höheren Ebenen verfolgt und begleitet und nur selten gesamtgesellschaftlich eingeordnet. Eine sozialistische SchülerInnenbewegung mit Verankerung an den Schulen ist teilweise nicht einmal mehr in den Überresten vorhanden, hegemoniefähig sind ihre Positionen erst recht nicht, dazu fehlen Personal und Finanzen.

Auch Diskussionen über bildungs- und schulpolitische Themen innerhalb der SchülerInnenenschaft finden, als Folge einer zunehmenden Entfremdung von der Schule kaum statt, Ungerechtigkeiten und Demokratiedefizite werden oft zwar wahrgenommen und als Übel erkannt, jedoch relativ gleichgültig hingegenommen. An die Stelle des Kampfes für eine bessere Schule ist an vielen Stellen der Versuch eines möglichst konfliktfreien Durchlaviens getreten. Die sozialistische SchülerInnenbewegung muß sich wandeln, muß Veränderungen in der Jugendphase akzeptieren und stärker zur Interessenvertretung der SchülerInnen werden, an ihren Problemen ansetzen, Alternativen und Ursachen aufzeigen.

Die momentan in der KultusministerInnenkonferenz diskutierte Reform der gymnasialen Oberstufe bietet, so falsch sie auch ist, eine Menge positiver Möglichkeiten für die politische SchülerInnenbewegung. Durch die Information der SchülerInnen und die Herstellung von politischen Zusammenhängen kann es zu einer verstärkten Politisierung der SchülerInnenenschaft kommen, wenn sie erkennt, daß sie persönlich betroffen ist. Beispielhaft für solche Entwicklungen sind die Proteste gegen die Schulzeitverkürzung in NRW, als die LandesschülerInnenvertretung es schaffte, 80.000 SchülerInnen zum Streik zu bewegen.

Es gilt, ein breites bildungspolitisches Reformbündnis aus Gewerkschaften, Jusos, SchülerInnenvertretungen, Grünen und Teilen der Sozialdemokratie zu installieren. Bildungspolitische Diskussionen müssen aus den Hinterzimmern der Kultusbürokratie geholt werden und wieder breit in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Dabei können Krise und Legitimationsprobleme des dreigliedrigen Schulsystems genutzt werden um Alternativen aufzuzeigen und zu etablieren. Die momentane Diskussion über äußere Schulreform muß verknüpft werden mit einer Diskussion über fortschrittliche Vorstellungen innerer Schulreform.

# Zum Wandel der politischen Kultur in Westdeutschland

von Thomas Rausch\*



Die jungen Leute heutzutage tun überhaupt nichts. Sie sind so apathisch. Wir sind immerhin noch auf die Straße gegangen und haben protestiert. Alles, was sie machen, ist kaufen und sich beklagen.“ Diesen Satz legt Douglas Coupland einem typischen aufgestiegenen „68er“ in den Mund: in seinem berühmt gewordenen Buch „Generation X“, in dem er das Lebensgefühl und die Situation der nachwachsenden, gesellschaftlich wenig integrierten Generation nachzuzeichnen versucht.<sup>1</sup> Diese auch in der westdeutschen Linken geläufige, oft wenig reflektierte Abwertung der nachkommenden politischen Generation möchte ich zum Anlaß nehmen, mir über die Analyse der Jüngeren von heute und ihr Verhältnis zur Politik etwas ausführlicher und systematischer Gedanken zu machen.

Mit den politischen Orientierungen und der Praxis einer anderen Generation befaßte sich schon 1911 Robert Michels in seinem Werk „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie“. Darin konstatiert er ein „Führungsbedürfnis der Masse“<sup>2</sup>. Wesentliche Ursachen dafür seien eine „psychische Prädisposition zur Unterordnung“ sowie die „Ohnmacht der Masse“<sup>3</sup>, ihre

Unfähigkeit zu politischem Handeln ohne Anleitung von oben. Der traditionelle Typus des Funktionärs ist zugeschnitten auf die solcherart strukturierter Mitglieder.

Michels beschreibt die politische Dimension eines spezifischen Ensembles von Orientierungen und Praxisformen, das Rainer Zoll u.a. als „altes kulturelles Modell“<sup>4</sup> bezeichnet haben. Zweifellos ist die Politikorientierung des alten kulturellen Modells in der westdeutschen politischen Kultur auch heute präsent (Rudolf Scharping beispielsweise bedient entsprechende Bedürfnisse durch einen weniger auf Moderation als vielmehr auf einen eindeutigen Führungsanspruch hin angelegten Politikstil). Bei den nachwachsenden Generationen lassen sich solche Orientierungen allerdings immer weniger feststellen - im Gegenteil, oft diametral entgegengesetzte.

Wenn ich hier von der - im folgenden zu belegenden - These ausgehe, in der westdeutschen Gesellschaft seien Umriss einer neuen politischen Kultur erkennbar, so schließt diese Annahme die Fortexistenz anders gearteter Teilkulturen, wie etwa auch die des Rechtsextremismus, keineswegs aus. Meine Ausführungen beschränken sich notwendig auf Westdeutschland, da die andere politische und soziale Entwicklung in der

DDR bzw. in den neuen Bundesländern natürlich auch eine andere politische Kultur hervorgebracht hat - auch wenn sich Modernisierungsprozesse, die in meiner Analyse eine große Rolle spielen, teilweise bereits zu DDR-Zeiten vollzogen haben und seit der politischen Wende mit besonderer Vehemenz vonstatten gehen.

Die Sozialwissenschaft setzt den Begriff der politischen Kultur (der in Politik und Publizistik vornehmlich *normativ* gebraucht wird, um einen moralischen Mindeststandard hinsichtlich politischer Umgangsformen und politischen Stils zu reklamieren) als *analytische* Kategorie ein. Ich beziehe mich hier auf einen weit gefaßten Begriff der politischen Kultur, der die Gesamtheit politischer Einstellungen wie auch Verhaltensmuster umfaßt - eingebettet in den analytischen Kontext der gesamtgesellschaftlichen Bedingungen.

## Gesellschaftlicher Wandel - Bedingung einer veränderten politischen Kultur

Zunächst erfolgt eine kurze Zusammenschau von Entwicklungen, die im Hinblick auf einen Wandel politischer Kultur von Bedeutung sind.

- Tertiärisierung und Intellektualisierung der Arbeit: Mit dem Strukturwandel hin zur Dienstleistungsökonomie und den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien vollzieht sich auch eine Erhöhung der Qualifikationsanforderungen - auch in großen Teilen der Produktion. Die fortschreitende Intellektualisierung von Erwerbsarbeit ist auch an der seit den 50er Jahren stark zunehmenden Zahl der Beschäftigten in Berufen des Bildungs- und Wissenschaftssektors, in Kulturvermittlung und künstlerischen Berufen, sozialpflegerischen, medizinisch-sozialen, medizinisch-technischen sowie den „freien Berufen“ abzulesen.

- Folge (aber auch Bedingung) des Wandels der Lohnarbeit ist eine bedeutende Steigerung des Lebensstandards (die Realeinkommen der Lohnabhängi-

gen haben sich von 1945 bis 1990 etwa verdreifacht<sup>5</sup>), eine Ausweitung der verfügbaren freien Zeit sowie die Herausbildung des modernen Sozialstaats, der soziale Infrastrukturen zur Verfügung stellt, die die intensive Arbeitskraftnutzung erleichtern. Einzuordnen in dieses Szenario ist schließlich der Prozeß der „Bildungsexpansion“.

- Eine sozio-kulturelle Welle, die einschneidende Veränderungen des Alltags mit sich brachte, ging von der Bewegung von 1968 aus. Der Einbruch einer bis dahin weitgehend stabilen, relativ repressiven Alltagskultur (Beispiele sind die heutige relative Akzeptanz nicht-traditioneller Lebensgemeinschaften und Wohnformen oder auch der weniger tabuisierte Umgang mit Sexualität) scheint bedeutsamer als die unmittelbar politischen Folgen von '68“.

- Mit den hier angeführten Prozessen einher geht ein gesamtgesellschaftlich wirksamer Schub der Individualisierung. Ulrich Beck begreift diesen Prozeß als „Herauslösung aus historisch vorgegebenen Sozialformen und -bindungen“<sup>6</sup>. Vorgegebene biographische Muster und soziale Rollen treten in den Hintergrund, eine Differenzierung von Lebensverläufen und Lebensstilen tritt ein. Damit wird das Individuum auf sich selbst zurückgeworfen, steht es vor der Anforderung, „sich selbst als Handlungszentrum, als Planungsbüro in bezug auf seinen eigenen Lebenslauf, seine Fähigkeiten, Orientierungen, Partnerschaften usw. zu begreifen“<sup>7</sup>. Anstatt von Traditionen gewinnen allerdings vielfach Moden, Märkte, Konjunkturen, Massenmedien an Einfluß.<sup>8</sup>

- Gleichzeitig verschiebt sich das Koordinatensystem grundlegender kultureller Orientierungen - R. Zoll u.a. analysieren die Herausbildung eines „neuen kulturellen Modells“. Sein Kern ist ein „neues Verhältnis der Individuen zu sich selbst, ... eine besonders intensive Art der Selbstbezüglichkeit - eine neue Form dessen, was Michel Foucault die *Sorge um sich nennt*“<sup>9</sup>; diese Haltung drückt sich am augenfälligsten in dem Streben nach Selbstverwirklichung aus.

Für das neue kulturelle Modell essentiell ist eine kommunikative Grundhaltung, die kommunikative Lebenspraxis erstreckt sich tendenziell auf alle Lebensbereiche.<sup>10</sup> Vor dem Hintergrund der Freisetzung der Individuen aus traditionellen Normen und Sicherheiten werden individuelle Orientierungen mehr und mehr im Prozeß der Kommunikati-

on entwickelt. Hinter der kommunikativen Grundhaltung steht auch das „Bedürfnis nach Aufhebung der Vereinzelung“<sup>11</sup>, nach Vertrauen und menschlicher Nähe (beides kann erst durch Kommunikation - nicht mehr durch traditionelle Bindungen - hergestellt werden). So ist Kommunikation heute meist auch der Weg, auf dem sich Solidarität konstituiert. Allerdings liegt in der kommunikativen Grundhaltung nicht nur emanzipatorisches Potential; sie ist u.U. auch für sozialpartnerschaftliche Betriebsideologie u.ä. instrumentalisierbar.

## Wandel politischer Orientierungen

Die weitgehende Ausblendung der Klassenstruktur in sozialen Bewegungen heute hat einen wesentlichen Grund darin, daß diese keine Bewegungen ei-

Vielfach ist von einem Abflauen sozialer Bewegungen die Rede. Tatsächlich ist ein Formwandel der Neuen sozialen Bewegungen zu verzeichnen.

ner Klasse sind bzw. sich zumindest nicht als solche begreifen. Eine ganz andere Dimension kollektiver Betroffenheit von einer gesamtgesellschaftlichen Struktur ist seit Ende der 70er Jahre Motor sozialer Massenbewegungen - das Bewußtsein von ökologischer und militärischer Bedrohung. Bei Jugendlichen zeigt sich dies besonders ausgeprägt; durch repräsentative Jugenderhebungen der 80er Jahre zieht sich die massenhafte und handfeste Betroffenheit angesichts ökologischer und militärischer Risiken wie ein roter Faden.<sup>12</sup>

Die Herausbildung eines solchen kollektiven (vor-) politischen Bewußtseins ist ein maßgeblicher Faktor bei der Entwicklung neuer sozialer Milieus. Diese sind ein gesellschaftlicher Sektor, in dem sich die im bisherigen Verlauf meiner Darstellung beschriebenen Aspekte gesellschaftlichen Wandels fokussieren. Eine „emanzipatorische“ Integrationsideologie, die nach Ergebnissen des Hannoveraner Forschungsprojekts „Sozialstrukturwandel und neue soziale Milieus“ eine Gemeinsamkeit der neuen so-

zialen Milieus ist,<sup>13</sup> wurzelt in der kollektiven Erfahrung ökologischer und militärischer Bedrohung ebenso wie in den Wirkungen von „1968“. Dabei ist die Kohäsion dieser Milieus weniger politisch als soziokulturell vermittelt. Obwohl die neuen sozialen Milieus in sich durchaus heterogen sind, vergleichsweise privilegierte Berufspositionen ebenso umfassen wie Bereiche der Marginalisierung, sind sie doch ganz überwiegend Milieus von abhängig Beschäftigten, die weite gesellschaftliche Sektoren, insbesondere die jüngere und modernere Generation der Lohnabhängigen, umfassen.

Mit dem soziokulturellen Wandel verschieben sich auch gesellschaftliche Konfliktlinien. Das Augenmerk hat sich „von den Themen der alten Politik“, also von Fragen wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit, auf solche der neuen Politik, d.h. Probleme der Lebensqualität, der Gleichberechtigung und der individuellen Selbstverwirklichung verlagert“<sup>14</sup>. Wenn aufgrund der Folgen der deutschen Vereinigung wie auch der wirtschaftlichen Stagnation und Rezession in den letzten Jahren Verteilungsfragen wieder stärker in den Vordergrund gerückt sind, so tut dieser Befund dem konstatierten langfristigen Trend keinen Abbruch; im Langzeitvergleich ist auch ganz aktuell von einem relativen Bedeutungsverlust der traditionellen Konflikte zu sprechen.

Mit dem konstatierten Wandel bewegungsrelevanter Themen geht eine Veränderung der Motivationsstruktur für soziale Bewegung einher. Unmittelbare Betroffenheit und Empörung über eine Situation, die als (relativ) dramatisch aufgefaßt wird, sind heute elementare Bedingungen von Bewegung. Daß diese affektive Formbestimmtheit von Bewegung keineswegs allgemeingültig und zeitlos ist, erweist sich anhand eines Vergleichs der Proteste gegen den Vietnam-Krieg einerseits mit der Bewegung gegen den Golfkrieg Anfang 1991 andererseits. Spielten im einen Fall vorwiegend rationale, theoretische Begründungen des Engagements (v.a. Kampf gegen Imperialismus) die zentrale Rolle, war im anderen Fall das massenhafte Gefühl von Betroffenheit und Angst der wichtigste und am meisten thematisierte Bewegungsantrieb.

Die Auflösung von sozialem Gefüge, von kollektiven Klassenkulturen sowie von vorgegebenen sozialen Rollen, stärkt auch „postmoderne“ Tendenzen: Eine Variante ist ein radikalierter Plu-

\* Thomas Rausch, Politikwissenschaftler, Bremen

ralismus, der Dekomposition zur Norm erhebt; Bernd Guggenberger diagnostiziert einen „postmodernen“ Zeitgeist, der das „Recht auf Standpunktlosigkeit“<sup>15</sup> zelebriert, die Negation jeglicher Festlegung. Alltagskulturelle Stilformen, die diese Haltung kultivieren, spiegeln sich in den Schlagworten „Cool-*sein*“ oder „null Bock auf Illusionen“. Aber auch eine auf die Wiederherstellung kollektiver Identitäten orientierte geistige Richtung, die den Trend hin zu individueller Emanzipation umkehren will, reklamiert den Begriff der Postmoderne für sich.

### Wandel der politischen Praxis

Wie artikulieren sich diese Orientierungen in politischer Praxis? „Postmoderne“ Strömungen mögen sich in Wahlenthaltung und genereller Distanz zur Politik ausdrücken. Deutlicher tritt im politischen Geschehen das autonome, politisch anspruchsvolle Individuum hervor, das mehr Möglichkeiten zur aktiven politischen Partizipation beansprucht - und mit einer lebensweltlichen Perspektive dem Politischen gegenübertritt.

Machten sich Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre große Teile der Bewegung von „1968“ auf den „Marsch durch die Institutionen“, so stellt Elmar Wiesendahl für die 80er Jahre einen „Marsch aus den Institutionen“<sup>16</sup> fest. Während hinsichtlich der Formen politischer Partizipation ein massiver Trend in Richtung Engagement in Bürgerinitiativen und Basisgruppen der Neuen sozialen Bewegungen - allgemein hin zu weniger strukturierten, häufig spontanen Formen politischer Beteiligung - zu verzeichnen ist, wächst die Distanz zu (Groß-) Organisationen.

Bei den politischen Parteien macht sich dies in den 80er Jahren u.a. in Form einer deutlichen Organisationsschwäche bemerkbar. Diese folgt auf eine Phase sehr weitreichender Mitgliedermobilisierung von Ende der 60er bis Mitte der 70er Jahre: Von ca. 1.150.000 im Jahr 1968 wuchs die Gesamtmitgliederszahl der vier Parteien SPD, CDU, CSU und FDP auf rund 1,9 Millionen im Jahr 1976; von 1980 bis 1989 ist sie dagegen um 100.000 zurückgegangen<sup>17</sup> - ein Trend, der sich in den 90er Jahren fortsetzt. Das (zahlenmäßig relativ unbedeutende) Mitgliederaufkommen der Grünen spielt für diese Entwicklung keine große Rolle.

Mag ein Gesamt-Mitgliederverlust von 100.000 vergleichsweise unbedeutend erscheinen, zeigt gerade der Vergleich des starken Zuwachses in den 70ern mit den Verlusten der 80er Jahre, daß eine Trendwende erfolgt ist. Betrachtet man die Jugendgeneration, wird das Bild noch eindeutiger: Von 1974 bis 1989 stieg zwar der Anteil der 18- bis 29jährigen an der Gesamtbevölkerung deutlich an, gleichzeitig aber sank der Anteil der Mitglieder bis zu 29 Jahren an der Gesamtmitgliedschaft der Parteien dramatisch.<sup>18</sup> Der Mitgliederbestand der Jusos beispielsweise hat sich von Mitte der 70er bis Anfang der 90er Jahre nahezu halbiert.

Als Erklärung für die Distanz zu Parteien, insbesondere unter den Jüngeren, wird zunächst das Glaubwürdigkeitsdefizit (Parteien gelten als opportunistisch und korrupt) angeführt. Der Begriff der Glaubwürdigkeit von Politik hat erst in den 80er Jahren eine enorme Karriere gemacht.<sup>19</sup> Eine große Rolle spielt auch das Demokratiedefizit, die Chancen für demokratische Beteiligung werden als gering eingeschätzt.<sup>20</sup> Gerade politische Beteiligungsmöglichkeiten spielen im Verhältnis der Jüngeren zur Politik eine wesentliche Rolle. Auch haben die traditionellen Formen politischen Alltags in Parteien mit den soziokulturellen Veränderungen nicht Schritt gehalten. Insgesamt stellen sich Parteien in hohem Maß als relativ ferne Institutionen dar, bieten nur in geringem Maß Identifikationsmöglichkeiten, überhaupt Bezüge zur Lebenswelt.

Die wachsende lebensweltliche Distanz zu den Gewerkschaften ist an Mitgliedszahlen weniger deutlich abzulesen als dies bei den Parteien der Fall ist; zu viele Kolleginnen und Kollegen entscheiden sich aufgrund eines rein instrumentellen Bezugs zur Gewerkschaft für die Mitgliedschaft. Dennoch nehmen gewerkschaftliche Bindungen unübersehbar ab. Aus dem sozialen Erfahrungsfeld von Jugendlichen sind die Gewerkschaften weitgehend ausgeblendet. Im Betrieb mangelt es ihnen nach einer Untersuchung von Martin Baethge u.a. in hohem Maß an konkreten Erfahrungen mit der Gewerkschaft. Wo sie jedoch im betrieblichen Alltag mit ihr in Berührung kommen, sind diese Kontakte häufig wenig motivierend: V.a. rigide Formen der Kommunikation werden kritisiert.<sup>21</sup> Hier wirkt sich die neue kommunikative Kultur aus, die im Gegensatz zur traditionellen Kultur der Arbeiter-Industriegewerk-

schaft steht. V.a. Jugendliche und Angestellte, gerade auch Frauen, sind Trägerinnen und Träger einer solchen von traditionellen gewerkschaftlichen Standards abweichenden Kultur - Gruppen, die die Gewerkschaften bislang nur in relativ geringem Maße organisieren konnten. Im Zuge der Veränderungen in der Zusammensetzung der Lohnabhängigen wird ihre Bedeutung für die Gewerkschaften noch weiter wachsen.

Die Entfremdung von der Institution Partei drückt sich nicht nur im Mitgliederückgang aus, sondern gerade auch in einer abnehmenden Wählerbindung. So verstärkt sich längerfristig die Tendenz zur Wahlenthaltung: Nahmen an der Bundestagswahl 1983 noch 89,1% der Wahlberechtigten teil, 1987 noch 84,4%<sup>22</sup>, so waren es (jeweils in Westdeutschland) 1990 78,6%<sup>23</sup> und 1994 80,5%<sup>24</sup>. Daß bei Jüngeren die Wahlbeteiligung besonders niedrig ist, spricht dafür, daß der Trend zur Wahlenthaltung sich fortsetzen wird.

Eine andere Dimension generationspezifisch differenzierten Wahlverhaltens kam erstmals bei der Bundestagswahl 1969 zum Vorschein: Seither lassen sich die Wähleranteile für die CDU „in eine nach Altersgruppen aufsteigende Rangordnung bringen: je jünger, umso weniger Neigung zur Wahl der CDU“<sup>25</sup>. So konnte in den 70er Jahren die Jungwählerschaft zu größeren Teilen von der SPD gewonnen werden. Seit Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre sind auch die Grünen in diesem Wählersegment besonders erfolgreich.<sup>26</sup>

Die hohen Grünen-Anteile bei den Jüngeren sind dabei alles andere als ein vorübergehendes Phänomen. Peter Gluchowski gelangt aufgrund einer Analyse der bundesdeutschen Wählerschaft entlang von Lebensstil-Gruppierungen zu dem Ergebnis, bei den grünen Wählerinnen und Wählern handele es sich um ein „in Lebensstilen verankertes, sehr homogenes, auf neue Wertorientierungen ausgerichtete Wählerpotential“<sup>27</sup>. In den Grünen-Wahlanteilen wird somit die Spitze eines Eisbergs gesellschaftlichen Wandels, wie er in der bisherigen Darstellung umrissen wurde, sichtbar.

### Direkte Aktionen und Neue soziale Bewegungen

Gleichzeitig mit der Erosion traditioneller politischer Partizipation (Wählen,

Parteilpolitik etc.) hat eine andere Form der politischen Beteiligung seit Ende den 70er Jahren sehr an Bedeutung gewonnen: Die direkte Aktion in der selbstorganisierten Gruppe, die Mitarbeit in sozialen Bewegungen erscheint geradezu als die Partizipationsform des neuen kulturellen Modells.

Mindestens 40.000 (gleichzeitig bestehende) selbstorganisierte Gruppen wurden Ende der 80er Jahre für die Bundesrepublik geschätzt.<sup>28</sup> „Soziale Bewegungen haben kein Programm“<sup>29</sup>, sie sind damit ein Raum, in welchem die Akteurinnen und Akteure sich aufgrund eher vager Affinitäten einordnen - im Zusammenhang mit dem Verlust traditioneller Sicherheiten entspricht dies eher ihren Bedürfnissen als die hergebrachte Loyalität zu einer Organisation. Die Vielfalt demonstrativer Aktionsformen ist offen für unterschiedliche Teilnehmerbedürfnisse; generell ist die Aktionsform der Demonstration darauf zugeschnitten, sich beliebig spontan zu beteiligen. Sie setzt freilich eine insgesamt hohe Partizipationsbereitschaft voraus.

Die gewachsene Partizipationsbereitschaft bedeutet auch gewachsene Ansprüche an Partizipationsmöglichkeiten, die sich in den Neuen sozialen Bewegungen in deren innerer Struktur manifestieren: in Prinzipien der egalitären Beteiligung und der Selbstorganisation wie auch der dezidierten Ablehnung von Stellvertreterpolitik.<sup>30</sup> Eine Einheit bildet dieser Anspruch mit einer grundsätzlich auf einen Konsens durch Diskussion zielenden Kultur der Entscheidungsfindung, die auch aus der neuen kommunikativen Lebenspraxis erwächst. Freilich bleibt die Forderung nach Basisdemokratie nicht auf die Neuen sozialen Bewegungen beschränkt - sie wird auch in Parteien, Gewerkschaften, generell in traditionellen Organisationen erhoben (und stellt diese vor Probleme: s. o.). Sie richtet sich auch auf die Entscheidungsfindung im Staat, für dessen Bereich die Etablierung bzw. Erweiterung plebiszitärer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger eine breit vertretene (Bewegungs-) Forderung ist.<sup>31</sup>

Nicht weniger charakteristisch für die Neuen sozialen Bewegungen ist die Spontanität ihres Aufkommens (und Abebbens). Neben der Mobilisierung von Emotionen durch ein bestimmtes Thema spielt zeitweilige Medien-Aufmerksamkeit eine wichtige Rolle beim Aufkommen von Bewegungskonjunkturen.<sup>32</sup> Mobilisierung erfolgt dabei „sehr

stark durch Prozesse der Selbstmobilisierung oder informellen Rekrutierung“<sup>33</sup>. Joachim Raschke konstatiert angesichts der Flüssigkeit und Konjunkturabhängigkeit der Neuen sozialen Bewegungen einen historisch neuen Bewegungstypus - „einen schwach strukturierten, fluiden und offenen Typ sozialer Bewegung“<sup>34</sup>.

Gleichzeitig nutzen die Akteurinnen und Akteure ihre insgesamt erhöhte Analysekompetenz (eine solche ist insbesondere vor dem Hintergrund der Bildungsexpansion zu registrieren), um abzuwägen, ob Engagement in einer konkreten politischen Situation überhaupt lohnt. Thomas Leif spricht in diesem Zusammenhang von einem „aufgeklärten Protesthandeln“<sup>35</sup>, zu dem auch der kalkulierte Einsatz persönlicher Res-

**Kontinuierliche Arbeit in (mehr oder weniger) stabilen Strukturen scheint weiterhin unverzichtbar. Umso dringender ist deren Öffnung für die neue politische Generation und ihre politische Kultur.**

ourcen gehört. Auch aufgrund erhöhter biographischer Mobilität ist politische Aktivität heute tendenziell projektbezogen, zeitlich begrenzt.

Seit Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre ist (z.T. im Zusammenhang mit den Veränderungen durch die Vereinigung von BRD und DDR) vielfach von einem Abflauen sozialer Bewegungen die Rede. Tatsächlich ist ein Formwandel der Neuen sozialen Bewegungen zu verzeichnen, bei dem einige der genannten Bewegungscharakteristika sich noch zugespitzter ausprägen (man könnte in diesem Zusammenhang von „neuen Neuen sozialen Bewegungen“ sprechen). So hat sich die Spontanität, Diskontinuität und Unberechenbarkeit sozialer Bewegungen weiter verstärkt. Zugewonnen hat gleichzeitig das Ausmaß der Mobilisierung durch einzelne Bewegungen; wie der Protest gegen den Golfkrieg Anfang 1991 oder die Lichterketten im Winter 1992/93 gezeigt haben, ist eine noch gewachsene Zahl von Bürge-

rinnen und Bürgern grundsätzlich zur Beteiligung an öffentlichen Aktionen bereit - sofern bzw. sobald ein politisches Thema jene gesellschaftliche Aufmerksamkeit und emotionale Resonanz mobilisiert hat, die Voraussetzung sozialer Bewegung ist. Die Mitarbeit in Basisinitiativen setzt sich in den 90er Jahren fort: Neben der sehr kontinuierlichen Arbeit ökologischer Initiativen ist v.a. auf die Vielfalt antirassistischer und ähnlicher Gruppen hinzuweisen, die 1992/93 entstanden sind. Daß die Aktivität in dem zuletzt genannten Bereich inzwischen wieder nachgelassen hat, bestätigt nur die gestiegene Mobilität der Akteurinnen und Akteure und die zeitliche Begrenztheit ihres Handelns.

Neidhardt und Rucht gelangen aufgrund einer Analyse struktureller Voraussetzungen für die Stabilisierung sozialer Bewegungen zu der Auffassung, daß in der Bundesrepublik in den nächsten Jahren bzw. Jahrzehnten günstige Bedingungen für soziale Bewegungen herrschen werden: Durch die Folgen der Modernisierung entstehen Spannungen, die zu Bewegungen führen können, zugleich existiert ein breites Feld von Bewegungsmilieus und anderen sozialen Netzwerken („micro-mobilisation-contexts“), schließlich begünstigen Defizite der politischen Interessenvermittlung durch Parteien und Verbände das Aufkommen sozialer Basisbewegungen.<sup>36</sup>

Der gegenkulturelle Impetus der Neuen sozialen Bewegungen (bzw. von Teilen der Bewegungen) erfaßt nicht nur die Bewegungsaktiven, sondern ein breites gesellschaftliches Umfeld. So sind die Jugendlichen heute (auch hier sollen besonders Jugendliche als Trägerinnen und Träger des Neuen betrachtet werden) „eine kritische Generation in einem neuen Sinne ... Ihre Kritik ist nicht mehr direkt politisch wie in der Studentenbewegung 1968 und danach, es ist vielmehr eine Kritik des Alltagslebens.“<sup>37</sup> Diese bezieht sich insbesondere auf eine Reflexion sozialer Rollen - und findet ihre Entsprechung in der Suche nach Selbstverwirklichung.

### Resümee

Der klassische Funktionär und das klassische loyale Mitglied mit der Bereitschaft zur Unterordnung unter die Vorgaben der Organisation sind Auslaufmodelle. Im Kommen ist ein Typus von politischen Akteurinnen und Akteuren, die über mehr Ressourcen (materiell

und intellektuell) für politische Partizipation verfügen, bei ihrer politischen Mitwirkung reale Beteiligungsmöglichkeiten und befriedigende Kommunikationsstrukturen erwarten und zugleich aus höchst subjektiven Motiven sich spontan engagieren oder es wieder lassen. Ein weiterer Typus, der 68er, steht möglicherweise zwischen den beiden genannten, die ich grob den „Gefolgstreuen“ und die „Spontane“ nennen will. Der 68er folgt eher politischen Notwendigkeiten als subjektiven Impulsen, er beteiligt sich relativ kontinuierlich und bezieht sich (wenn auch kritisch) auf Organisationen.

In dem Roman „Generation X“<sup>38</sup> zeichnet sich die dort portraitierte Generation durch eine düstere Weltsicht insbesondere hinsichtlich der ökologischen Bedrohung und Distanz zum politischen und ökonomischen System (und Establishment) aus; im Buch folgt daraus nichts anderes als Sarkasmus (und Wahlenthaltung) - eine „postmoderne“ Attitüde. Das ist aber nur eine mögliche Reaktion auf die gleiche Realitätsdeutung - was anhand der auffällig zahlreichen, spontan gegen den Golfkrieg protestierenden Schülerinnen und Schüler anschaulich wird. So mancher 68er neigt (im Dienste der Selbst-Heroisierung?) dazu, dies zu übersehen.

Der Wandel politischer Orientierungen und Praxisformen, in dem sich die Konturen einer neuen politischen Kultur abzeichnen, ist im Verlauf meiner Ausführungen als Resultat langfristiger, (jenseits von vorübergehenden Wirtschaftskrisen u.ä.) noch fortschreitender Entwicklungen analysiert worden. Damit wird der Druck auf die politischen Institutionen weiter zunehmen, sich den veränderten Teilnehmungsbedürfnissen zu öffnen und eine innere Demokratisierung einzuleiten.

Die Beteiligung jenseits der traditionellen Organisationsstrukturen, deren Bedeutung auf längere Sicht wachsen wird, ist wegen ihrer Diskontinuität und Labilität durchaus nicht als politisch-partizipatorisches Nonplusultra zu preisen. Es stellt sich die Frage, wie in diesem Sektor politische Handlungsfähigkeit in Phasen ohne Bewegungshöhepunkte erreicht werden kann. Oder auch, wie bei wichtigen, aber weniger mobilisierungsträchtigen Themen Einfluß genommen werden soll. Hier scheint die kontinuierliche Arbeit in (mehr oder weniger) stabilen Strukturen weiterhin unverzichtbar. Umso dringender ist deren

Öffnung für die neue politische Generation und ihre politische Kultur.

Inwieweit auch Teile der gewachsenen rechtsextremen Szene - etwa Jugendcliquen im Zusammenhang eines rechten Milieus, die sich von dem hergebrachten Typus klar strukturierter, führerorientierter rechtsradikaler Gruppen unterscheiden - als Trägerinnen und Träger des beschriebenen politisch-kulturellen Wandels angesehen werden können, bedarf einer gesonderten Untersuchung; Parallelen zu einigen der geschilderten Charakteristika der Neuen sozialen Bewegungen (z. B. Spontanität) sind nicht von der Hand zu weisen.<sup>39</sup> In der rechten Szene lediglich eine Bewegung von Verlierern der hier beschriebenen soziokulturellen Modernisierung zu sehen, greift sicherlich zu kurz. Dennoch darf (bis zum Nachweis des Gegenteils) angenommen werden, daß wesentliche Momente des beschriebenen Wandels (insbesondere z.B. die neue kommunikative Kultur mit allen ihren Konsequenzen für die politische Praxis) in dem neu-rechten Milieu keinen Platz haben.

Literatur

U. v. Alemann: Die politischen Parteien in der Glaubwürdigkeitskrise?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte (GMH) 5/1988  
 M. Baethge u.a.: Jugend: Arbeit und Identität. Lebensperspektiven und Interessenorientierungen von Jugendlichen, Opladen 1988  
 U. Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986  
 W. Bergmann/R. Erb: Eine soziale Bewegung von rechts? Entwicklung und Vernetzung einer rechten Szene in den neuen Bundesländern, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen (FJ NSB) 2/1994  
 K.-W. Brand/D. Büsser/D. Rucht: Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt/M./New York 1983  
 W. Bürklin: Wählerverhalten und Wertewandel, Opladen 1988  
 D. Coupland: Generation X. Geschichten für eine immer schneller werdende Kultur, Berlin 1994  
 Forschungsprojekt: Sozialstrukturwandel und neue soziale Milieus, Sozialstrukturwandel und die Herausbildung neuer sozialer Milieus, in: FJ NSB 3/1990  
 H.-J. Giegel: Kultureller Wandel und Individualisierungsprozesse als Herausforderung für Gewerkschaften, in: Die Mitbestimmung 6/1991  
 P. Gluchowski: Lebensstile und Wandel der Wählerschaft in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) B 12/1987  
 B. Guggenberger: „Liebt, was Euch kaputtmacht!“. Intimität und Identität - „postmoderne“ Tendenzen in der Jugendkultur, in: APuZ B 40 - 41/1986  
 Juso-Landesverband NRW, R. Krämer, B. Zoerner, K. Rudolph (Hrsg.): Was uns die Jugend zu sagen hat. Ein Entwurf für die neunziger Jahre, Köln 1990  
 Th. Leif: Die Chancen neuer sozialer Bewegungen unter dem Einfluß zunehmender Individualisierung, in: GMH 4/1991  
 R. Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über

die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Stuttgart 1989 (4. Aufl.)  
 F. Neidhardt/D. Rucht: Auf dem Weg in die „Bewegungsgesellschaft“? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen, in: Soziale Welt 3/1993  
 J. Raschke: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt/M./New York 1987  
 Rechtspopulismus und europäische Sozialdemokratie. Diskussion mit Peter von Oertzen ..., in: Sozialismus 12/1991  
 R. Roth/D. Rucht (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M./New York 1987  
 D. Schnetz: Unterschätzte Akteure: Demokratie von unten in selbstorganisierten Bürgergruppen, in: FJ NSB, Sonderheft 1989  
 dies.: Neue soziale Bewegungen und direkte Demokratie, in: FJ NSB 3/1991  
 R.-O. Schultze: Die Bundestagswahl 1987 - eine Bestätigung des Wandels, in: APuZ B 12/1987  
 SINUS-Institut: Die verunsicherte Generation. Jugend und Wertewandel, Opladen 1983  
 R. Tutschner: Von Marx zu Habermas? Neue politische Orientierungen in der politisch-kulturellen Weiterbildung - Eine empirische Untersuchung, Bremen 1992  
 E. Wiesendahl: Der Marsch aus den Institutionen. Zur Organisationsschwäche politischer Parteien in den achtziger Jahren, in: APuZ B 21/1990  
 R. Zoll u.a.: „Nicht so wie unsere Eltern!“. Ein neues kulturelles Modell?, Opladen 1989  
 R. Zoll (Hrsg.): Arbeitslose und Gewerkschaft. Untersuchung einer schwierigen Beziehung, Köln 1991

1 Coupland 1994, S. 34  
 2 Michels 1989, S. 46  
 3 ebenda, S. 51f.  
 4 Zoll u.a. 1989  
 5 vgl. Giegel 1991, S. 396  
 6 Beck 1986, S. 206; Hervorh. i. Orig.  
 7 ebenda, S. 217  
 8 vgl. ebenda, S. 211  
 9 Zoll (Hrsg.) 1991, S. 43  
 10 vgl. Zoll u.a. 1989, S. 13  
 11 Zoll u.a. 1989, S. 199  
 12 vgl. z.B. SINUS 1983, S. 40  
 13 Forschungsprojekt ... 1990, S. 23  
 14 Tutschner 1992, S. 263  
 15 Guggenberger 1986, S. 16  
 16 Wiesendahl 1990, S. 3ff.; Hervorh. T. R.  
 17 vgl. ebenda, S. 4 ff.  
 18 vgl. ebenda, S. 11f.  
 19 vgl. v. Alemann 1988, S. 264  
 20 vgl. etwa Juso-Landesverband NRW ... (Hrsg.) 1990, S. 125  
 21 vgl. Baethge u.a. 1988, S. 363ff.  
 22 vgl. Schultze 1987, S. 3f.; Zahlen jeweils ohne West-Berlin  
 23 vgl. Blätter für deutsche und internationale Politik 4/1991, S. 510; Zahl einschließlich West-Berlin  
 24 vgl. Blätter ... 1/1995, S. 127; Zahl einschließlich West-Berlin  
 25 Bürklin 1988, S. 91  
 26 vgl. ebenda, S. 129f.  
 27 Gluchowski 1987, S. 32  
 28 vgl. Schnetz 1989, S. 125  
 29 Richard Stöss: Parteien und soziale Bewegungen. Begriffliche Abgrenzung - Volksparteien - Neue soziale Bewegungen - DIE GRÜNEN, in: Roth/Rucht (Hrsg.) 1987, S. 296  
 30 vgl. Brand/Büsser/Rucht 1983, S. 247  
 31 vgl. Schnetz 1991, S. 93f.  
 32 vgl. Brand/Büsser/Rucht 1983, S. 248  
 33 Raschke 1987, S. 257  
 34 ebenda, S. 412  
 35 Leif 1991, S. 261  
 36 vgl. Neidhardt/Rucht 1993, S. 311 ff.  
 37 Zoll (Hrsg.) 1991, S. 43  
 38 vgl. Coupland 1994  
 39 vgl. Neidhardt/Rucht 1993, S. 320; vgl. Bergmann, Erb 1994

# Von charismatischen Führern und sorgenden Müttern

Schwierigkeiten mit der Demokratie bei Gewerkschaftsfunktionärinnen und -funktionären in den neuen Bundesländern

von Christiane Ehses und Rainer Zech\*

## Vorbemerkung

Im Rahmen eines von der Hans-Böckler-Stiftung u.a. geförderten Forschungsprojektes über Interessenlagen, Politisierungsbedingungen, Beteiligungschancen und Solidaritätsermöglichungen in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, das von der Projektgruppe für kritische Sozialforschung und Bildungsarbeit an der Universität Hannover durchgeführt wird, wurden u.a. auch die Funktionärinnen und Funktionäre aus den neuen Bundesländern zu einer Diskussion ihrer praktischen Politikprobleme aufgefordert. Die Ergebnisse dieser Gruppendiskussionen<sup>1</sup> ergaben ein erschreckendes Bild: Egal ob die Betroffenen aus der FDGB-Tradition oder aus den Bürgerbewegungen kamen, sie artikulierten deutliche Schwierigkeiten mit partizipativen und demokratischen Handlungsformen, ihre Politik ist durchgängig eher autokratisch und zentralistisch aufgebaut. Selbst da, wo dies explizit dem eigenen Anspruch widerspricht, haben sich hierarchische Formen eines Von-oben-nach-unten durchgesetzt. Wie beschreiben die befragten Funktionärinnen und Funktionäre nun ihre eigene Praxis, und wie ist diese zu erklären?<sup>2</sup>

## Innergewerkschaftliche Probleme

Die Probleme, die Funktionärinnen und Funktionäre benennen, beziehen sich zum einen auf die Mitgliedschaft, der attestiert wird, „zunehmend passiver“ geworden zu sein. Hinter der wahrgenommenen Passivität vermuten die Vorstände Scheu vor einem Bekenntnis zur Gewerkschaft, „die Kollegen scheu-

en sich, das kommt dazu“, und formulieren ihre „Sorge, daß viele bereits beginnen, sich einzurichten“. Gemutmaßt wird auf Seiten der Funktionärinnen und Funktionäre, daß vielerlei Gründe zu einer Angst der Mitglieder geführt hätten, die sie zu der Haltung bewege, „sich überhaupt abzuducken, gar nichts mehr zu sagen“. Die Vorstände sehen sich mit einer überwiegend passiven Erwartungshaltung der Basis an die Organisation konfrontiert, die sie in der wiederkehrenden Frage „Was macht die GEW? Was tun die für uns?“ identifizieren. Die Interessen der Mitglieder orientierten sich ausschließlich an dem persönlichen Nutzen, den sie für ihre individuelle Situation sähen: „Was brauch' ich jetzt - jetzt in dieser Stunde, für meinen Unterricht, für mein Ansehen, für mein Fortkommen, zur Sicherung meines Arbeitsplatzes?“ Ausschließlich „das Materielle“ zähle: „Da gibt's 'ne Registriernummer, Zertifikat, da kommen sie.“

Zum anderen problematisieren Funktionärinnen und Funktionäre aber auch einen ausschließlich zweckrationalen Umgang miteinander. Der Mangel an informellem Austausch wird vor dem Hintergrund der Erfahrungen in der Gründungszeit der GEW beklagt. Damals habe man auch viel Arbeit gehabt, habe aber trotzdem Zeit füreinander gefunden, um „miteinander zu quatschen, uns zu informieren gegenseitig“. Die derzeitige Arbeits- und Umgehensweise miteinander wird dagegen als „fast schon entartet“, als „entgleist in irgendwelche Zwänge“, als „funktionärsschulungsmäßig“ beschrieben. Hierbei klagen Funktionärinnen und Funktionäre über eine mangelnde Arbeitsteilung in ihren Vorständen. Häufig sehen sie sich allein mit der Bewältigung einer Flut von Anforderungen konfrontiert, weil die Vorstände „auf ein kleines Häuflein“ zusammengeschumpft seien, und die Anzahl derer, die in den Vorständen arbeiteten, „verschwindend gering“ sei.

Anforderungsstrukturen werden von Funktionärinnen und Funktionären oftmals nahezu atemlos aneinandergereiht; eine Überforderung wird von ihnen dann auch als Hintergrund für die Scheu gesehen, daß sich Neue auf Vorstandsarbeit überhaupt noch einlassen: „Weil die Arbeit jetzt dermaßen viel ist, hat man Angst davor.“ Der Rückgang der Zahl der Aktiven wird als Folge einer permanenten Überlastung eingestanden, aufgrund derer sich viele zurückzögen, „weil sie's nicht mehr schaffen, weil sie's einfach ehrlicherweise nicht mehr schaffen“.

## Bisherige Politikkonzepte greifen nicht mehr

Ein weiteres Problemfeld, das gelegentlich in die Diskussionen eingebracht, dann aber immer schnell wieder entschärft wird, ist ein drohender Leerlauf, die Suche nach neuen Inhalten und Themen. Diese Problemartikulation verweist auf einen sich ankündigenden Umbruch gewerkschaftlicher Praxis im Osten, der in der Alltagsarbeit schon jetzt spürbar ist. Themen sind nicht einfach mehr präsent, sondern „die Diskussion muß mühsam wachgehalten werden, jetzt muß man die Diskussion immer wieder entfachen“. Dies gilt allerdings nur für die Mitgliedergruppe der Lehrerinnen und Lehrer, die aber auch für die Ost-GEW offensichtlich einen dominanten Stellenwert hat, gewissermaßen ein Trendbarometer für die Ausrichtung der gewerkschaftlichen Politik darstellt. Die Frage nach dem »Quo vadis« umgreift das Selbstverständnis der Organisation. Politikkonzepte müssen neu gedacht werden, wenn eine aktionistische Massenpolitik in Form von Warnstreiks, Demonstrationen und Tarifauseinandersetzungen ihre Virulenz einbüßt. Daß diese Politikformen zwar kurzfristig Mobilisierungsrreserven freisetzen und Aktivitäten entzünden können

\* Dr. habil. Rainer Zech, Leiter der Projektgruppe für kritische Sozialforschung und Bildungsarbeit an der Universität Hannover, Dipl. Päd. Christiane Ehses, wiss. Mitarbeiterin der Projektgruppe und Doktorandin der Hans-Böckler-Stiftung

nen, ist unbestritten, aber diese haben auch den gegenteiligen Effekt einer Passivierung durch die Reproduktion einer konsumistischen Erwartungshaltung in der Mitgliedschaft. Neue Politikformen, auch dies wird in den Diskussionen deutlich, benötigen neue Arbeitsformen, bei denen kreative Methoden nur einen Teilaspekt darstellen.

Wer definiert die Aufgaben und Interessenschwerpunkte? Alle Untersuchungen, auch die große Mitgliederumfrage der GEW selbst im Herbst 1994, bestätigen, daß über die Interessen- und Bedürfnislage der Mitgliedschaft, vor allem über deren zu erwartende Veränderung, nicht genügend Klarheit bei den Vorständen herrscht. Mitglieder wollen z.B. durchaus bildungsreformistische Aktivitäten vor Ort, erhoffen sich diese aber schon lange nicht mehr von der GEW. Dies kann zu einer tiefen Störung der Kommunikation zwischen Organisation und Basis führen, wenn die Vorstände den Alleinanspruch auf Themensetzung vertreten, um dann Mitglieder einzubinden, um sie "zu beschäftigen". Dieser Politikstrukturtypus der Anbieterpartizipation zielt auf eine Beteiligung der Mitglieder an Organisationsaktivitäten, statt einen Prozeß der Artikulation von Mitgliederinteressen zu organisieren, an deren Umsetzung sich dann die Funktionärinnen und Funktionäre beteiligten. Produktiv hingegen ist die damit zugleich angesprochene Perspektive von der Schaffung temporärer Aktivitätsmöglichkeiten, bei denen Mitglieder nicht "auf immer und ewig" in Funktionen "verbraten" werden, sondern themengebunden Anschlußmöglichkeiten entwickeln können, um dann auch wieder die Freiheit zur Nichtaktivität zu haben. So steckt in einer Aussage zugleich beides: Die Denkfigur, Mitglieder "zu beschäftigen", beinhaltet das passivierende Behinderungsmoment; der Aspekt des Temporären hingegen verweist auf ungenutzte Möglichkeiten einer Beteiligungsorientierung. Die Vorstellung einer "Betreuung" der Mitglieder bleibt in ihrer Formulierung unklar. Mal schimmert ein Verständnis von Fürsorge und Beratung durch, mal werden heimatstiftende Aktivitäten im Freizeitbereich damit verknüpft.

### Die Funktionäre als Avantgarde

Funktionärinnen und Funktionäre denken ihr Verhältnis zu den Mitgliedern bipolar und beurteilen ihre Basis von ei-

ner hohen Warte herab: Den Mitgliedern wird eine passive Haltung attestiert, deren Hintergrund als Angst, als Satiertheit, Bequemlichkeit und allgemein als eingeschränkter Vorstellungshorizont vermutet wird. Letzteres wird damit begründet, daß Mitglieder nicht wüßten, was kommen wird und die Augen vor den sozialen Folgen gesellschaftlicher Umgestaltung verschlossen. Hierbei konkurrieren unterschiedliche Sichtweisen auf die Mitglieder miteinander. Eine Denkweise läßt diese als unengagiert und privatisiert erscheinen. Ihre Ansprüche an die Organisation werden als zweckbestimmt und ausschließlich den materiellen Fragen des eigenen Arbeitsplatzes dienend gekennzeichnet. Eine andere Denkweise versucht, die Haltung der Mitglieder nachzuvollziehen. Hier werden Mitglieder aber nur als Opfer kon-

Die traditionelle Vertreterpolitik in ihrer Strukturierung von oben nach unten ist - im Gegensatz zum Westen - von beiden Seiten noch weitgehend akzeptiert.

struiert, deren Ohnmachtserfahrungen ihre Resignation und innere Emigration nur allzu verständlich erscheinen lassen. Diese Sicht legt dann auch eine Entverantwortung für die Gestaltung der Verhältnisse nahe. Den Funktionärinnen und Funktionären verbleibt die Rolle der Erziehenden, die die Mitglieder an diesen unmittelbarkeitsverhafteten Interessen abholen, um sie dann schrittweise zu den höheren Perspektiven weiterzuführen: „Das ist genau das, was wir versuchen, dort ranzugehen, also schon auf die Mitglieder irgendwo einzuwirken und ihnen ganz klar zu machen, daß, was wir wollen, für sie auch gut ist.“

Gemeinsam ist beiden Varianten dieses Avantgardebewußtseins ein Plädoyer für eine Politik der Mobilisierung durch Aufruf und Appell. Die Funktionärinnen und Funktionäre als die Wissenden sind dazu berufen, den Mitgliedern "klaren Wein" einzuschenken und an ihre kollektive Handlungsmacht zu appellieren. In dieser Denkfiguration tauchen die Mitglieder als namenlose Masse auf, die nur als Zahlengröße interessant erscheint. Der Appell an die

Mitglieder resigniert dann auch auf ihre Präsenzpflicht bei Großveranstaltungen; ihre Erfahrungen und ihr Engagement in der Gestaltung gewerkschaftlicher Politik werden gar nicht erst abgefragt. Politik wird hier nur als eine durch Funktionärinnen und Funktionäre erzeugte Bewegung der Massen denkbar.

Das Selbstverständnis des männlichen Funktionärs wird dabei vereinseitigt nur in der Figur des »opinion-leaders«, Häuptlings und Revolutionärs mit Fahne in der Hand entschlüsselt, als Multifunktionär, der "auf allen Hochzeiten tanzt", dem die Massen zujubeln, „und die Mitglieder klatschen alle, und die bestätigen dir alles, was du willst“. Die Selbstinszenierung als »charismatischer Anführer« muß für viele überfordernd wirken, wenn sie Maßstab für die Wahrnehmung von Vorsitzendenfunktionen sein soll. Dies wird deutlich an der auch in den Vorständen formulierten Angst vor diesen Funktionen. Frauen in Funktionärsposten bilden ihre Praxis in einer Weise ab, in der eher »mütterliche Qualitäten« des Versorgens und Behütens durchschimmern. Im Gegensatz zur männlichen Abgrenzung nach unten hat das empathisch identifizierte Verhalten der Frauen aber auch etwas Überbehütendes. Beide Varianten haben einen bevorzugen Kontrollaspekt, worin sich auch gewisse Entmündigungstendenzen gegenüber den Mitgliedern zeigen. Der Unterschied zwischen den Geschlechtern besteht allerdings darin, daß Männer für ihre Heroisierungen deutliche Bilder entwerfen, wogegen Frauen ihre Praxis zwar beschreiben, aber keine Bilder für diese verwenden.

### Der überlastete „große Vorsitzende“

Die Selbstpositionierung der Vorsitzenden ist noch einmal besonders exponiert, denn sie setzen sich auch in Abgrenzung gegenüber den anderen Vorstandsmitgliedern. So wird im Diskurs aus dem »Wir« öfter ein »ich und die anderen«. Die Vorsitzenden bilden sich dann als allein ab, als Herumkreisende, Herumwiedernde, Schulmeisternde, in Aufgabenfelder Einweisende. Dies produziert ein Leiden an der Überverantwortung, das noch zudem in vielen Fällen durch Doppelfunktionen - Gewerkschaftsarbeit und Personalratstätigkeit - potenziert wird. Während das Problem der Verantwortungsteilung die Einsicht in die Planung und Professionalisi-

sierung von Vorstandsarbeit nach sich zieht, wird das Multifunktionsdasein im Diskurs zu einem persönlichen Problem umartikuliert, das individualisiert gelöst werden müsse.

Bei der Suche nach entlastenden Aktiven werden zwei strukturell an die Gewerkschaft gebundene Personengruppen ausgemacht: Die Vertrauensleute und die Personalräte. Letztere dienen im Diskurs als diejenigen, die jetzt schon greifbar sind für einen gewerkschaftlichen Einsatz, wohingegen das Vertrauensleutesystem erst aufgebaut werden muß. Das ist Pech für die Personalräte, denn sie werden jetzt als Feuerwehr gesehen, die für alle möglichen Einsatzfelder verantwortlich gemacht wird. Dabei sind Personalräte noch nicht einmal eine gewerkschaftliche Institution, sondern haben, analog zu den Betriebsräten, einen autonomen Funktionsbereich. Wir interpretieren hier einen instrumentalisierenden Zugriff. Personalräte sollen für eine Entlastung der gewerkschaftlich Verantwortlichen sorgen, gleichzeitig nehmen sie die Funktion von »Sündenböcken« ein, an die Probleme delegiert werden und die bei der Nichtbewältigung dieser Probleme die Schuld zugeschoben bekommen. Viele interviewte Funktionärinnen und Funktionäre schießen sich regelrecht auf diese Gruppe ein und führen hierbei einen moralisierenden Diskurs. Die Sichtweise scheidet zwischen "richtigen" und "falschen" Leuten, richtet sich auf "trübe Tassen" und tituliert sie als "faul". Da wird sanktioniert, kontrolliert, Einsätze werden vergeben, "kleine Aufgaben", die darin bestehen, wiederum andere Personalräte oder Basisgruppen zu kontrollieren. Weitergedacht könnte so ein richtiges Schneeballsystem von Zwangsaktivierungen entstehen - die ideale bärenstarke Macht-(gefälligst)-mit-Gewerkschaft!

### Herrschaftsförmige Politikstruktur

Dieses hier gemeinschaftlich gestrickte Politikmuster ist mit seiner Klarheit von oben nach unten abgebildeten Kontroll- und Anweisungsstruktur herrschaftlich durchzogen.<sup>3</sup> Der Soziologe Max Weber erkennt in der Ausübung von Herrschaft eine Sonderform der Macht, denn jene sei in Abgrenzung zu Herrschaft gekennzeichnet durch eine Befehlsstruktur, die Gehorsam suche (vgl. Weber 1972). Die von uns gesichtete Herrschaftsförmigkeit der Gewerk-

schaftspolitik wird erkennbar in:

- einer Ausübung von Kontrolle, die ausgeht von den Funktionärinnen und Funktionären, und mittels derer schließlich die Kontrollierten selbst als Kontrolleure herangezogen werden;
  - einer Instrumentalisierung anderer, die schließlich auch als Selbstinstrumentalisierung praktiziert wird;
  - Drohungen mit Negativ-Sanktionen gegenüber unwilligen, »ungehorsamen« Personalräten;
  - einer manipulative Denkhaltung, wie sie in der Sprachform vorfindlich ist, Leute zu "beschäftigen" mit Aufgaben, die von den Funktionärinnen und Funktionären definiert werden;
  - der Vorstellung von dem Funktionär als »charismatischer Anführer«, dem kraft seines Heldentums etwas Außeralltägliches anhaftet und dem die Massen vertrauen<sup>4</sup>;
- der Vorstellung der Funktionärin als »überbehütende Mutter«, die besser weiß, was für ihre Mitglieder gut ist, als diese es selbst wissen.

### Der Reproduktionskreis traditioneller Gewerkschaftspolitik funktioniert - noch

Ergebnisse einer Mitgliederbefragung des GEW-Landesverbandes Sachsen über die Interessenlage von östlichen Gewerkschaftsmitgliedern bestätigen das Bild einer instrumentell orientierten Versorgungsmentalität.<sup>5</sup> Die - al-

lerdings nur unter Lehrerinnen und Lehrern durchgeführte - Untersuchung zeigt Mitglieder, die Schwierigkeiten haben, sich in ihren Einrichtungen zur Gewerkschaft zu bekennen, die kaum voneinander wissen, schon gar nicht über ihre jeweilige Einrichtung hinaus, die - und dieser Punkt ist noch problematischer - auch nur wenig Interesse an weiteren Kontakten zu anderen Gewerkschaftsmitgliedern haben. Es gibt kaum Treffen in den Schulen, und über Arbeitsprobleme wird so gut wie nicht diskutiert. Das Verhältnis der Mitglieder zu ihrer Organisation ist durch Papier-Versorgung im »top-down-Verfahren« geprägt. Dreiviertel der Befragten haben noch keinen Kontakt zu ihrem Kreisvorstand gehabt. Die Gründe für eine Gewerkschaftsmitgliedschaft sind überwiegend instrumentell oder traditionell; nur wenige nennen auch bildungspolitische Motive. Interesse an berufspraktischen Fortbildungen durch die GEW gibt es erst in Ansätzen. Vereinzelt findet man in der Gewerkschaft so etwas wie eine politische Heimat, aber Motivation zum eigenen politischen Engagement gibt es praktisch nicht. Zur Organisation hat man ein abwartendes Verhältnis; man erwartet, daß für einen etwas getan wird, nicht daß man etwas tun kann.

Auch erste eigene Forschungsergebnisse aus dem Bereich der sozialpädagogischen Berufe kommen zu vergleichbaren Ergebnissen bezüglich einer instrumentellen und serviceorientierten Erwartungshaltung. Oft stellen Mitglieder erst im Zusammenhang mit Kündigung-



gen oder Einrichtungsschließungen den Kontakt zu ihrer Gewerkschaft her. Es wird aber darüber hinaus auch deutlich, daß Mitglieder ihrer Gewerkschaft mit großer Distanz gegenüberstehen. Sie sind desinteressiert und häufig uninformatiert, nehmen Gewerkschaftsinformationen vielfach nur sehr eingeschränkt zur Kenntnis. Frühere Gewerkschaftserfahrungen aus Zeiten der DDR werden deutlich in ihren Zwangsseiten beschrieben. Allerdings wird positiv vermerkt, daß die Veranstaltungen meistens in der Arbeitszeit gelegen hätten; heute müsse man Freizeit opfern, und hierzu besteht nur sehr geringe Bereitschaft. Gewerkschaftsarbeit wird als zusätzliche Belastung angesehen und wird in ihrem Erfolg und in ihrer Durchsetzungskraft angezweifelt. Verlorene Kämpfe gegen Einrichtungsschließungen haben bereits ihre resignativen Spuren hinterlassen.

Der kulturelle Wandel, der Interessenlage und Alltagsverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern im Westen der Republik in Richtung auf Selbstbestimmung und Partizipation verändert (vgl. Zech, Hrsg., 1992), hat im Osten noch nicht durchgeschlagen. Hier ist die Delegation der Handlungsinitiative verbreitet, nicht das Selber-Handeln-Wollen. Die damit verbundene Subalternität wird akzeptiert. Man richtet instrumentelle Erwartungen an die Aktionen der Gewerkschaft, ist auch bereit, zu Demonstrationen zu gehen - letzteres allerdings mit abnehmender Tendenz. Streikbereitschaft gibt es so gut wie keine. Noch allerdings ist die von der Organisation erwartete Folgebereitschaft für konventionelle Massenaktionen durchaus vorhanden. Dies alles drückt eine Korrespondenz von Führungsanspruch der Funktionärinnen/Funktionäre und Vertretungswünschen mit Folgebereitschaft in der Mitgliedschaft aus. Die eher traditionelle Vertreterpolitik in ihrer Strukturierung von oben nach unten ist - im Gegensatz zum Westen - von beiden Seiten noch weitgehend akzeptiert; sie entspricht also durchaus der derzeitigen sozialen Lage traditioneller und teilmodernisierter Milieus in den neuen Bundesländern (vgl. Vester u.a. 1993). Daher wünscht die Masse der Funktionärinnen und Funktionäre auch nur eine Effektivierung ihrer Apparatepolitik - keine Modernisierung, denn noch funktioniert sie, und man fühlt sich dadurch in der Richtigkeit der eigenen Weltansicht bestätigt.

Diese wird verfestigt durch die reale gesellschaftspolitische Situation in den neuen Bundesländern, wo der »Klassenkampf von oben« mit härteren und unverhüllteren Mitteln ausgetragen wird als es im Westen der Republik (noch?) üblich ist. Die Funktionärinnen und Funktionäre liefern eine Fülle von Eindrücken und Beispielen, um die Unrechtserfahrungen mit dem neuen System zu skandalisieren: Da wird auf die Erfolglosigkeit einer Einflußnahme in den Gremien der Kommunalpolitik verwiesen, innerhalb derer schon vorher alles abgesprochen sei; da werden die Diskussionen um den Entwurf eines Schulgesetzes benannt, die allesamt in dieses keinen Eingang gefunden hätten, weil das Konzept letztlich schon vorab festgestanden habe und vom Westen abgeschrieben worden sei; schließlich wer-

**Die FunktionärInnen sehen sich in der Rolle der Erziehenden, die die Mitglieder an ihren unmitttelbarkeitsverhafteten Interessen abholen, um sie zu höheren Perspektiven zu führen.**

den auch Westbeamte als Kolonisatoren identifiziert, die mit "Brachialgewalt" auf dem Terrain der ehemaligen DDR durchgriffen.

Ein Realitätsgehalt des Bildes, das die Beteiligten von den gesellschaftlichen Bedingungen zeichnen, soll nicht in Abrede gestellt werden. Die *hermetische* Konstruktion der gesellschaftlichen Bedingungen aber, die hier vereindeutigt und widerspruchsfrei hergestellt wird, könnte darüber hinaus aber auch für die Beteiligten eine subjektive Funktionalität haben: Im Kontext der zuvor ernüchternden und deshalb abgewehrten Einsicht, daß keine Ideen und Gestaltungsmomente in der gewerkschaftlichen Politik erkannt und wahrgenommen werden konnten, birgt diese Wahrnehmung ein Entlastungsmoment, denn sie nimmt die Funktionärinnen und Funktionäre aus der Verantwortung: Wo kein Raum für Gestaltung gegeben wird, muß auch der gute Wille zu verändern scheitern. Hier kann dann auch in höherem Maße als zuvor eine Übereinstimmung mit den Mitgliedern gesehen wer-

den, denn schließlich sehen sich alle den fremdverfügbaren Bedingungen unterworfen.

Der Reproduktionskreis traditioneller Gewerkschaftspolitik ist also *noch* geschlossen: Die Mitgliedschaft hat tarif- und beschäftigungspolitische Sorgen und richtet diese als instrumentelle Versorgungsbedürfnisse an die Organisation. Hier warten die Vertreter, stilisieren sich zum Teil als »charismatische Führer« oder »sorgende Mütter«, fordern, appellieren, rufen auf und mobilisieren zu Großaktionen. Die Mitgliedschaft erscheint in durchaus nennenswerten Maßen, demonstriert Stärke und verleiht den Forderungen der Organisation Nachdruck. Erste Erfolge haben motiviert und diese Vertreterpolitik bestätigt. Doch nun werden Risse im Reproduktionskreis deutlich, wenn er auch noch hält.

### Risse nicht kitten, sondern Entwicklungstendenzen gestalten

Als Motiv für den Beginn ihres gewerkschaftlichen Engagements erinnern die Funktionärinnen und Funktionäre, "was anders zu machen". Die Darstellung der undemokratischen gesellschaftlichen Verhältnisse verweist auf die notwendige Aufgabe der Gewerkschaft, sich als demokratische Gegenmacht zu profilieren. Hier werden immens wichtige Felder gewerkschaftlicher Gestaltung deutlich, wie sie Oskar Negt (1989) als Herausforderungen für die Gewerkschaften benannt hat: Die Realisierung der gesamtgesellschaftlichen politischen Demokratie, die ein größeres Maß an Selbstbestimmung und Fähigkeit zur Mitbestimmung der Menschen bei gesamtgesellschaftlichen Entscheidungen ermöglichen soll, und - damit zusammenhängend - die Verknüpfung der kollektiven Kämpfe mit der individuellen Emanzipation. Die Demokratisierungsaufgabe erscheint gerade vor dem Hintergrund der Ohnmachtserfahrungen und drohenden Apathie dringlich geboten. Die Ausweitung demokratischer Spielräume kann aber nicht im konkurrierenden Gegeneinander erfolgen. Befindlichkeiten der Betroffenen müssen dabei mitbedacht werden. Eine subjektneugierende politische Kultur birgt die Gefahr von subjektneugierenden Verhalten der in sie eingelassenen Individuen in sich. Die Kritik an demokratisie-

rungsbedürftigen Zuständen müßte den Versuch miteinschließen, eine Gegenkultur zu entwickeln.

Zur bestehenden Vertretungspolitik gibt es im Grundsatz in den neuen Bundesländern noch keine Alternative. Aber es wäre schon viel gewonnen, wenn sie nicht auch noch überhöht als »richtige gewerkschaftliche Politik« gegenüber den »Verweichlichungstendenzen« im Westen ideologisiert würde. Anstatt Heroisierungen der eigenen Überverantwortung zu produzieren, könnte Einsicht in die sich entwickelnden Veränderungen Gestaltungsspielräume eröffnen.

Die Mitglieder fühlen sich durch das Mobilisiert-Werden mittlerweile mehr und mehr belästigt. Es gibt erste Ansätze, zwar noch nicht selbst zu handeln, doch aber wenigstens gefragt werden zu wollen. Der Mobilisierungsaufwand für die Funktionärinnen und Funktionäre zu Massenveranstaltungen wächst und erhöht die Arbeitsüberlastungen. Nachwuchsprobleme für weitere Funktionärskader vergrößern das Problem. In dem Maße, wie sich die unmittelbaren Beschäftigungssorgen langsam verringern, wachsen in der Mitgliedschaft Bedürfnisse nach Hilfe bei der Gestaltung ihrer Arbeit in den Einrichtungen. Die Notwendigkeit für Weiterbildungen wird deutlicher. Es artikulieren sich Kontaktbedürfnisse und der Wunsch nach arbeitsplatzbezogenen Gesprächskreisen. Von der Organisation erwartet man nicht mehr nur Papier, sondern auch Betreuung in »face-to-face-Kontakten«. Darüber hinaus können die im Osten verbreiteten Wünsche nach kultureller Versorgung in Richtung soziokultureller Gemeinschaftserfahrungen gestaltet werden, die sich wiederum solidaritätsfördernd und in verstärkter Organisationsloyalität auswirken würden.

### Reform der Politikformen und -inhalte

Es kann nicht darum gehen, bewährte Politikstrukturen zugunsten unsicheren Terrains aufzugeben, aber langsam müßten traditionelle Politikformen ergänzt werden durch den Aufbau autonomer Handlungsräume, in denen die Mitgliedschaft sich und ihre Interessen artikulieren könnte. Mehr unzensurierte Informationen - auch über die Probleme der Organisation - könnten Beteiligungsnotwendigkeit erkennbar machen, anstatt Handlungsfähigkeit dort vorzuspielen, wo sie längst brüchig geworden

ist. Nicht zuletzt ist die Vorstandsarbeit zu reformieren in Richtung kollektiver Verantwortungsteilung. Hier könnte das Erlernen von modernen Konferenz- und Managementtechniken die Arbeit der Funktionärinnen und Funktionäre erleichtern und effektiver machen. Eine Umarkierung der Politik bedeutet, die Vorstände auf dem Weg zu einer anderen basisorientierten Politik zu begleiten. Hierbei müßten in der Qualifizierung und Unterstützung der Beteiligten u.E. zwei Zielsetzungen im Mittelpunkt stehen: Zum einen die Entwicklung und Verbesserung von Kompetenzen zur Prioritätensetzung, damit eine kritierengeleitete, nicht-überforderte Politik gestaltet werden kann, und zum anderen die Entwicklung von Kompetenzen, die ein basisbezogenes, nicht-instrumentalisierendes und mithin auch nicht länger selbst-instrumentalisierendes Selbstverständnis der Funktionärinnen und Funktionäre ermöglichen. Der hier skizzierte Bildungsbedarf wurde von uns schon an anderer Stelle als Entwicklungsnotwendigkeit in der gewerkschaftlichen Praxis von Funktionärinnen und Funktionären beschrieben (vgl. Eheses 1993). Eine kontinuierliche Unterstützung ihrer Reformbemühungen würde den Funktionärinnen und Funktionären der östlichen Landesverbände große Chancen bieten, sich neue erweiterte Handlungsmöglichkeiten zu erschließen.

Arbeitskämpfe sind zu führen, dort wo es darum geht, Verschlechterungen abzuwehren, aber vor allem sind die Arbeitsbedingungen vor Ort zu gestalten. Durch die Erweiterung der pädagogischen Handlungsfähigkeit der Kolleginnen und Kollegen wären basisnahe Reformen in den Einrichtungen zu fördern, die spürbare Arbeitserleichterungen schaffen. Vor allem in Zeiten finanzieller Engpässe sind praxisnahe Gestaltungsmöglichkeiten zu suchen. Die Belastung durch die wöchentliche Arbeitszeit rangiert in Befragungen zwischen sieben und zehn Prozent, deutlich hinter anderen Faktoren, wie den veränderten Kindern und Jugendlichen, mit deren zunehmender Gewaltbereitschaft, gegen die Konzepte und Handlungsmöglichkeiten noch weitgehend fehlen. Hier wird die Gewerkschaft in der Zukunft immer mehr gefragt sein. Darauf sollte sie sich vorbereiten, sonst geht der gesellschaftliche Wandel über sie hinweg. Herrschaftsförmigkeit - mag sie im Augenblick auch funktional erscheinen - zerstört das Fundament einer demokrati-

schon und beteiligungsorientierten Gewerkschaftspolitik.

### Literatur

- Bedürfnisse und Interessen in der Mitgliedschaft der GEW-Sachsen. Zwischenauswertung einer Fragebogenerhebung, Stand 1.9.94, unveröffentlichter Bericht des Projektes »Mitgliederbetreuung« der GEW-Sachsen
- Eheses, Christiane (1993): Im Osten was Neues? Aufbauarbeit, Praxisprobleme und Bildungsbedarf von Funktionärinnen und Funktionären in den neuen Bundesländern, in: Zech (Hrsg.) 1993
- Negt, Oskar (1989): Die Herausforderung der Gewerkschaften. Plädoyer für die Erweiterung ihres politischen und kulturellen Mandats, Frankfurt/Main, New York 1989
- Vester, Michael; von Oertzen, Peter; Geiling, Heiko; Herrmann, Thomas; Müller, Dagmar (1993): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Köln 1993
- Weber, Max (1972): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, Tübingen 1972
- Zech, Rainer (Hrsg.) (1990): Individuum und Organisation. Probleme gewerkschaftlicher Politik 1, Hannover 1990
- Zech, Rainer (1990a): Aktivierung von oben ist Passivierung. Strukturprobleme gewerkschaftlicher Funktionärspolitik, in: ders. (Hrsg.) 1990
- Zech, Rainer (1990b): Zur Methode der Analyse von Gruppendiskussionen, in: ders. (Hrsg.) 1990
- Zech, Rainer (Hrsg.) (1992): Kultureller Wandel, verändertes Mitgliederverhalten, gewerkschaftliche Perspektiven. Probleme gewerkschaftlicher Politik 2, Hannover 1992, 2. Auflage
- Zech, Rainer (Hrsg.) (1993): Professionalisierung gewerkschaftlicher Politik und Bildung. Probleme gewerkschaftlicher Politik 3, Hannover 1993
- 1 Zur verwendeten Forschungsmethode vgl. Zech 1990b.
  - 2 Die Textpassagen in "Anführungszeichen" sind Originalaussagen der interviewten Funktionärinnen und Funktionäre.
  - 3 Wenn hier von einem herrschaftlichen Politikstrukturtyp die Rede ist, dann handelt es sich keinesfalls um eine Charakterisierung von Personen, sondern um die Analyse typischer Strukturen situationaler Handlungsmöglichkeiten. Das heißt, es wird der stattgefundenen kollektiven Prozedur entschlüsselt. Die Praxisformen von Politik werden dabei von objektiven gesellschaftlichen Bedingungen und gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen bestimmt, bergen aber in sich auch immer die Option von anderem Handeln. (Vgl. ausführlich Zech 1990b, S. 40ff. u. S. 214ff.)
  - 4 Vgl. zur Herausarbeitung des charismatischen Herrschaftstyps Weber 1972, S. 654ff.
  - 5 Vgl. Bedürfnisse und Interessen in der Mitgliedschaft der GEW-Sachsen

# What's left?

## Elemente eines modernen (jung-) sozialistischen Reformismus - Konsequenzen der Erfahrungen mit linker Theorie und Praxis

von Frank Wilhelmy\*

*„Wenn ich mich an dem Spiel 'Was ist links' beteiligen wollte, wäre ich viel verzweifelter, als ich es bin. Das weiß doch jeder, was links ist. Sagen Sie mir doch mal, warum Sie das nicht mehr wissen?“ (Jürgen Habermas 1980, im Interview mit vier Redakteuren der taz)*

*„Links ist, wo der Daumen rechts ist!“ (Alte Spruchweisheit)*

Wird das Schwein vom Bauern oder vom Strick um den Schweinehals zu Markte gezogen? Derlei ernste und letztlich unlösliche Fragen waren der mittelalterlichen Scholastik gar manchen haarspalterischen Disput wert. Weltbilder konnten qua päpstlicher Bulle dogmatisch verordnet oder mit trefflichen Argumenten - Exkommunizierung, Morgenstern, Hellebarde oder Streckbank - im mittelalterlichen „Diskurs“ verteidigt werden. Trotz der recht hohen Überzeugungskraft der erwähnten „Argumente“ bildeten sich Sekten und Fraktionen sonder Zahl. Jede Gruppe verfügte über beträchtliche Heils- respektive Unheilsgewißheit und die einzig wahre Interpretation eines Kanons sakraler Texte und so war für das weitere rege „Argumentieren“ in dieser Zeit bestens gesorgt.

### Reformismusstreit bei den Jusos

Auf dem Wiesbadener Juso-Bundeskongreß 1975 wurde mit Pathos um die Entscheidung der Frage gefochten, ob denn der Staat „ideeller Gesamtkapitalist“ sei, ob also die Vorstellung, man könne durch einfache Nutzung der bestehenden Institutionen und durch eine schrittweise Reformpolitik den Kapitalismus überwinden, sich an einer „Systemgrenze“ blamieren müsse, weil der Staat und seine Institutionen mehr oder minder ein Herrschaftsorgan des kapitalistischen Systems seien. Die kritische

Position, die bestritt, daß der Staat ein für Reformpolitik geeignetes Instrument sei, gewann in der Diskussion auf dem Kongreß zunächst eine knappe Mehrheit. Sie wurde von den beiden „marxistischen“ Fraktionen der Jusos vertreten, der berühmten Stamokap-Fraktion (oder auch Hannoveraner Kreis, Anhänger der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus) und den „Antirevisionisten“ (oder „Göttingern“, die den Stamokaps eine falsche Marx-Interpretation vorwarfen und der dritten Fraktion, den Reformsozialisten, gerade das Fehlen eines ausreichenden Marx-Bezuges). Die Gruppe der Jusos, die die Bundesvorstandsmehrheit stellte, die Reformsozialisten (oder „Malenter Kreis“) hielt an ihrer Auffassung fest, daß die politischen Institutionen für eine systemüberwindende Reformpolitik nutzbar seien und setzte sich schließlich doch, nachdem sich die Jusos fast gespalten hätten, mit Hilfe von Rücktrittsdrohungen ein entsprechendes Positionspapier durch.

So fremd die verwendeten Begriffe heute scheinen und so fern die 20 Jahre alte Debatte liegen möge, in ihr manifestierte sich die Zerrüttung der Jusos und ihre Aufspaltung in feindliche Lager. Was sich an Konfliktpotential bis heute davon erhalten hat, ist manchmal nur noch mit psychologischen und gruppendynamischen Ansätzen nachvollziehbar. Die heutigen Probleme der Jusos sind aber nicht grundverschieden von damals (wahrscheinlich aber schwieriger, weil der Verband stark an Bedeutung verloren hat und starke Konkurrenz von außen vorhanden ist), sie drehen sich um die Definition der eigenen politischen Identität, kurz um die Frage, wie ihr inhaltliches Profil als explizit linke Richtungsorganisation und zugleich Jugendverband der SPD aussehen soll.

Die großen historischen Fragen der Linken bzw. Arbeiterbewegung spiegelten sich 1975 in den Wortgefechten des sechs Jahre zuvor linksgewendeten SPD-Jugendverbandes wider. Kaum eine theoretische Position aus dem reichhaltigen Arsenal der linken Traditionsgeschichte, die nicht in irgendeiner Form bei den Ju-

sos diskutiert worden wäre. Beim Thema „Staat und Reform“ bündelten sich alle Angelpunkte von Theorie und Praxis linker Politik: Reform/Revolution, Staatstheorie, Kapitalismusanalyse, politische Strategie und schließlich die Einschätzung der Aufgabe und Rolle der Sozialdemokratie.

Wollte man nun, sechs Jahre nach dem Umbruchjahr 1989, bewerten, welche Seite wohl mehr recht hatte, müßte man wohl sagen: die reformistische Linie der Debatte hat sich, was die Kerngedanken anbelangt, durchgesetzt. Freilich weniger durch eigene intellektuelle Brillanz, sondern durch den spätestens nach 1989 folgenden Zusammenbruch systematisch ausdifferenzierter „marxistischer“ Großtheorien. Das ganze tradierte linke Spektrum ist gehörig verwirbelt worden. Die konsequentesten und radikalsten Reformisten findet man ironischerweise heute eher bei den linken Jusos - ausgerechnet die Nachfolger der einstigen Stamokap-Fraktion sind die besten Erbwalter des Reformsozialismus. Und um sich die „Spektralverschiebung“ sinnfällig zu machen: die Reformsozialisten der Jusos von einst würden rhetorisch problemlos die heutige „Kommunistische Plattform“ der PDS links einholen und müßten sich vom Bayrischen Verfassungsschutz wegen systemverändernder Umtriebe überwachen lassen.

Der Reformismus als ursozialdemokratischer Politikansatz ist derart dominant geworden, daß man, wenn man Programme und bisherige Praxis bewertet, sagen kann: In der Bundesrepublik Deutschland gibt es drei sozialdemokratische Parteien - die SPD als klassische sozialdemokratische Massenpartei (deren hasenherziger Reformismus kaum noch sichtbar ist), Bündnis '90/Die Grünen als radikaldemokratische und den ökologischen Umbau betonende Variante und schließlich die PDS, die geschickt (zugleich aber auch notgedrungen) versucht, den Namen „Demokratischer Sozialismus“ zu okkupieren.

Freilich ist damit über die genauere Qualität dieser reformistischen „Sozial-

demokratien“ noch wenig gesagt. Und außerdem ist zwar nur noch dieser Ansatz ernstlich übriggeblieben, aber die Probleme, um die es beim Theorienstreit immer auch ging (Krisen; Kriege, gesellschaftliche Probleme aller Art) sind weiterhin ungelöst. Obwohl die Linke von der theoretischen wie praktischen Hypothek von dogmatischem Marxismus-Leninismus und autoritärem „Realsozialismus“ befreit ist, ist sie nicht stärker, sondern anscheinend schwächer geworden. Opportunistische, pragmatische, resignative, trotzig und reflexive Haltungen bestimmen das neblige und schwache linke Kraftfeld. Auf die Frage 'Was ist links?' vermag man nicht mehr spontan zu antworten und die postmoderne Behauptung, die Begriffe „Rechts“ und „Links“ („Lechts und Rinks“) seien überflüssig und nichtssagend geworden, gehört zum guten Ton mittelmäßiger Feuilletons und entsprechender Intellektuellen- und Politikerermone.

### Sozialistische Politik und Marxismus

Die englische Frageform 'What's left?' besitzt eine interessante Doppeldeutigkeit: Was ist links? und Was bleibt übrig? Genau um diese zweifache Fragestellung dreht sich jeder Versuch, die Elemente eines modernen Verständnisses linker Politik zu destillieren. Was kann von der linken Tradition aufgehoben werden (im dreifachen Hegelschen Sinne: aufbewahrt, revidiert und auf ein neues Niveau gehoben werden) und was sind die unverwechselbaren Merkmale linker Identität?

Sozialistische Politik kannte zahlreiche Motive und Begründungszusammenhänge, der unbestreitbar wirkmächtigste Diskussionsstrang war der marxistische Diskurs. Nur er konnte Weltbildcharakter annehmen und nur er hatte in Gestalt seiner marxistisch-leninistischen Abart die Kraft, in über 70 Jahren in etlichen Ländern weltweit viele Experimente zu legitimieren, eine neue „realsozialistische“ Gesellschaft aufzubauen (ob etwas an den realsozialistischen Staaten real sozialistisch war, sei hier dahingestellt). Seit ihrem Erfurter Programm (1891) und spätestens bis zum Godesberger Programm (1959) berief sich auch die deutsche Sozialdemokratie vorzugsweise auf den Marxismus. Sowjetischer Marxismus-Leninismus und der Marxismus der Sozialdemokratie



(und viele andere Spielarten) hatten immerhin soviel gemeinsame Aspekte, daß es sich durchaus lohnt, sich der Struktureigentümlichkeiten marxistischen Denkens zu vergewissern. Denn diese gaben noch vor nicht langer Zeit das Gerüst für die anspruchsvollsten Sozialismus-Modelle. Aus den Trümmern dieser Modelle wäre zu retten, was der Rettung wert ist.

Karl Marx galt die Abschaffung des Privateigentums (an Produktionsmitteln) als das „aufgelöste Rätsel“ der Geschichte. Generationen von Marxisten planten die „Expropriation der Expropriateure“ (Enteignung der Ausbeuter), die sie sich nur als revolutionären Akt vorstellen konnten, bei dem die zu erwartende Gegenwehr der Kapitalisten notfalls mit Gewalt gebrochen werden müßte. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse entwickelten zunächst die Produktivkräfte in nie gekannter Form, würden aber alsbald (zyklische Krisen schienen das zu beweisen) zur Fessel der weiteren Entwicklung von Ökonomie und Gesellschaft. Das Proletariat, angewachsen zur Mehrheit der Gesellschaft, war der Träger einer historischen Mission: die endgültige Befreiung der Menschheit von den Zwängen, Leiden, Ideologien, Krisen und Kriegen der Vorgeschichte - kurz von aller Entfremdung. Der (weltweit gedachte) Aufbau von Sozialismus und Kommunismus (wo das Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ herrschen würde) war das Ziel der menschlichen Geschichte in einer Philosophie, die die Weltgeschichte als

notwendig ablaufende - durch Klassenkämpfe vermittelte - Folge von Gesellschaftsformationen (von der antiken Sklavenhaltergesellschaft über den Feudalismus, Kapitalismus hin zum Sozialismus/Kommunismus) interpretierte. Die Anarchie des kapitalistischen Marktgeschehens sollte der Politik unterworfen werden, der Planung und Verteilung einer Produktion von Gebrauchswerten. Die Diktatur des Proletariats war dazu als erste, notwendige Durchgangsstufe angestrebt - übrigens als wahre „Demokratie“ (Volks-Herrschaft) gedacht, denn in ihr sollte ja gerade die Mehrheit des Volkes über die Minderheit (der Ausbeuter) herrschen, während später im Kommunismus überhaupt keine Herrschaft (und kein Staat) mehr nötig sein sollte, also auch keine Demokratie.

Eduard Bernsteins „Revisionismus“ formulierte um die Jahrhundertwende bereits eine Abkehr vom „revolutionären Attentismus“ (Abwarten des nahen Zusammenbruchs des Kapitalismus) der II. Internationale unter dem Sozialdemokraten Kautsky. Die Zusammenbruchserwartungen hatten sich nicht bestätigt, der Aufbau des Sozialismus sei deswegen ein durch langfristige Reformschritte und politische Demokratie anzustrebendes Fernziel. Nicht das Ziel als solches, sondern die Bewegung dahin sei ausschlaggebend.

Das direkte Gegenstück zum Bernsteinschen Revisionismus war (außer der schleichenden Aufgabe sozialistischer Positionen und der Vernachlässigung vielversprechender Ansätze - z.B.

\* Dr. Frank Wilhelmy, Bad Münst. a. St., Politikwissenschaftler, Sprecher des Juso-Bezirks Rheinland-Hessen-Nassau

Rosa Luxemburgs) der (voluntaristische) Versuch der Kommunisten vor allem unter dem Chefdenker Lenin, mit revolutionärer Gewalt die alte Gesellschaft abzuschießen und die neue, ersehnte, aufzubauen. Freilich hofften, ja erwarteten die Protagonisten der russischen Oktoberrevolution, daß, nachdem die kapitalistische Kette an ihrem schwächsten und rückständigsten Glied, Rußland, aufgebrochen war, Deutschland und dann die übrige entwickelte Welt folgen würden und man die sozialistische Weltrepublik aufbauen könnte. In diesem Sozialismus im Weltmaßstab hätte es eine fulminante ökonomische Entwicklung ohne Krisen und mit Wohlstand für Alle geben sollen und vor allem ewigen Frieden, da ja mit der Abschaffung der Klassenwidersprüche im Inneren der Nationen/Staaten auch die Feindschaft der Völker untereinander aufgehoben wäre.

### Erschütterungen des sozialistischen Fortschrittsoptimismus

Spätestens mit dem Ersten Weltkrieg begann aber eine Folge von Erschütterungen der marxistischen/sozialistischen Zukunftsprojektionen, die für die Elemente linker Selbstverständigung bis heute Konsequenzen haben:

- Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges, der allgemeine, auch die Arbeiterklasse erfassende Hurratriotismus, das Massensterben in den „Stahlgewittern“ offenbarte das Versagen gerade der deutschen Sozialdemokratie (Zustimmung zu den Kriegskrediten), das Massenmorden und der Nationalismus trübten das geschichtsoptimistische Menschenbild, die Vernichtungskraft moderner, maschineller Waffentechnik zeigte erstmals besonders grausam das Janusgesicht der Technikentwicklung. Der optimistische linke Fortschrittsbegriff, der von immer besserer Technik, prosperierender Wirtschaft und immer besseren Menschen ausging, erfuhr seine erste massive Kränkung.
- Das Ausbleiben der Revolution im Westen enttäuschte zusätzlich alle hochfliegenden Nachkriegserwartungen auf Besserung und gesellschaftlichen Fortschritt; die Arbeiterbewegung spaltete sich endgültig in Kommunisten und verschiedene Arten von Sozialdemokratien; der schwierige, von Aufbruchsstimmung, Bürgerkrieg und Terror zugleich

begleitete und gegen die theoretische Erwartung durchgeführte Aufbau des „Sozialismus in einem Lande“ in Stalins Sowjetunion trübte allmählich das Bild von eben diesem sozialistischen Aufbau; der Sowjetkommunismus entartete zur bürokratischen Gewaltherrschaft, der (Sowjet-)Marxismus wurde zum marxistisch-leninistischen Dogmensystem deformiert, sein Emanzipationsversprechen unterdrückt und zur Legitimierung autoritärer Herrschaft mißbraucht.

- Die bloße Tatsache des Faschismus, dem auch viele Arbeiter zujubelten (die Tatsache der Massenmanipulation und der kulturellen Regression, d.h. Rückentwicklung); das Unvermögen der Flügel der Arbeiterbewegung, den Sieg des Nazisystems zu verhindern; der vom deutschen Faschismus geführte furchtbarste Krieg der Menschheitsgeschichte und die Gaskammern in den KZ's verüsterten endgültig jede Hoffnung auf automatischen Fortschritt in der Menschheitsentwicklung - zu tiefgreifend war diese einzigartige zivilisatorische Rückwärtsentwicklung gewesen.

- Die Entwicklung der Atom- und Wasserstoffbombe samt der raketengestützten Trägersysteme und der Aufbau eines nuklearen Abschreckungssystems im Ost-West-Konflikt erzeugte allmählich ein Bewußtsein von der Möglichkeit eines Endes der Menschheit (an heutige Plutoniumtransporte und Giftgasanschläge sei in diesem Zusammenhang leise erinnert).

- Die durch eine Welle nationaler Unabhängigkeit von Ländern der „Dritten Welt“ und machtvoller Befreiungsbewegungen (Blockfreiheit) hervorgerufene Erwartung von Entwicklung im Weltmaßstab versandete allmählich nach dem Höhepunkt der 60/70er Jahre; Kriege und Unterentwicklung in der „Dritten Welt“ erwiesen sich als zäh - weder gelang die Durchsetzung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung noch verbesserte sich die Lage nach Ende des Ost-West-Konflikts (Ausbleiben der Friedensdividende); überall nehmen Nationalismus, Rassismus und Fundamentalismus zu - sie sind gleichzeitig Zerfallsprodukt des untergegangenen Sowjetsystems und Reaktion auf die Krisen, die das kapitalistische Weltsystem ökonomisch und soziokulturell hervorruft.

- Die ökologische Frage und die Aufgabe der Frauenemanzipation z.B. erwiesen sich (u.a.) als zu den klassen- und systemtheoretischen Auffassungen

der Linken querliegende Problemkomplexe.

- Die Entwicklung der Wissenschaften, die Pluralität des Meinungsstreits und des Wissens ließen die blinden Flecken und Fehler linker Theoriebildung hervortreten - der Anspruch auf das privilegierte Wissen um die Gesetze der Geschichte und Gesellschaft wurde immer mehr zur Farce, gleichzeitig entwickelten sich in der westlichen Linken zahlreiche theoretische Revisionen, Theorie-Kombinationen und Weiterentwicklungen, die es nicht zulassen, von dem Marxismus oder der linken Theorie zu reden.

- Neuartige Problemlagen (Gentechnologie, Computerisierung von Technik, Wirtschaft und Gesellschaft, elektronische Medienmacht) werfen neue ethisch-moralische und strategische Fragen auf und offenbaren eine tiefe Ratlosigkeit.

- Der historisch große Erfolg des Reformismus - Aufbau einer liberalen Demokratie und des Sozialstaates in den hochentwickelten westlichen Ländern - schwächte die verbliebenen revolutionären Ambitionen in der Linken. Zugleich zeigen aber die Defensive in der Verteidigung (ganz zu schweigen vom Ausbau) der sozialen und demokratischen Erfolge und die ökonomischen Probleme (Massenarbeitslosigkeit und fortwährende Krisenzyklen) des „gebändigten“ Kapitalismus eine ernste Krise des „sozialdemokratischen Modells“.

Der Zusammenbruch des sowjetischen Sozialismusmodells als nichtkapitalistischem Gegenmodell führte zur unumschränkten Herrschaft des kapitalistischen Profitkalküls vermittelt über den globalen Weltmarkt und dient bis heute legitimatorisch zur Abwehr jedweder Versuche, in die krisenerzeugende Anarchie des Marktes rational steuernd einzugreifen. Die ausgelöste Verunsicherung über die Möglichkeit, die menschliche Gesellschaft nach humanen und rationalen Kriterien politisch zu steuern, reicht äußerst tief in die Reihen der Linken.

### Schlußfolgerungen für ein modernes Projekt der Linken

Meines Erachtens sind die nachfolgenden Konsequenzen aus den beschriebenen, z.T. bitteren Erfahrungen zu ziehen. Die Elemente eines modernen, ge-

haltvollen Begriffs von „Links“ ergeben sich aus der Bereitschaft, aus der „Aufarbeitung der Vergangenheit“ zu lernen. Dabei geht es hier zunächst nicht um die Diskussion konkreter politischer Programmpunkte oder operativer bzw. strategischer Fragen, sondern um die Formulierung zugegebenermaßen recht allgemeiner Leitlinien, die weder vollständig noch unproblematisch sind:

1. Die radikale „Ungewißheit“ (Dubiel) des Wohins der menschlichen politischen und gesellschaftlichen Entwicklung ist die Grundbedingung allen Reflektierens und Handelns. Mit Fehlbarkeit und Regressionen, ja Katastrophen ist stets zu rechnen. Dennoch ist es so, daß ohne ein wie immer auch vorsichtiges und zurückhaltendes Fortschrittsverständnis politisch nicht auszukommen ist und utopisches Denken für die Motivation des Handelns unentbehrlich bleibt.

2. Der planende Zugriff menschlichen Handelns auf die Einrichtung der Gesellschaft ist nicht grenzenlos und umfassend möglich. Zahlreiche Momente des Unverfügbaren entziehen sich rationaler Einwirkung. Mehr noch: die Ausdifferenzierung von relativ autonomen Subsystemen der menschlichen Gesellschaft (Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft etc.) ist nicht mehr rückgängig zu machen, der zu weitreichende Eingriff in die Eigenlogik dieser Teilbereiche von Gesellschaft zerstört gerade die Voraussetzungen modernen Fortschritts. So scheint z.B. die im Medium Geld vermittelte Institution des Marktes für eine moderne Ökonomie unverzichtbar und nicht durch direkte bürokratische oder demokratisch-politische Planung ersetzbar.

3. Es fehlt auf unabsehbare Zeit die Konstruktion einer systematisch ausformulierten, zur kapitalistischen Gewinnsteuerung alternativen ökonomischen Logik. Unabhängig davon, ob eine solche Logik denkbar und praktikabel ist, hat linke Politik unabsehbar lange innerhalb des Weltkapitalismus zu funktionieren. Eine revolutionäre Durchsetzung einer Systemalternative, gar unter Inkaufnahme von Gewalt scheint völlig ausgeschlossen.

4. Die Flexibilität des Kapitalismus und die historischen Erfolge des Reformismus zeugen aber dafür, daß zunächst ein erträglicher „Olaf-Palme-Kapitalismus“ herbeireformiert werden könnte. Dieser Versuch ist im Kern die aktuelle Aufgabe der Linken. Über radikale, ant-

agonistische Systemalternativen wäre ernsthaft dann zu reden, wenn praktisch ausgelotet wird, was in und mit Gesellschaften überhaupt machbar ist, deren Ökonomie marktvermittelt und gewinn-gesteuert ist (und was nicht), und wenn theoretisch plausibel ein effektives ökonomisches Steuerungskriterium und -instrumentarium entwickelt werden kann, das nicht mehr auf dem Profit als Stachel der Produktion beruht.

5. Reformismus als methodischer und inhaltlicher Horizont linker Politik muß sich von bloßem Pragmatismus oder Opportunismus unterscheiden: in der Bewußtheit, daß die gegenwärtige Welt nicht das letzte Wort gewesen, daß „soziale Marktwirtschaft“ also nicht das Ende der Geschichte bedeutet, daß reformerische Erfolge durch die Funktionsgesetze des kapitalistischen Marktes und die Interessen profitierender sozialer Gruppen stets gefährdet sind, daß tatsächlich kein einziges Menschheitsproblem gelöst ist und daß es zur Durchsetzung von Fortschritten einer gehörigen Radikalität und Unbestechlichkeit bedarf.

6. Die sozialistische bzw. linke Bewegung ist radikal demokratisch oder sie ist nicht. Die Verbreiterung politischer Demokratie ist die Voraussetzung der Macht der Linken, die nicht mehr auf privilegiertem Wissen oder dogmatischen Überzeugungen beruhen kann, sondern nur auf der gemeinschaftlichen Verabredung politischer Ziele. Volkssouveränität, Demokratie zeigt sich nicht nur in einzelnen inhaltlichen Festlegungen, sondern auch in den diskursiven Verfahren der gemeinschaftlichen Willensbildung.

7. Eine Begründung des linken Projekts aus Vernunftgründen oder durch wissenschaftliche Erkenntnisse allein ist weder möglich noch hinreichend. Das grundlegende Motiv linken Handelns ist ein (wie verleugnet auch immer) ethisch-moralisches: die Empörung über Ungerechtigkeit, Ungleichheit und von Menschen verschuldetes bzw. erzeugtes Leid und die Weigerung, sich damit abfinden zu wollen. Oder, man könnte es auch so formulieren: Vernunft umfaßt als Konzept der Aufklärung immer auch die Vorstellung eines gelingenden guten, authentischen Lebens. Ethik und Ästhetik sind wie wissenschaftliche Rationalität (klassisch: das Wahre, Schöne, Gute) sich ergänzende Teile eines Begründungs- und Motivationsfundamentes linker Politik. Die Betonung von Ge-

rechtigkeit, Gemeinschaftlichkeit und Gleichheit (der Chancen) unterscheidet die Linke dabei erkennbar deutlich von allen anderen politischen Bewegungen. Sie ergänzt damit unverzichtbar die politische Praxis eines sozial blinden Liberalismus und beansprucht insofern, den Anspruch der „Ideen von 1789“: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit (besser Geschwisterlichkeit bzw. Solidarität) ernsthaft einzulösen.

8. Gründe für Alleinvertretungsansprüche, Avantgardismus oder Sektierertum innerhalb der Linken gibt es (wenn es sie denn gegeben hat) rational nicht mehr. Subjekte einer sozialistischen Politik sind keine einzelne Klasse oder Partei mehr (auch wenn bestimmte soziale Positionen für linke Politik prädestinieren und deren organisierter politischer Ausdruck eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für linke Politik ist), sondern potentiell jeder vernünftige, nicht-korruptierte einzelne Mensch. Der Verlust in sich geschlossener Modelle und Konzepte eines Sozialismus als Systembegriff beinhaltet die Chance eines solidarischen, verständigungsorientierten Diskurses einer breit verstandenen, pluralen linken Bewegung.

Umwurfendes hat eine linke Selbstvergewisserung m.E. zur Zeit nicht zu bieten. Aber auch bescheidene Perspektiven sind angesichts der Lage unverzichtbar. Wem das alles viel zu wenig und überhaupt kritikwürdig vorkommt, der soll selbstverständlich Überbietung versuchen.

### Literatur:

- Bobbio, Norberto: Rechts und Links. Zum Sinn einer politischen Unterscheidung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1994, S. 543-549
- Dubiel, Helmut: Was bitte, ist heute noch links? In: Die Zeit Nr. 12, 18.3.1994, S. 12
- Dubiel, Helmut: Ungewißheit und Politik, Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1994
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W.: Dialektik der Aufklärung, Frankfurt/M. (Fischer) 1988
- Habermas, Jürgen: Theorie des kommunikativen Handelns, 2 Bde., Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1981
- Habermas, Jürgen: Die nachholende Revolution, Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1990
- Kowalsky, Wolfgang/Schroader, Wolfgang (Hg.): Linke, was nun? Berlin (Rotbuch) 1993
- Senghaas, Dieter: Jenseits des Nebels der Zukunft: Eine geschichtsmächtige Kontroverse neigt sich zum Ende, in: Leviathan 2/1990, S. 185-195
- „Sozialismus“ - von den Schwierigkeiten im Umgang mit einem Begriff. Eine Handreichung der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD, o.O. (Bonn), o.J. (1994)
- What's left? Prognosen zur Linken, Berlin (Rotbuch) 1993

# Spanische Linke - im Aufbruch oder Untergang?

von Rainer Zugehör\*

## I. Politische Situation - heute

Spanien befindet sich in einer innenpolitischen Krise - sogar in einer institutionellen Staatskrise, dafür sind die seit 1991 ununterbrochenen Korruptionsskandale in höchsten Regierungskreisen verantwortlich. Der Herbst letzten Jahres markiert jedoch eine „höhere“ Dimension hinsichtlich des Mißmanagements in der Regierungspolitik: Zu den vielen wirtschaftlichen Skandalen kommen nun auch die Anschuldigungen des Staatsterrorismus.

Ein kurzer Ausflug in die nahe Vergangenheit kann für Klärung sorgen: In den 80er Jahren spürten die baskischen ETA-Terroristen blutigen Gegendruck der „Grupos Antiterroristas de Liberación“ - die Abkürzung GAL wurde zum öffentlichen Symbol der spanischen Rächer für den ETA-Terror, dem bislang 867 Menschen zum Opfer gefallen sind; letztes Opfer war Gregorio Ordóñez, stellvertretender Bürgermeister der baskischen Stadt San Sebastian und Mitglied der nationalkonservativen Partido Popular (PP), der am 28. Mai dieses Jahres durch einen Genickschuß getötet wurde. Die GAL brachte während der Jahre 1983 bis 1987 über zwanzig Menschen um - darunter neun völlig unbeteiligte. Der Inspekteur José Amedo und sein Kommissar Michel Domínguez, zwei schillernde Figuren der baskischen Polizei, wurden 1991 wegen sechsfacher Anstiftung zum Mord im Kampf gegen die ETA zu jeweils 108 Jahren Gefängnis verurteilt. Nun dringt an die spanische Öffentlichkeit, daß Amedo und Domínguez Schweigegeld in Millionenhöhe und Strafaussetzung angeboten bekommen haben und zwar von dem zu GAL-Zeiten amtierenden Ministerialdirektor der Staatssicherheit im Innenministerium, Julián Sancristóbal. Sancristóbal, nun selbst im Gefängnis, gibt aus der Haftanstalt heraus im Nadelstreifenanzug und mit Seidenkrawatte zweifelhafte Interviews, in denen er den Ermittlungsrichter Baltasar Garzón einer großangelegten Konspiration gegen Felipe

González beschuldigt. Der spanische Regierungschef wird nun von den Medien, insbesondere der einflußreichen radikaloppositionellen Tageszeitung *El Mundo* angeklagt, der mysteriöse „Señor X“ zu sein - der Gründer und Organisator der GAL-Kampftruppe. Ließe sich das nachweisen, dann ginge es nicht mehr „nur“ um Polizeiterror, sondern um Staatsterrorismus - und um das Ende der Regierung.

In der traditionellen Parlamentssitzung zur „Lage der spanischen Nation“ Anfang Februar, konnte sich González vieler Angriffe der Opposition erwehren. „Für einen Politiker, der im Todeskampf liegt“, urteilt die regierungstreue Tageszeitung *El País*, „zeigt sich González außergewöhnlich lebendig“. Das wichtigste Ereignis der Debatte war die Bekräftigung des Koalitionspartners *Convergencia i Unió (CiU)*, der nationalistischen katalanischen Volkspartei, die Regierungsbank vor Anfang 1996 nicht zu verlassen - damit konnte González' Partido Socialista Obrero Español (PSOE) Neuwahlen zumindest für 1995 verhindern. Der katalanische Ministerpräsident und CiU-Vorsitzende, Jordi Pujol, könnte seine Position ändern, wenn bei den bevorstehenden Regional- und Gemeindewahlen am 28. Mai 1995 die Unterstützung der in Bedrängnis geratenen Regierung zu einem Rückgang seiner Wählerschaft führt.

Die allerjüngste Affäre (bei all den Vorfällen ist es wirklich schwierig, stets up-to-date zu bleiben) hat die Regierung González wiederum diskreditiert. Der wegen schwerster Korruption beschuldigte oberste Ex-Polizeichef Luis Roldán konnte zehn Monate nach seiner Flucht, die keinen Kontinent ausließ, angeblich von spanischen Spezialeinheiten in Laos gefaßt werden. Doch die Regierung von Laos bestreitet hartnäckig, Roldán je beherbergt zu haben, und damit werden die Auslieferungsdokumente, die zwischen den Regierungen Spaniens und Laos angeblich ausgehandelt wurden, hinfällig. Roldán muß demnach von dritter Seite ausgeliefert worden sein - aber die Verantwortlichen im Innenministerium schweigen sich aus. Jetzt tut sich in der spanischen Öffentlichkeit

der Verdacht auf, die „Übergabe“ Roldáns sei paktiert - Hafterleichterungen gegen Verschweigen von geheimen Informationen, die der spanischen Regierung schaden könnten. González versprach vor und nach seinem Wahlsieg 1993, mit der Aufklärung der Korruption ernst zu machen, doch dies scheint wenige Monate später in Vergessenheit geraten zu sein.

## II. PSOE - auf der Anklagebank

Um die PSOE ist es seit geraumer Zeit nicht mehr gut bestellt. 1989 verlor sie erstmals die absolute Mehrheit im Parlament und rutschte auf 39,56% der WählerInnenstimmen ab; dieser Trend wurde bei den nationalen Wahlen 1993 bestätigt. Die Europawahl 1994, bei der die PSOE lediglich 31,03% Zustimmung fand, verbreitete bei den sogenannten SozialistInnen eine tief-sitzende Krisenstimmung. Die PP hingegen konnte sich bei den nationalen Parlamentswahlen von 25,84% 1989 auf 34,82% 1993 verbessern. Bei der Europawahl erzielte die PP sensationelle 40,68% und überflügelte mit diesem Ergebnis zum ersten Mal die SozialistInnen. Die Europawahlen, so muß angeführt werden, stehen in Spanien unter anderen psychologischen Vorzeichen: Die PSOE kann bei den Europawahlen nicht die Ängste vor einer wiederkehrenden Franco-Diktatur wecken - diese tief-sitzenden Ängste treiben viele WählerInnen immer wieder in die Arme der PSOE. Das Linksbündnis *Izquierda Unida (IU)*, auf das unten ausführlicher eingegangen wird, erzielte bei den Europawahlen mit 13,62% mehr als einen Achtungserfolg.

## Einstige Reformpartei am Ende?

Welches sind nun die programmatischen Inhalte, die die PSOE neben ihren Skandalen kennzeichnen?

Die Beschäftigungspolitik gehört zu den prioritären Politikfeldern - angesichts einer Arbeitslosenquote von 22%

(europäischer „Spitzenreiter“) ist dies nicht verwunderlich. Angestrebt wird eine aktive Beschäftigungspolitik bei gleichzeitiger Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Senkung der Lohnnebenkosten gilt in den Augen der PSOE als unabdingbar, um die spanischen Unternehmen zu entlasten. Die Arbeitsbeziehungen werden immer weiter zuungunsten der Arbeitnehmerschaft modifiziert. Modelle hinsichtlich einer Beteiligung der ArbeitnehmerInnen in betrieblichen Entscheidungsprozessen stehen nicht zur Debatte. Das Wort „co-gestión“ (Mitbestimmung) wird selbst von ausgewiesenen LinksozialistInnen gemieden.

Desweiteren wird eine ökologische Sensibilisierung auch von Seiten der PSOE wissentlich verhindert - der Gedanke einer Energiesteuer wird bisher strikt abgelehnt; darüber hinaus rangiert die Erweiterung des öffentlichen Straßennetzes eindeutig vor einem möglichen Ausbau des Schienensystems oder der Förderung des Personennahverkehrs.

In puncto Außenpolitik unterstützt die PSOE eine Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments. Wegen der „Nordverschiebung“ der EU plädiert die PSOE für eine Sperrminorität der Mittelmeerländer bei Mehrheitsentscheidungen im Europarat. Die PSOE unterstützt Out-of-area-Einsätze der NATO, solange keine UN-Resolutionen verletzt werden. Außenpolitik, so muß gesagt werden, spielt in der breiten spanischen Öffentlichkeit keine große Rolle. Trotzdem versucht die Regierung, eine Führungsrolle im (Friedens-)Prozeß des Mittleren und Nahen Ostens sowie in den Ländern des nordafrikanischen Maghreb in Anspruch zu nehmen. Desweiteren versteht sich Spanien aufgrund seiner kolonialen Vergangenheit als Scharnier zwischen den lateinamerikanischen Ländern und der EU - der Verdacht des Paternalismus der spanischen Lateinamerika-Politik aber lastet schwer.

## Abschied vom Marxismus

Das spanische „Godesberg“ vollzog sich auf dem extra dafür einberufenen Parteitag im Mai 1979. Felipe González ist es durch ein taktisches Manöver gelungen, die seit der von Pablo Iglesias initiierten Parteigründung bestehende marxistische Gesellschaftsdefinition aus dem Grundsatzprogramm zu tilgen. Die

se bürgerliche Tendenz wurde von González bis heute immer weiter forciert.

Nicht nur aufgrund dieser Entwicklungen bestehen zwischen der PSOE und der SPD traditionell gute Kontakte. Die SPD hatte die sozialistische Partei Spaniens auch im „historischen“ Wahlkampf 1982 u. a. finanziell stark unterstützt, um - so damals die SPD - den demokratischen Prozeß zu konsolidieren. Der in dieser Zeit bekannt gewordene Flick-Skandal ist der spanischen sowie der deutschen Bevölkerung noch ein Begriff. Peter Struck dachte sich 1984 nichts Böses dabei, als er bei einem Pressegespräch mit JournalistInnen den Geldfluß von deutscher an spanische Seite erwähnte. Eckhardt Spoo von der Frankfurter Rundschau schrieb daraufhin am 1. November, daß vier Millionen Mark von Flick über die SPD an die PSOE gelangt seien und daß dieses Geld „von Hans-Jürgen Wischniewski in einem Koffer direkt an den spanischen SozialistInnenführer, Felipe González, weitergegeben wurde, der damit seinen Wahlkampf finanzierte“. Peter Struck wirbelte die spanische Innenpolitik durcheinander und bescherte González die ersten Korruptionsvorwürfe, denen sich aber - wie oben bereits erwähnt - im Laufe der Zeit weitere anschlossen. Die Tageszeitung *Diario 16* faßte das neue Verhältnis zur deutschen Sozialdemokratie in der Schlagzeile „Koniecki, go home...“ zusammen. Dieter Koniecki, damals (übrigens heute noch) Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Madrid, konnte die Wogen wieder glätten. Er und alle SPD-Mitglieder, zuletzt Rudolf Scharping in Barcelona, waren und sind trotz aller Vorwürfe stets gern gesehene PartnerInnen der PSOE.

## Der XXXIII. Kongreß der PSOE - Stärkung der Renovadores

Unternehmen wir eine kurze Reise in das Innenleben der PSOE. Der XXXIII. Parteikongreß vom 18. bis 20. März vorigen Jahres hinterläßt bis heute seine Spuren. Der Kongreß wurde gemäß der blumigen Mediterranität im Vorfeld als historisch bahnbrechend etikettiert, und in diesem Fall hätte der eher nüchternen Betrachter aus Deutschland nicht anders gewertet. Die Gladiatoren Felipe González und Alfonso Guerra waren die beiden Hauptkontrahenten, um die sich alles drehte. Auf diesem Kongreß sollte sich

entladen, was sich seit Anfang 1992 aufgestaut hatte. Damals nämlich trat Alfonso Guerra, von Korruptionsskandalen gebeutelt, von seinem Amt als Vizepremier zurück. Dies war dann der Zeitpunkt, als die verschiedenen Auffassungen zwischen González und Guerra von Partei- und Regierungsarbeit offen ausbrachen. Guerra benutzte im März 1993 seinen Einfluß in der mehrheitlich von seinen AnhängerInnen besetzten PSOE-Parlamentsfraktion, um hinter dem Rücken von González ein mit den Gewerkschaften ausgehandeltes Streikgesetz im Parlament durchzudrücken. González, der in die Rolle des neutralen Beobachters gedrängt wurde, nahm Ende des gleichen Monats die Zügel wieder in die Hand und entschloß sich zur Flucht nach vorn: Er löste umgehend das Parlament auf und rief Neuwahlen aus.

Die Polarisierung in der Bevölkerung in der Auseinandersetzung um Austritt oder Verbleib in der NATO 1986 war die Geburtsstunde der Konföderation der Kräfte zur *Izquierda Unida*.

Dadurch diktierte González wieder das politische Geschehen, da u.a. die im Aufwärtstrend befindlichen Rechts- und Linksparteien überrascht wurden und unvorbereitet in die Wahlen gehen mußten. Bei den Wahlen am 6. Juni 1993 blieb die PSOE unter der absoluten Mehrheit, aber unter diesen schwierigen Umständen kann das Ergebnis als Erfolg González' gewertet werden. Seitdem greift er in alle Bereiche des Partei- und Parlamentslebens aktiv ein. Bei der Neubildung der Parlamentsfraktion übernahm Carlos Solchaga, ein ausgewiesener Gegner Guerras, den Vorsitz und bei der Besetzung des neuen Regierungskabinetts verschwanden plötzlich alle ehemaligen Anhänger Guerras. Die Anhängerschaft Alfonso Guerras wurde fortan verstärkt als „tradicionalistas“ bezeichnet, die Gefolgschaft Felipe González als „reformistas“ bzw. „renovadores“.

Bei dem XXXIII. Kongreß der PSOE standen, im Gegensatz zu entsprechenden Behauptungen in der deutschen

\* Rainer Zugehör, z.Z. Madrid

Presse, keine Auseinandersetzungen zwischen SozialistInnen und SozialdemokratInnen im Vordergrund; die ca. 6.500 Leit-, Zusatz- und Änderungsanträge bezogen sich fast ausschließlich auf sehr konkrete Problematiken, die, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht ideologisch begründet wurden. Die 888 Delegierten repräsentierten verschiedene Anhängerschaften. Etwa 600 gehörten den Reformistas an, 240 den Guerristas und eine kleine Gruppe von 9 Delegierten der Izquierda Socialista („institutionalisierte“ kritische Strömung), die übrigens oft aus taktischen Gründen mit ihren Stimmen die Guerristas unterstützen. Die in die Bedeutungslosigkeit abgeglittene Izquierda Socialista, die „organisiert“ nur noch in Madrid zu finden ist, wird von deren Sprecher Antonia García-Santesmases verzweifelt zusammengehalten.

In den gegründeten Ausschüssen wurden praktisch alle Resolutionen mit mehr als 90%iger Mehrheit angenommen. Dies spricht schon eindeutig gegen zwei Fronten der „Rechten“ und „Linken“ innerhalb der PSOE. Den Guerristas ging es bei den Auseinandersetzungen nicht um inhaltliche, sondern um Machtfragen. Alfonso Guerra konnte González zu einigen Zugeständnissen zwingen: Ca. 35% der Guerristas besetzen nun den Vorstand der Partei (weniger als vorher, aber mehr als erhofft) und in einer neu eingerichteten „Comisión Permanente“, die die täglich anfallenden Entscheidungen trifft, stellen die Guerristas fünf von elf Mitgliedern.

Die Quintessenz bleibt aber, daß sich Felipe González, im Gegensatz zur früheren Exekutive, aufgrund klarer Mehrheitsverhältnisse beruhigt zurücklehnen kann.

### Frauenpolitik hat versagt

Das Thema Frauenpolitik ist in der PSOE ein sehr unangenehmes Thema. Die meisten Männer haben das Gefühl, in eine Zwangsheirat mit dieser „undankbaren“ gesellschaftspolitischen Problematik hineinmanövriert worden zu sein - erst von nordeuropäischer Seite aufgedrückt, machen jetzt die eigenen Frauen innerhalb der Partei mächtig Druck. Wie sich aber herausstellt - ohne Erfolg. Betrachtet man die Anzahl weiblicher Parteimitglieder, so ist immerhin ein Anwachsen von 10% auf 23% im Zeitraum von 1983 bis 1993 zu verzeichnen. Wenn es um Posten und Pöstchen

geht, dann verfällt man (besonders frau) in Apathie. 1982 waren 6% der PSOE-Fraktionsabgeordneten im nationalen Parlament Frauen. 1986 war der Anteil gleich, erst 1989 betrug der Anteil 17%, obwohl die 25%-Quote anderes forderte. 1993 aber sank der Anteil der Frauen in der Fraktion auf sage und schreibe 8% zurück. Dieser Skandal ist auf die Abschiebung vieler Frauen auf aussichtslose Listenplätze zurückzuführen.

Felipe González wird keine lange Zukunft mehr in der PSOE bescheinigt. Vielleicht hätte er frühzeitig den untergehenden Kahn verlassen sollen. Nicht ganz aussichtslos wären seine Chancen bei einer möglichen Kandidatur um die EU-Kommissionspräsidentschaft gewesen. Aus informierten Kreisen ist aber zu hören, daß er nun mit einem Auge auf den Posten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen schielt, falls die nächsten Wahlen verloren gehen.

### III. IU - linke Alternative zur PSOE

Die spanische Bevölkerung wird bei den höchstwahrscheinlich vorgezogenen Wahlen im Frühjahr 1996 die (national-) konservative Partido Popular (PP) in die Regierungsverantwortung nehmen. José María Aznar würde damit zum nächsten Präsidenten der „Parlamentarischen Monarchie“.

Hinsichtlich einer progressiven Alternative zur PSOE kommt allerdings nur das Linksbündnis Izquierda Unida (IU) in Frage - gegenwärtig und in Zukunft. Ihre Wurzeln hat die IU in der Partido Comunista de España (PCE). Die PCE hatte ihre historische Sternstunde bei den nationalen Wahlen 1979, denn sie zog mit 10,8% (23 Abgeordnete) in das Hohe Haus ein. 1982 schon erlitt die Partei einen schweren Rückschlag, als die PSOE mit ihrer sogenannten „voto universal socialista“ der PCE nur 3,9% der WählerInnenstimmen übrig ließ. Die KommunistInnen wendeten sich von der ersten „sozialistischen“ Regierung ab. Ihr Vorsitzender Santiago Carillo lehnte anfangs jeden Dialog mit dem erfolgreichen und charismatischen González ab. Ob Taktik oder lediglich Neid die Ursache für den Rückzug der KommunistInnen war, läßt sich heute schwer sagen. 1983 wurde Carillo abgewählt und von Gerardo Iglesias ersetzt. Der neue Generalsekretär ebnete den Weg für einen Dialog und für Formen der Kooperation mit der prosojewiti-

schen Partido de los Trabajadores de España - Unidad Comunista (PTE-UC), die sich aber ironischerweise einige Jahre später in den Fangarmen der PSOE aufgelöst hat.

Die orthodoxen KommunistInnen ließen sich nicht entmutigen und schlossen darauf Bündnisse mit linken Splittergruppen (Vergleichbar den K-Gruppen in der Bundesrepublik in den 70er Jahren), der Izquierda Republicana sowie mit linken „Persönlichkeiten“ wie z. B. Ex-KommunistInnen Christa Almaila und Ramón Tamames.

1986 erlitt die PCE mit kläglichen 4,7% wiederum ein enttäuschendes Wahlergebnis bei den Parlamentswahlen, und da weder 5% noch 15 Direktmandate errungen werden konnten, blieb ihnen die Gründung einer „grupo parlamentario“ verwehrt, d. h. ihnen wurden einige Rechte im Gegensatz zu den etablierten Parteien entzogen.

Aus der 1986 in Spanien leidenschaftlich geführten Diskussion um einen möglichen NATO-Austritt, die die Bevölkerung spaltete, konnten die linken Kräfte, die sich vehement für den Austritt engagierten, gestärkt hervorgehen - obwohl sie die Abstimmung verloren. Diese Polarisierung in der Bevölkerung in der NATO-Frage war die Geburtsstunde der Konföderation linker Kräfte zur Izquierda Unida. Der damalige angesehene kommunistische Bürgermeister von Córdoba, Julio Anguita, wurde 1987 mit großer Mehrheit zum PCE-Chef und zum Koordinator der IU gewählt.

Der Fall der sogenannten kommunistischen Ostblockländer war ein derber Schlag für die IU - das kommunistische Programm, geprägt von dem Einfluß der PCE, wurde zunehmend in Frage gestellt. Innerhalb des Linksbündnisses wuchs seitdem die Strömung der Renovadores, die sich vorerst unter Nicolás Sartorius in der Nueva Izquierda, der IU zugehörig, zusammenfand. Der durch die Renovadores forcierte Umdenkungsprozeß bei weiten Teilen der IU war sicherlich für die (gemäßigten) Erfolge bei den Wahlen 1989 (9,2%) und 1993 (9,6%) verantwortlich.

Über die Mitgliederzahlen ist nur schwer eine Aussage zu treffen, da alle Gruppierungen stets astronomische Zahlen angeben, um Ansprüche bei der Vergabe von Posten stellen zu können. Trotzdem kann nach unterschiedlichen Schätzungen davon ausgegangen werden, daß die IU heute etwa 60.000 erfaßte Mitglieder aufzuweisen hat.

### Zukunft der IU

Aufgrund der Unfähigkeit sowie der vielen Korruptionsfälle innerhalb Regierung und PSOE, könnten erhebliche Teile der unzufriedenen traditionellen linken Wählerschaft zur IU überwechseln. Bisher erzielte die IU wesentliche Erfolge in der Einbindung der „movimientos sociales“. Viele kleine ökologische, pazifistische oder feministische Gruppen fühlen sich dem Linksbündnis zugehörig. In der spw-Ausgabe 1/95 wurde die erfolgreiche Aktion der „0,7%-Plattform“ dargestellt. Der IU ist es im Gegensatz zur PSOE gelungen, sich mit dieser Bewegung zu solidarisieren.

Da sich aber Zeitgeist und kommunistische Ideologien weiter voneinander entfernt haben, ist ebenso absehbar, daß wenn sich die Renovadores der IU nicht behaupten, der politische Erfolg begrenzt bleiben wird - sogar eine Marginalisierung drohen könnte. Die positive Bilanz bei den Europawahlen (13,62%) könnte sich bei den Regional- und Kommunalwahlen am 28. Mai dieses Jahres wiederholen, doch ist dies nicht nur der derzeitigen Stärke der IU, sondern eher der oben beschriebenen politischen Konstellation und Situation insgesamt zuzurechnen.

Die Jugendorganisation der IU, Area de Juventud de Izquierda Unida, ist ein „Produkt“ neuester Zeit. Aniceto Setien ist designierter Bundesvorsitzender, bis der erste Jugendkongreß einen Bundesvorstand in die Pflicht nehmen wird. Die „bunte Truppe“ der IU spiegelt sich weitestgehend auch in der Jugendorganisation wider. Die Jugend ist es, die verstärkte Kontakte zu den sozialen Bewegungen unterhält, die ja selbst von Jugendlichen dominiert werden. Für die Parteispitze ist es schon deshalb wichtig, den Jugendsektor auszubauen und zu unterstützen. Die Area de Juventud unterhält Kontakte zu einigen kommunistischen und sozialistischen Gruppierungen und Parteien in Europa, so u. a. mit der PDS-Jugendorganisation Junge GenossInnen. Darin sollte seitens der JU-SOS allerdings keine allzu große Hürde gesehen werden, ebenfalls Kontakte mit der Area de Juventud aufzunehmen, die darüber hinaus starkes Interesse hinsichtlich einer engeren Zusammenarbeit mit IUSY (die der Sozialistischen Internationalen verbundene International Union of Socialist Youth) und ECOSY (der europäischen Regionalorganisation der IUSY) geäußert haben. Die internationa-

len sozialistischen Verbände könnten für die Area de Juventud und die Juventudes de Socialistas de España (JSE) ein geeignetes Dialogforum darstellen, da auf nationaler Ebene die Kommunikation beider Verbände abzubrechen droht.

Aufgrund der traditionell engen Kontakte zwischen der SPD und der PSOE bereitet eine (offizielle) Kontaktaufnahme zur Zeit noch erhebliche Schwierigkeiten. Dies wurde deutlich, als sogar Scharping seinen „Auftritt“ beim JUSO-Bundeskongreß in Gera absagen wollte, falls die Area de Juventud ebenfalls anwesend sei. Da die IU-Juventud nun nicht nach Gera kommen wird, mußte Scharping nach einem neuen Grund des „Schwänzens“ suchen und wurde fünfzig: keine Zeit...

### Linke gespalten - Rechte ist lachender Dritter

Die PSOE und die IU sind sich wenige Wochen vor den Regional- und Kommunalwahlen spinnefeind. Die PSOE schert die IU und die konservative PP mit dem Vorwurf, die einzige linke Regierung in der Geschichte Spaniens zu bekämpfen über einen Kamm. Jedem innerhalb der PSOE ist allzu klar, daß wenn sich die PSOE und die IU gegenseitig der Stimmen berauben, die PP als lachender Dritter die nächste Regierung bilden wird. Auf diesen Sachverhalt wird von vielen Linken vehement hingewiesen und ein Bündnis eingefordert - ein Bündnis ohne den Renovador Felipe González natürlich, doch ohne ihn ist die Rechnung nicht zu machen. Julio Anguita appelliert öffentlich an die Tradicionalistas der PSOE, Felipe den Rücken zu kehren und in Zukunft für die IU zu streiten, aber bisher ohne großen Erfolg.

Die ewige Leidensgeschichte der linken Bewegung, gespalten, verfeindet und somit erfolglos in die Wahlen zu gehen und den Rechten, die von ideologischen Keilen verschont geblieben sind, an die Regierung zu katapultieren, wiederholt sich abermals jetzt in Spanien. Jede/r ist sich dieser Tatsache bewußt, doch scheinen alle wie gelähmt. Ob sich die spanische Linke nun im Aufbruch oder im Untergang befindet, wird sich in den nächsten Monaten nach den Regionalwahlen deutlicher abzeichnen; ebenso welchen Weg die Linke gehen wird, ob miteinander oder gegeneinander und damit erfolgreich und erfolglos.

einsprüche

### einsprüche

die kritische Auseinandersetzung mit vorherrschenden Diskussionen

in Vorbereitung:

Band 5:  
*Basso-Sekretariat Berlin (Hrsg.)*  
**Festung Europa auf der Anklagebank.**  
Dokumentation des Basso-Tribunals zum Asylrecht in Europa. 1995 - ca. 250 S.  
DM 19,80 - ÖS 155 - SFR 21,00  
ISBN 3-929586-57-6

Band 4:

*Veit Bader*  
**Rassismus, Ethnizität, Bürgerschaft.**  
Soziologische und philosophische Überlegungen  
1995 - ca. 160 S.  
ca. DM 25,00 - ÖS 195 - SFR 26,30  
ISBN 3-929586-47-9

bereits erschienen:

Band 3:  
*Alain Lipietz*  
**Berlin, Bagdad, Rio**  
1993 - 130 S.  
DM 25,00 - ÖS 195 - SFR 26,30  
ISBN 3-924550-90-5

Band 2:

*Ivan Glaser/ Ernst Köhler*  
**Für das kleinere Ganze**  
Zu einem anderen Verständnis vom Ende Jugoslawiens  
1993 - 150 S.  
DM 25,00 - ÖS 195 - SFR 26,30  
ISBN 3-924550-80-8

Band 1:

*Dieter R. Knoell*  
**Kritik der deutschen Wendeköpfe**  
Frontberichte vom publizistischen Feldzug zur Herbeiführung des Endsiegs über die zersetzende Gesellschaftskritik  
1992 - 222 S.  
DM 25,00 - ÖS 195 - SFR 26,30  
ISBN 3-924550-71-9

**WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT**

Dorotheenstr. 26 · 48145 Münster · Tel. 02 51 / 6 08 60 80

# SPW

Zeitschrift  
für  
Sozialistische  
Politik  
und  
Wirtschaft

# TAUSCHHANDLUNG

**spw** gibt gute Bücher für neue **spw**-Abonnements!

(Bitte die Buchstaben auf der **spw**-Abokarte angeben!)

Zwei Bücher für ein **spw**-Abo:

*Elmar Altvater*

### Der Preis des Wohlstands

Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung

Ladenpreis: DM 29,80



**B**

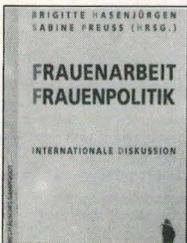
**A**

*Brigitte Hasenjürgen/Sabine Preuß*

### Frauenarbeit - Frauenpolitik

Eine provokante Analyse der internationalen Diskussion

Ladenpreis: DM 29,80

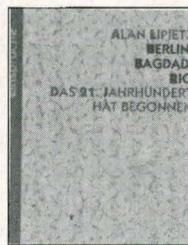


*Alain Lipietz*

### Berlin, Bagdad, Rio

Neue Sichtweisen für Umbrüche in der Entwicklung  
von Ökonomie, Politik und Ökologie

Ladenpreis: DM 25,-



**D**

**C**

*Lutz Hoffmann*

### Die unvollendete Republik

Zwischen Einwanderungsland und deutschem Nationalstaat

Ladenpreis: DM 24,-



*Jürgen Kuczynski*

### Probleme der Selbstkritik

Von flacher Landschaft und vom Zickzack der Geschichte

Ladenpreis: DM 24,-



**F**

**E**

*K.-H. Heinemann/W. Schubarth (Hg.)*

### Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder

Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland

Ladenpreis: DM 14,80



*Sigrid Jacobeit/Wolfgang Jacobeit*

### Illustrierte Alltags- und Sozialgeschichte Deutschlands 1900-1945.

Geschichte aus der Sicht „von unten“ anhand der Problematik der Arbeit  
(ca. 600 S.) Ladenpreis: DM 98,-



Ein  
dickes  
Buch  
für  
zwei  
**spw**-Abos

**X**